

JAHRESFINANZBERICHT 2011

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Im Selbstverlag der Gesellschaft
KA Finanz AG
1092 Wien, Türkenstraße 9
Tel.: +43 (0)1/310 06 06
www.kafinanz.at

Herstellung:

Grasl Druck & Neue Medien
Druckhausstraße 1, 2540 Bad Vöslau
Gedruckt mit Farben ohne gefährlichen
Inhaltsstoffen auf 100-%-Recyclingpapier

Gestaltung:

Czerny Plakolm Werbeagentur GmbH
Ungargasse 59-61, 1030 Wien



Dieses Produkt entspricht dem Österreichischen Umweltzeichen
für schadstoffarme Druckprodukte (UZ 24), www.fairprint.at.
Grasl Druck & Neue Medien, Bad Vöslau, UW-Nr. 715

Inhalt

Vorwort des Vorstandes	4
Organe der Gesellschaft	7
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011	9
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen	10
Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres	14
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	23
Nicht finanzielle Leistungsindikatoren	25
Zweigniederlassungen	26
Forschung und Entwicklung	26
Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	26
Beteiligungen	27
Risikoberichterstattung	27
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)	39
Compliance und Geldwäsche	41
Prognosebericht	42
Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung	44
Einzelabschluss 2011 der KA Finanz AG nach BWG	47
Bilanz	48
Gewinn- und Verlustrechnung	50
Anhang zum Jahresabschluss	51
Bestätigungsvermerk	80
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	82

Vorwort des Vorstandes

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne unterbreiten wir Ihnen den Jahresbericht 2011 der KA Finanz AG. Die KA Finanz AG (KF) ist seit der Spaltung der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) für den strukturierten Abbau des übernommenen nicht strategischen Portfolios zuständig. Dies betrifft insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit Default Swap (CDS)-Portfolio sowie das Portfolio der vormaligen Tochtergesellschaft, Kommunalkredit International Bank Limited (KIB). Ein aktivseitiger Aufbau des Geschäftsvolumens findet nicht statt. Die KF ist als eigenständige Finanzinstitution von der neuen Kommunalkredit Austria AG (KA) völlig unabhängig.

Das Jahresergebnis 2011 war sehr wesentlich von den Marktverwerfungen in der Eurowährungszone sowie den Umschuldungsmaßnahmen für Wertpapiere der Republik Griechenland geprägt. Aus Letzterem resultierte ein massives Wertberichtigungserfordernis von EUR 1.034,3 Mio., welches durch die bestehende Kapitalbasis nicht gedeckt werden konnte. Es waren daher signifikante Rekapitalisierungsmaßnahmen erforderlich. Diese wurden auch umgesetzt und sind im Jahresabschluss 2011 enthalten. Nach einem Gesellschafterzuschuss von EUR 609,6 Mio. sowie einer mit EUR 235,0 Mio. positiv ertragswirksamen neuen Bundesbürgschaft verbleibt ein Jahresfehlbetrag von EUR 534,4 Mio.

Zur weiteren Kapitalisierung der Bank hat die Hauptversammlung am 25.04.2012 eine vereinfachte Kapitalherabsetzung (Kapitalschnitt) bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung gemäß §§ 182 ff iVm § 181 AktG rückwirkend zum 31.12.2011 beschlossen. Das Grundkapital sowie das Partizipationskapital von EUR 22,3 Mio. bzw. EUR 434,1 Mio. wurden auf Null gesetzt und EUR 337,9 Mio. an gebundenen und nicht gebundenen Rücklagen aufgelöst. Sodann wurde das Grundkapital durch die Republik Österreich um EUR 389,0 Mio. erhöht. In Folge dieser Maßnahmen reduziert sich der Verlustvortrag aus dem Jahresergebnis 2011 von EUR 534,4 Mio. sowie aus den Vorjahren von EUR 345,8 Mio. auf nunmehr EUR 85,8 Mio. Diese Beschlüsse wurden am 28.04.2012 in das Firmenbuch eingetragen und erlangten damit Rechtswirksamkeit.

Die gesetzten Kapitalisierungsmaßnahmen entsprechen auch den Erfordernissen des Burdensharing unter dem EU-Beihilfenrecht. Dies bedeutet, dass neben den Maßnahmen der öffentlichen Hand auch das Partizipationskapital privater Investoren Verluste absorbiert. Den Investoren in Partizipationskapital wurde ein Bezugsrecht für neues Partizipationskapital eingeräumt. Der Österreichische Gemeindebund hielt bisher 0,22 % des Stammkapitals; er hat an der dem Kapitalschnitt folgenden Kapitalerhöhung nicht teilgenommen, sodass die Republik Österreich nunmehr 100 % der KF-Aktien hält.

Die Eigenmittel der KF zum 31.12.2011 betragen auf Basis der obigen Maßnahmen EUR 836,5 Mio. bei einem Kernkapital von EUR 474,3 Mio. Die Eigenmittelquote beträgt 12,9 % bei einer Kernkapitalquote von 7,3 %.

Unter Berücksichtigung der am 25.04.2012 beschlossenen Maßnahmen hat die KF von der Republik Österreich unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) bisher insgesamt EUR 1.989,6 Mio. netto an kapitalwirksamen Maßnahmen erhalten; dies nach EUR 353,4 Mio. netto geleisteten Haftungsentgelten.

Griechenland-Umschuldung

Die KF hatte per 31.12.2011 ein Gesamtobligo gegenüber der Republik Griechenland (vor Risikovorsorge) von EUR 1.001,5 Mio. aus dem Altbestand der KA alt (zum 30.06.2011 EUR 983,2 Mio., Anstieg aufgrund EUR/US-\$-Wechselkursschwankungen). Darin enthalten waren EUR 522,8 Mio. CDS (Credit Default Swap) und CDS-ähnliche Strukturen.

Die während des Jahres 2011 auf europäischer Ebene angestrebten Restrukturierungsmaßnahmen für Verbindlichkeiten der Republik Griechenland mündeten mit Beschluss vom 26.10.2011 in ein Umschuldungspaket (Private Sector Initiative – PSI II), welches im Februar 2012 umgesetzt wurde und auch zur retroaktiven Einführung von Collective Action Clauses (CACs) führte, welche die zwangsweise Teilnahme von nicht zustimmenden Minderheiten am Umschuldungsprogramm bewirkte. Damit wurden das bis dahin auf europäischer Ebene verfolgte Prinzip der Freiwilligkeit aufgegeben und Zahlungsverpflichtungen unter CDS und CDS-ähnlichen Verträgen ausgelöst. Dies stellte erstmals einen Zahlungsausfall – Default – eines Euro-Landes dar. Nach Abwicklung der Griechenland-Restrukturierung verbleibt in der KF nach Wertpapierumtausch, Wertberichtigungen und Bundesbürgschaft ein Nettoobligo gegenüber Griechenland von EUR 80,7 Mio.

Portfolio-/Risikoabbau

Das Risikoportfolio konnte 2011, trotz angespannter Marktlage, im Ausmaß von insgesamt EUR 3,01 Mrd. (vor Griechenlandumschuldung) reduziert werden, davon EUR 2,16 Mrd. durch aktiven Abbau von Wertpapieren und Darlehen, weitere EUR 0,85 Mrd. durch planmäßige Tilgungen. Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 wurden bis 31.12.2011 EUR 10,2 Mrd. an Risikopositionen abgebaut, sodass diese per 31.12.2011 EUR 19,0 Mrd. betragen. Im ersten Quartal 2012 hat sich der Portfoliostand weiter auf EUR 17,7 Mrd. reduziert.

Zum 31.12.2011 waren im Gesamtportfolio EUR 8,0 Mrd. Wertpapiere, EUR 1,1 Mrd. Darlehen sowie EUR 9,3 Mrd. CDS/Haftungen; davon entfielen 54,0 % auf den Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich) sowie 22,6 % auf die restlichen EU-Staaten. Der Gesamtanteil europäischer Risiken liegt damit bei 76,6 %. Das Exposure in sonstigen Staaten von 23,4 % war zu 13,5 % den USA und Kanada zuzurechnen.

Liquidität

Zur Sicherstellung der Liquidität und zur Minimierung der Refinanzierungskosten unterstützt die Republik Österreich die KF mit Haftungen für Refinanzierungsmaßnahmen. Zum 31.12.2011 bestanden diese im Ausmaß von EUR 7,0 Mrd., welche sich in Folge planmäßiger Tilgung einer Anleihe von EUR 1,0 Mrd. per 31.03.2012 auf EUR 6,0 Mrd. reduziert haben. Eine weitere Tilgung über EUR 1,25 Mrd. wird im Dezember 2012 erfolgen, sodass das aushaftende Garantievolumen zum 31.12.2012 EUR 4,8 Mrd. betragen wird. Bisher sind EUR 5,8 Mrd. an Refinanzierungshaftungen ohne Beanspruchung ausgelaufen; EUR 2,5 Mrd. wurden 2011 unter dem FinStaG für Commercial Paper neu eingeräumt, wodurch sich bei den Refinanzierungskosten Einsparungen von bis zu EUR 50 Mio. p. a. ergeben.

Haftungsentgelte

Die KF hat bis zum 31.12.2011 insgesamt EUR 540,0 Mio. Brutto-Haftungsentgelte seit der Übernahme durch die Republik Österreich geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich dagegen geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 330,0 Mio. Zusätzlich wurden von der KA aus der wirtschaftlich der KF zuzurechnenden Besserungsscheinstruktur EUR 23,4 Mio. als Haftungsentgelte für die Refinanzierung der Besserungsscheinbürgschaft an die Republik Österreich geleistet.

Ausblick

Das Geschäftsjahr 2011 war wesentlich durch Marktverwerfungen der Euro-Zone und den Restrukturierungsmaßnahmen für Griechenland gekennzeichnet. Die diesbezüglichen Maßnahmen wurden nur mit großen Verzögerungen umgesetzt und haben schlussendlich erstmals zu einem Default eines Euro-Landes geführt.

Die Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte wird wesentlich vom Erfolg europäischer Stabilitätsprogramme (EFSF, ESM) sowie der Nachhaltigkeit angestrebter Budgetkonsolidierungsmaßnahmen (Fiskalpakt) abhängig sein. Die zusätzlichen Maßnahmen der Europäischen Zentralbank (EZB) sind wichtige Stabilisierungsfaktoren.

Das Portfolio der KF mit einem Anteil von 76,6 % europäischer Risiken ist wesentlich von der Stabilität der europäischen Finanzmärkte abhängig. Die bisherige EUR 11,2 Mrd. oder 39%ige Portfolioreduktion seit Beginn des Restrukturierungsprozesses liegt dabei über den Zielen des Restrukturierungsplanes.

Wir möchten uns bei Aktionären, Aufsichtsrat und Marktpartnern für die Unterstützung und das Vertrauen in der Zusammenarbeit während des letzten Jahres bedanken. Der Vorstand möchte sich ebenso bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses für den engagierten Einsatz während des Jahres, unter äußerst volatilen Marktbedingungen, bedanken. Die KF wird sich den gestellten Aufgaben auch in Zukunft mit hohem Engagement widmen.



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes

Organe der Gesellschaft

Vorstand

Mag. Alois Steinbichler

Vorstandsvorsitzender seit 07.11.2008

Mag. Andreas Fleischmann

Mitglied des Vorstandes seit 01.02.2009

Aufsichtsrat

KR Dr. Klaus Liebscher

Aufsichtsratsvorsitzender

Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG

KR Adolf Wala

Stv. Aufsichtsratsvorsitzender

Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG

Helmut Mödlhammer

Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister der Gemeinde Hallwang

Dir. Mag. Werner Muhm

Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

Dir. DI Herbert Paierl

Exec. Vice President Cosma Europe/Magna

Dir. Mag. Georg Schöppl

Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste

Franz Hofer

vom Betriebsrat entsandt

DI Martin Öhlknecht

vom Betriebsrat entsandt

Christine Sipek

vom Betriebsrat entsandt

Staatskommissär

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger

Staatskommissär

Bundesministerium für Finanzen, Abteilungsleiter Sektion II Budget

Mag. Wolfgang Nitsche

Staatskommissär-Stellvertreter

Bundesministerium für Finanzen

Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Dr. Heinrich Traumüller

Regierungskommissär

Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Nitsche

Regierungskommissär-Stellvertreter

Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Entwicklung der Weltwirtschaft hat sich nach einer Phase der Erholung im Jahr 2011 wieder deutlich abgekühlt. Ausschlaggebend war in erster Linie eine durch die Verschuldungssituation einzelner europäischer Staaten bedingte Verunsicherung der Märkte. Das Misstrauen erfasste zudem die Realwirtschaft des Euro-Raumes. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verlangsamte sich im Jahresverlauf laut Statistischem Amt der Europäischen Union (EUROSTAT) für das Jahr 2011 auf 1,5 %, nach 1,9 % im Jahr 2010. Neben Europa hat sich auch in den Schwellenländern und den USA die Konjunkturdynamik abgeschwächt.

In den europäischen Kernländern zeigte sich hingegen ein anhaltend starkes Wachstum, wobei die Wirtschaftsleistung in Österreich nach den vorliegenden Daten von EUROSTAT 2011 um 3,1 % gegenüber dem Vorjahr wuchs. Dabei war vor allem bei den Investitionsausgaben ein starker Anstieg zu verzeichnen. Für das Jahr 2012 wird jedoch ein kurzzeitiger Wachstumseinbruch in Österreich erwartet, wobei EUROSTAT ein BIP-Wachstum von 0,7 % prognostiziert.

Im Euro-Raum wird sich das Wachstum 2012 laut EUROSTAT voraussichtlich von 1,5 % auf -0,3 % abschwächen (laut IHS – Institut für Höhere Studien – von 1,4 % auf -0,2 %), u. a. bedingt durch die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sowie eine restriktivere Kreditvergabe in Zusammenhang mit erhöhten Eigenkapitalanforderungen für Banken. Allgemein wird das wirtschaftliche Umfeld vom Erfolg der Maßnahmen im Rahmen der europäischen Staatsschuldenproblematik abhängig sein.

Finanzwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Europäische Staatsschuldenkrise

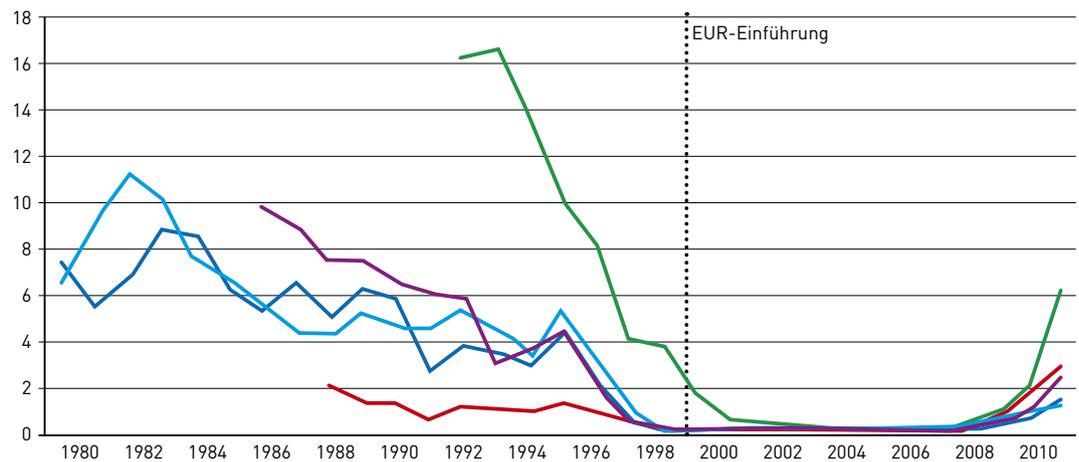
Die Marktsituation 2011 war durch massive Marktverwerfungen gekennzeichnet. Diese wurden ausgelöst durch die Schuldensituation Griechenlands und weiterer Länder des Euro-Raumes (i. e. Irland, Italien, Portugal, Spanien). Dies schlug sich u. a. in einer signifikanten Ausweitung der Risikomarge dieser Länder nieder, wobei die Entwicklungen zum Teil auch auf andere europäische Länder übergriffen. Die Marktverwerfungen wurden zudem verstärkt durch

- den Beschluss einer Privatsektorbeteiligung in der Griechenlandumschuldung (PSI – Private Sector Involvement) in Höhe von 21 % (PSI I) durch den Europäischen Rat am 21.07.2011
- die mangelnde Umsetzung der Beschlüsse aus dem PSI I
- die Ausweitung der Privatsektorbeteiligung (PSI II) im Rahmen der Beschlüsse des Europäischen Rats am 26. bzw. 27.10.2011
- die zögerliche Detaillierung und Umsetzung der jeweiligen Beschlüsse. Das PSI II wurde erst mit 21.02.2012 finalisiert und mit 24.02.2012 durch die griechische Regierung veröffentlicht (i. e. Verzichtsausweitung auf 53,5 %, Aufgabe der Freiwilligkeit etc.)

Vor allem die Privatbeteiligung sowie deren verzögerte Implementierung über die PSI-Programme haben zu einer wachsenden Unsicherheit über den Risikocharakter von Staatsanleihen der Euro-Zone geführt, welche durch das prozyklische Verhalten der Ratingagenturen über die fortgesetzte Herabstufung zahlreicher Staaten der Euro-Zone verstärkt wurde. Die Ratingagentur Standard & Poor's hat am 13.01.2012 die Ratings von 16 Ländern der Eurozone zeitgleich herabgestuft.

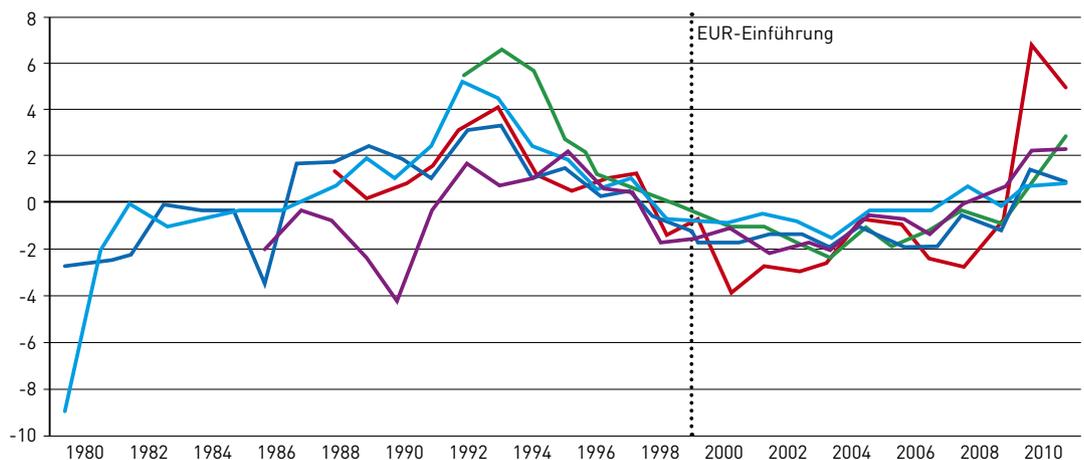
Die Entwicklung des derzeit vorherrschenden Marktumfelds hat ihren Ursprung im Wesentlichen Anfang 2010 in Folge der Ereignisse nach den Wahlen in Griechenland Ende 2009 genommen. Bis dahin war im Euro-Raum ein relativ stabiles Marktumfeld für souveräne Anleihen gegeben, wobei zwischen 2002 und 2008 eine ausgeprägte Konvergenzperiode der Spreads europäischer Anleihen zu beobachten war. Nach der Euro-Einführung war geradezu ein „Euro-Enthusiasmus“ entstanden. So lagen in diesem Zeitraum die realen Refinanzierungskosten Griechenlands, Irlands, Italiens, Portugals und Spaniens unter den realen Refinanzierungskosten Deutschlands.

Historische Spreads zu deutschen Bundesanleihen (in %)



Quelle: Eurostat/OECD (Berechnung KA Finanz AG) — Irland — Griechenland — Spanien — Italien — Portugal

Historische reale Spreads zu deutschen Bundesanleihen (in %) (inflationsbereinigt; i. e. nach Berücksichtigung der jeweiligen lokalen Inflation)



Quelle: Eurostat/OECD (Berechnung KA Finanz AG) — Irland — Griechenland — Spanien — Italien — Portugal

Die Budgetsituation einzelner europäischer Staaten führte 2010, ausgehend von Griechenland, in der Europäischen Union (EU) zu besonderen Maßnahmen durch Bereitstellung von Notkrediten sowie Bürgschaften im Rahmen von Hilfsprogrammen. Die Haushaltsprobleme dieser Staaten spiegelten sich auch in einem starken Anstieg der Creditspreads europäischer Länder wider. So stieg der iTraxx SovX Western Europe Index von 70 Basispunkten im Dezember 2009 auf 210 Basispunkte Ende Dezember 2010 und lag zum Jahresende 2011 bei 358 Basispunkten.

Entwicklung des iTraxx Sept. 2009 – März 2012¹ (Western Sovereigns², Financial Institutions, Corporates)



Quelle: Bloomberg

Ab März 2010 fanden Verhandlungen auf europäischer Ebene mit Bezug auf die griechischen Staatsfinanzen statt. Diese führten in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Mai 2010 zu einem Maßnahmenpaket von EUR 110 Mrd. Nachdem sich dieses erste Unterstützungspaket von EU und IWF als nicht ausreichend erwiesen hatte, kam es zu einem weiteren Vertrauensverlust auf den Märkten. In weiterer Folge wurde die European Financial Stability Facility (EFSF) durch die Mitgliedsländer der EU implementiert. Dieses Stabilitätsprogramm der EU sollte die Refinanzierungssituation betroffener Euro-Länder stabilisieren und umfasste ein Volumen von EUR 440 Mrd. Weitere EUR 60 Mrd. wurden aus dem Haushalt der EU zur Verfügung gestellt; Maßnahmen des IWF umfassten zudem EUR 250 Mrd. Der dauerhafte Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von EUR 500 Mrd. wurde im März 2011 beschlossen; dieser soll den EFSF, beginnend mit Mitte 2012 ablösen, wobei sich Ende März 2012 die Finanzminister der Euro-Gruppe auf eine vorübergehende Kombination der beiden Einrichtungen und damit eine Aufstockung der verfügbaren Mittel auf über EUR 800 Mrd. einigten. Zusätzlich wurden 2011 auch seitens EZB (Europäische Zentralbank) gezielte Maßnahmen zur Stabilisierung der Märkte gesetzt. Wesentliche Entscheidungen auf europäischer Ebene waren die Private Sector Involvement-Entscheidung (PSI I) zu Griechenland vom 21.07.2011, welche in Folge nicht umgesetzt wurde, sowie die PSI II-Entscheidung vom 26.10.2011; diesbezügliche Details wurden erst im Februar 2012 bekanntgegeben.

Weitere Maßnahmen seitens der Euro-Staaten betrafen zudem die verstärkte Integration budget- und haushaltspolitischer Parameter. Diese wurden Ende Jänner 2012 unter der Bezeichnung „Fiskalpakt“ durch alle EU-Länder mit Ausnahme von Großbritannien und der Tschechischen Republik beschlossen und sehen eine stärkere Kontrolle bzw. Beteiligung der Europäischen Kommission im Management der nationalen Haushalte, die Verankerung von Schuldenbremsen in den Verfassungen der EU-Länder sowie schärfere Sanktionen bei Übertreten von Defizitgrenzen vor.

1) Republik Griechenland Anfang März 2012 aus dem iTraxx Western Sovereign Index ausgeschieden

2) Enthält Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Italien, Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Spanien, Schweden, Zypern

Private Sector Involvement (PSI) Griechenland

Am 21.07.2011 wurde im Rahmen eines Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs (Europäischer Rat) erstmalig eine Beteiligung des Privatsektors in Höhe von 21 % (PSI I) am Umschuldungsprogramm für Griechenland beschlossen. In Folge der Unsicherheit und Verzögerung bei der Umsetzung der Beschlüsse kam es jedoch zu einem Übergreifen der Marktanspannungen auf weitere Länder der Euro-Zone, insbesondere Italien und Spanien. Die Beschlüsse aus dem PSI I wurden daraufhin in einem weiteren Gipfeltreffen am 26.10.2011 überarbeitet und durch den EU-Ministerrat ein freiwilliger Schuldenschnitt für Griechenland in Höhe von 50 % vereinbart, der durch die Republik Griechenland und den privaten Gläubigern ausgearbeitet werden sollte (PSI II). Die Details wurden in Folge wiederum erst mit Beschluss vom 21.02.2012 spezifiziert und durch die griechische Regierung am 24.02.2012 publiziert.

Das PSI II wurde wie folgt umgesetzt:

- Schuldverzicht Nominale in Höhe von 53,5 %
(Juni 2011: lediglich Wertminderung von 21 % in Folge der Unterverzinsung getauschter Anleihen)
- Tausch in 31,5 % neue griechische Anleihen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren und einer Verzinsung von 2 % bis 4,3 % p. a.
- Tausch in 15 % EFSF-Anleihen mit ein bis zwei Jahren Laufzeit
- Besserungsrecht auf bis max. 1 % zusätzlichem Kupon auf neu getauschte Anleihen abhängig vom BIP-Wachstum Griechenlands
- Zahlung der Stückzinsen aushaftender alter Anleihen in Form von kurzfristigen EFSF-Anleihen
- Retroaktive Einführung von Collective Action Clauses (CACs) durch Griechenland am 23.02.2012 auf unter griechischem Recht begebene Anleihen
- Aufgabe des Prinzips der Freiwilligkeit durch Auslösung der CACs am 09.03.2012. Dies verursachte in Folge ein Credit Event bei aushaftenden Credit Default Swaps/CDS-Verträgen nach ISDA-Kriterien (International Swaps and Derivatives Association); Beschlussfassung durch ISDA am 09.03.2012

Die Durchführung des Umtausches der privat gehaltenen Staatsanleihen erfolgte mit 12.03.2012. Die finalen Preise der CDS wurden im Rahmen einer Auktion der ISDA am 19.03.2012 mit 21,5 % bestimmt; die Abwicklung der CDS-Transaktionen erfolgt zwischen 22.03.2012 und 24.04.2012.

Mit der retroaktiven Einführung und Aktivierung der CACs durch die Republik Griechenland wurde das bis dahin von der europäischen Politik verfolgte Prinzip der Freiwilligkeit der Umschuldungsmaßnahmen aufgegeben; es kam erstmals zu einem „orderly default“ eines Euro-Landes.

Der zögerliche Umgang mit den dargelegten Themen auf den europäischen Entscheidungsebenen hat die Erwartungshaltungen und das Vertrauen der Märkte in die Europa- bzw. Euro-Struktur, wie sie auch in der Konvergenzperiode 2002 bis 2008 zum Ausdruck kam, nachhaltig beeinträchtigt. Dies zeigt sich auch in der Herabstufung des Ratings des EFSF durch Standard & Poor's auf AA+ am 16.01.2012. In der Beurteilung der Kreditwürdigkeit der EU-Mitgliedsländer wird vermehrt auf die Betrachtung der Einzelstaatenebene zurückgekehrt. Der Euro-Bonus ging verloren.

Finanzmärkte und EZB-Maßnahmen

Im Rahmen der Debatte um die Euro-Schuldenkrise wurden von vielen Beobachtern Unterstützungsmaßnahmen der EZB (Europäische Zentralbank) durch Ankauf von Staatsanleihen betroffener Euro-Staaten gefordert. Dies wurde – wenn auch nur indirekt – durch Ankäufe von Staatsanleihen seitens der EZB gegen Ende des Jahres 2011/Anfang 2012 zum Teil umgesetzt.

Ende November 2011 einigten sich zudem die wichtigsten Notenbanken der Welt auf eine konzertierte Aktion zwischen EZB, Federal Reserve sowie den Notenbanken von Großbritannien, Japan, Kanada und der Schweiz.

Maßnahmen zur Lockerung der angespannten Geld- und Kapitalmärkte wurden getroffen, indem der Zugang zu Fremdwährungsmitteln erleichtert und die Kosten für USD-Swaps gesenkt wurden.

Nach der massiven Verschlechterung der Geld- und Kapitalmärkte im Laufe des Geschäftsjahres haben die im Dezember 2011 bzw. Februar 2012 durchgeführten Maßnahmen der EZB über den Drei-Jahrestender (LTRO – Long Term Refinancing Operation) zu einer Stabilisierung auf den Märkten geführt, womit sich zunächst auch eine Trendumkehr bei den Refinanzierungsaufschlägen von Staatsanleihen eingestellt hat. Zudem hat sich die Refinanzierungssituation für Banken auf den Märkten deutlich entspannt.

Schuldenkrise der USA

Die Vereinigten Staaten befanden sich im Jahr 2011 trotz weiterhin massiver monetärer und fiskalischer Maßnahmen auf einem nur moderaten Wachstumskurs. Die Arbeitslosenrate sank zwar im Jahresverlauf von 9,6 % auf 8,7 %, ist damit aber noch immer hoch. Auch das Konsumentenvertrauen verharrte auf niedrigem Niveau. Der Immobilienmarkt, der eng mit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007/2008 verbunden ist, fiel im Jahr 2011 weiter, wobei manche Marktbeobachter Stabilisierungszeichen feststellen.

Auch in den USA sind die öffentlichen Haushalte von hohen Defiziten geprägt. Die Staatsverschuldung der USA stieg Ende 2011 auf mehr als US-\$ 15 Billionen (EUR 11,3 Billionen) und entsprach damit rund 100 Prozent des jährlichen BIP. Mitte des Jahres war das Land nur knapp der technischen Zahlungsfähigkeit entgangen, nachdem sich die politischen Parteien lange Zeit nicht über die Anhebung der gesetzlich festgelegten Schuldenobergrenze einigen konnten. Im August 2011 erfolgte ein Downgrade der USA durch die Ratingagentur Standard and Poor's von AAA auf AA+.

Wesentliche Ereignisse des Geschäftsjahres

Unternehmenszweck

Die KA Finanz AG (KF) ist seit 28.11.2009 für den strukturierten Abbau des nicht strategischen Portfolios der vormaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) zuständig. Dabei stehen der fokussierte Risikoabbau bei angestrebter Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, die Wahrung von Wertaufholungspotenzialen und der bestmögliche Eigenbeitrag unter Berücksichtigung der Erfordernisse des EU-Beihilfenrechts (Burden-sharing) im Fokus der Tätigkeiten der KF. Eine aktivseitige Ausweitung des Geschäftsvolumens findet nicht statt; passivseitig erfolgt die Refinanzierung der bestehenden Aktiva in erster Linie über besicherte und unbesicherte Commercial-Paper-Emissionen, Kundeneinlagen sowie besicherte Geldmarktgeschäfte (Repos).

Geschäftsverlauf 2011

Die KF konnte 2011, trotz angespannter Marktlage, Risikopositionen im Ausmaß von insgesamt EUR 3,01 Mrd. reduzieren und entsprach damit den oben genannten Zielsetzungen. Insgesamt wurden EUR 2,16 Mrd. durch aktiven Abbau von Wertpapieren und Darlehen verringert, weitere EUR 0,85 Mrd. durch planmäßige Tilgungen. Seit Beginn der Restrukturierung im November 2008 wurden bis 31.12.2011 EUR 10,2 Mrd. an Risikopositionen abgebaut.

Der Portfolioabbau wurde zu Beginn des Jahres 2011 im Hinblick auf das zu diesem Zeitpunkt gegebene kurzfristige günstige Marktfenster forciert; ein Nominale von EUR 1,38 Mrd. im ersten Quartal 2011 abgebaut. In

weiterer Folge lag der Schwerpunkt der Abbauaktivitäten auf Finanz- und Bankwerten sowie auf dem Public-Finance-Bereich. Zudem wurde beim Portfolioabbau auf die Gewinnung von Liquidität geachtet. Dadurch konnte der Liquiditätsbedarf für die Tilgungen der am 28.01.2011 und 12.05.2011 fälligen staatsgarantierten Anleihen in Höhe von jeweils EUR 1,5 Mrd. gesichert werden.

Im ersten Quartal 2012 wurden weitere EUR 700,4 Mio. an Risikopositionen (ohne Berücksichtigung PSI II-Effekte) abgebaut. Verbunden mit Tilgungen von EUR 303,0 Mio. reduzierte sich das Portfolio zum 31.03.2012 auf EUR 17,7 Mrd.

Nachfolgende Tabelle zeigt den Abbau der Risikopositionen seit Ende 2008, gegliedert nach Tilgung und Verkauf sowie nach Risikokategorien:

Abbau der Risikopositionen seit November 2008 in EUR Mio.	2008/2009 ¹⁾	2010	Summe 2008 bis 2010 (IST)	2011 (IST)	Summe 2008 bis 2011 (IST)
Wertpapiere – Verkauf	516	964	1.480	1.513	2.993
Darlehen – Verkauf	0	115	115	539	654
CDS – Verkauf ²⁾	2.183	20	2.203	108	2.311
Summe Verkauf	2.699	1.099	3.798	2.160	5.958
Wertpapiere – Tilgung	635	560	1.195	609	1.804
Darlehen – Tilgung	870	816	1.686	203	1.889
CDS – Abreifung ²⁾	298	202	500	40	540
Summe Tilgung	1.803	1.578	3.381	852	4.233
Summe Verkauf/Tilgung	4.502	2.677	7.179	3.012	10.191

1) für 2008/2009 abgebaute Nominalwerte
2) CDS-Sell-Positionen; nicht bilanzwirksam

Portfolio der KF

Zum Stichtag 31.12.2011 belief sich das risikorelevante Portfolio der KF auf ein Gesamtvolumen von EUR 19,0 Mrd.; davon waren EUR 8,0 Mrd. Wertpapiere, EUR 1,1 Mrd. Darlehen sowie EUR 9,3 Mrd. CDS/Haftungen (netto nach Absicherungshedges).

Wertpapiere und Darlehen in Höhe von EUR 9,1 Mrd. waren zu 82,0 % im Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser) und 25,9 % im AAA/AA-Bereich geratet. Geografisch lag der Schwerpunkt des Portfolios mit 58,3 % des Wertpapier- und Darlehensportfolios auf dem EU-Raum, davon sind 35,0 % den EU-17 sowie 23,3 % den restlichen EU-Staaten zuzurechnen. Darüber hinaus entfielen 41,7 % des Wertpapier- und Darlehensexposures auf sonstige Staaten, wobei der Großteil dieses Exposures mit 22,0 % gegenüber den USA und Kanada und 4,4 % gegenüber Nicht-EU-Europa bestanden.

Das CDS- und Haftungsexposure belief sich zum Stichtag auf EUR 9,3 Mrd. und beinhaltete hauptsächlich Single-Name-CDS. Davon waren 90,5 % dem Investment-Grade-Bereich (BBB oder besser) sowie 44,4 % dem AAA/AA-Bereich zuzuordnen. Geografisch waren 91,9 % EU-Staaten zuzuordnen, wobei 73,7 % auf den EU-17 Euro-Währungsraum und weitere 18,2 % auf sonstige EU-Staaten entfielen.

Vom Risikoportfolio von insgesamt EUR 19,0 Mrd. entfielen somit 54,0 % auf den Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich) sowie 22,6 % auf die restlichen EU-Staaten. Das Exposure in sonstigen Staaten von 23,4 % war zu 13,5 % den USA und Kanada zuzurechnen.

Exposureverteilung per 31.12.2011

31.12.2011 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	1.043.954	5,5 %	213.858	530.412	141.880
EU-17 (Euroraum ohne Österreich)	9.238.821	48,5 %	2.378.790	6.258.002	450.664
davon Staatsobligo unter EU-Stützungsmaßnahmen					
Portugal	833.701	4,4 %	153.629	680.072	0
Irland	769.369	4,0 %	100.910	668.459	0
Griechenland ¹⁾	213.459	1,1 %	175.894	37.565	0
EU-Nicht-Euroraum	4.306.731	22,6 %	1.789.743	1.921.443	335.676
Nicht-EU-Europa	629.886	3,3 %	232.185	215.034	171.104
Sonstige Länder	3.820.100	20,1 %	3.392.346	362.106	2.074
Summe	19.039.492	100,0 %	8.006.921	9.286.996	1.101.399

1) Griechenland-Exposure nach Risikovorsorgen von 80 %; TEUR 1.001.486 Brutto-Obligo vor Risikovorsorge; Anstieg ggü. TEUR 983.250 per 30.06.2011 in Folge von Währungsschwankungen EUR/US- $\text{\$}$; Entwicklung Griechenland-Exposure siehe Tabellen Seite 17

Exposureverteilung per 31.03.2012

Vorschau 31.03.2012 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	1.024.242	5,8 %	214.64	514.632	142.005
EU-17 (Euroraum ohne Österreich)	8.324.266	47,4 %	2.308.530	5.448.231	413.463
davon Staatsobligo unter EU-Stützungsmaßnahmen					
Portugal	782.188	4,4 %	155.289	626.899	0
Irland	764.938	4,3 %	102.029	662.909	0
Griechenland ¹⁾	80.656	0,5 %	80.656	0	0
EU-Nicht-Euroraum	4.176.865	23,5 %	1.712.837	1.858.925	336.907
Nicht-EU-Europa	598.522	3,4 %	207.499	210.194	170.689
Sonstige Länder	3.559.769	20,0 %	3.170.902	266.893	2.029
Summe	17.683.664	100,0 %	7.614.408	8.298.875	1.065.094

1) Griechenland-Exposure netto nach PSI II-Tausch und CDS-Settlement; Entwicklung Griechenland-Exposure siehe Tabellen Seite 17

Auswirkungen des Private Sector Involvement (PSI II) Griechenland

Die KF hatte per 31.12.2011 ein Gesamtobligo gegenüber der Republik Griechenland (vor Risikovorsorge) von EUR 1.001,5 Mio. (zum 30.06.2011 EUR 983,2 Mio., Abweichungen resultieren aus EUR/US- $\text{\$}$ -Wechselkursschwankungen). Darin enthalten waren EUR 164,9 Mio. staatsgarantierte Anleihen griechischer öffentlicher Unternehmen. Das direkte Staatsobligo von EUR 836,5 Mio. bestand aus EUR 313,7 Mio. Anleihen sowie EUR 522,8 Mio. CDS (EUR 177,6 Mio.) und CDS-ähnlichen Strukturen wie Total Return Swaps/TRS (EUR 345,3 Mio.).

Die KF hatte bis zur Einführung der Collective Action Clauses (CACs) am 23.02.2012 beabsichtigt, nicht am PSI II teilzunehmen. Die Situation war danach neu zu beurteilen. Die CACs ermöglichten der griechischen Regierung bei Erreichen einer bestimmten Zustimmungsschwelle im PSI II den Zwangsumtausch der nicht zustimmenden Minderheit. Unter dem PSI II hatten die Republik Griechenland und die Vertreter des EU-

Rettungspakets zudem die Möglichkeit, bei Erreichen einer 75%-Zustimmungsschwelle von der Aktivierung der CACs abzusehen. Es war daher unter den neuen Rahmenbedingungen im wirtschaftlichen Interesse der KF, diese Möglichkeit zu unterstützen. Entsprechend hat die KF mit EUR 305 Mio. Nominale griechischer Staatsanleihen am PSI-Programm teilgenommen.

Trotz der hohen freiwilligen Beteiligung am PSI II von 85,8 %, aktivierte die griechische Regierung am 09.03.2012 die retroaktiv eingeführten CACs bei unter griechischem Recht begebenen Anleihen; die Möglichkeit, bei Überschreitung der 75%-Schwelle darauf zu verzichten, wurde nicht wahrgenommen. Damit wurden auch nicht freiwillig am Programm teilnehmende Privatgläubiger zum Schuldverzicht gezwungen. In Folge wurde die Aktivierung der CACs noch am 09.03.2012 von der ISDA als Credit Event gewertet. Die Zahlungsverpflichtung unter CDS und CDS-ähnlichen Kontrakten wurde damit ausgelöst.

In Folge des PSI II entstand in der KF auf Basis eines angesetzten Wertberichtigungsbedarfs von 80 % auf Wertpapiere und CDS bzw. CDS-ähnliche Bestände sowie von 100 % auf negative Marktwerte der zugehörigen Absicherungsgeschäfte (z. B. Fixed-for-floating-Zinsswaps) ein Wertberichtigungsbedarf zum 31.12.2011 von EUR 1.034,3 Mio.; dieser wurde durch die in Folge dargestellten Kapitalmaßnahmen gedeckt. Von den Wertberichtigungen wurden bisher, insbesondere durch Umtausch von Wertpapieren bzw. bei der Abrechnung der CDS/TRS EUR 592,2 Mio. realisiert. Der Rest umfasst vor allem buchtechnisch erforderliche Abgrenzungen, welche bei Halten der Positionen über die Restlaufzeit positiv GuV-wirksam amortisiert werden; diese stellen somit keine Verlustrealisierung dar, bewirken jedoch zum 31.12.2011 einen Aufwand und Kapitalbedarf.

Nach dem CDS-Settlement am 19.03.2012 besteht in der KF kein weiteres Exposure in CDS oder CDS-ähnlichen Kontrakten gegenüber der Republik Griechenland.

Das Exposure gegenüber der Republik Griechenland (direktes Staatsobligo sowie staatsgarantiertes Exposure) zum 31.12.2011 sowie 31.03.2012 entwickelte sich wie folgt:

Griechenland-Exposure per 31.12.2011

in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Exposure ¹⁾	1.013.603	5,3 %	835.934 ²⁾	177.669	0
Risikovorsorgen (80 %)	-800.144	-	-658.045	-142.099	0
Exposure nach Risikovorsorgen	213.459	1,1 %	177.889	35.570	0

1) inkl. Zinsabgrenzungen

2) inkl. EUR 345,3 Mio. CDS-ähnliche TRS-Transaktionen

Griechenland-Exposure per 31.03.2012 (nach PSI II-Tausch und CDS-Settlement)

in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere ¹⁾	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Exposure	312.232	1,8 %	312.232	0	0
Risikovorsorgen/Bundesbürgschaft	-231.577	-	-231.577	0	0
Exposure nach Risikovorsorgen	80.656	0,5 %	80.656	0	0

1) enthält keine CDS-ähnlichen TRS-Transaktionen

Das Griechenland-Exposure zum 31.03.2012 von EUR 312,2 Mio. enthält EUR 163,9 Mio. staatsgarantierte Positionen; die verbleibenden EUR 148,4 Mio. sind Anleihen der Republik Griechenland aus dem PSI II-Tausch und dem CDS-Settlement. Vom Gesamt-Exposure von EUR 312,2 Mio. ist ein Betrag von EUR 231,6 Mio. von der Bundesbürgschaft gedeckt und reduziert das Netto-Exposure entsprechend. Wertpapiere aus dem CDS-Settlement mit einem Nominalwert von EUR 224,9 Mio. sind basierend auf buchtechnischen Bestimmungen mit einem Marktwert von EUR 48,7 Mio. eingebucht und mit diesem Wert in der obigen Darstellung enthalten; i. e. im Umfang von EUR 176,3 Mio. bestehen Ansprüche, welche nicht im Exposure enthalten sind und Wertaufholungspotenzial darstellen, sofern die Positionen gehalten werden und kein weiterer Wertverfall eintritt.

Kapitalmaßnahmen für das Geschäftsjahr 2011

Der aus der Umsetzung des PSI II-Programmes entstandene Verlust konnte in der Kapitalbasis der KF nicht abgedeckt werden. Die KF hatte diesbezüglich schon im Dezember 2011 mit der Republik Österreich Vereinbarungen zur Kapitalisierung getroffen. Nach Aktivierung der Auszahlungsverpflichtung unter CDS-Kontrakten wurden diese erweitert und stellen sich insgesamt zum 31.12.2011 wie folgt dar:

- *Gesellschafterzuschuss*
Die KF erhält basierend auf der „Bürgschaftsvereinbarung und Erklärung über die Leistung eines Gesellschafterzuschusses“ vom 23.12.2011 einen Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich in Höhe von EUR 609,6 Mio. Dieser ist als außerordentlicher Ertrag in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten und wird spätestens zehn Bankarbeitstage nach Bilanzierung geleistet.
- *Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung*
Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25.04.2012 erfolgt eine vereinfachte Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung gemäß §§ 182 ff AktG rückwirkend zum 31.12.2011. Im Rahmen dieser Kapitalherabsetzung werden das Aktien- und Partizipationskapital der KF auf Null herabgesetzt und entsprechende Rücklagen aufgelöst. Im Gegenzug erfolgt eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 389,0 Mio. durch die Republik Österreich. Der Österreichische Gemeindebund, der bis zu diesem Zeitpunkt 0,22 % am Grundkapital beteiligt war, verzichtet nach der Kapitalherabsetzung auf das gesamte ihm im Ausmaß seiner Beteiligung zustehende Bezugsrecht, wodurch die Republik Österreich zur Alleineigentümerin der KF wird. Die Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung ist gemäß § 188 f AktG im Jahresabschluss 2011 berücksichtigt.
- *Bundesbürgschaft*
Die KF ist weiters Begünstigte einer Bürgschaft der Republik Österreich in Höhe von EUR 251,2 Mio. Damit übernimmt die Republik Österreich die Haftung als Bürge und Zahler für die Forderungen der KF. Diese wird damit in die Lage versetzt, die behafteten Positionen mit ihren jeweiligen Wertansätzen fortzuführen und sonst anfallende Risikovorsorgen nicht bilden zu müssen. Darin enthalten sind EUR 99,6 Mio. Nominale neue Anleihen der Republik Griechenland sowie EUR 128,0 Mio. staatsgarantierte Anleihen, inklusive der jeweiligen Zinsansprüche.

Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich für KF seit Verstaatlichung

Unter Berücksichtigung der Maßnahmen 2011 hat die KF von der Republik Österreich unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) insgesamt EUR 1.989,6 Mio. netto kapitalwirksame Unterstützungsmaßnahmen erhalten. Diese ergeben sich wie folgt:

Überblick Kapitalmaßnahmen der Republik Österreich

in EUR Mio.	Netto-Position
Besserungsscheinbürgschaft aus Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009; wirtschaftlich der KF zuzurechnen; zur Zahlung am 08.07.2013 an KA (Kommunalkredit Austria) aus Besserungsscheinstruktur fällig	1.093,2
Zusage Gesellschafterzuschuss per 23.12.2011	609,6
Bundesbürgschaft für verbürgbare Wertpapiere per 23.03.2012	251,2
Kapitalerhöhung per 25.04.2012	389,0
Summe brutto	2.343,0
Haftungsentgelte KF netto (i. e. Haftungsentgelte EUR 540,0 Mio. abzüglich dagegen geleistete Restrukturierungsbeiträge über EUR 210 Mio.) zwischen 2008 und 2011	330,0
Haftungsentgelte KA-Besserungsscheinstruktur 2008 bis 2011	23,4
Summe netto	1.989,6

Von den Kapitalmaßnahmen sind bisher die Kapitalerhöhung von EUR 389,0 Mio. am 25.04.2012 sowie der Gesellschafterzuschuss 2011 in Höhe von EUR 609,6 Mio. für die Republik Österreich liquiditätswirksam. Die EUR 1.093,2 Mio.-Leistung unter der Besserungsscheinbürgschaft ist bis zum 08.07.2013 gestundet und wird dann liquiditätswirksam. Die Bürgschaft des Bundes über EUR 251,2 Mio. wird nur im Falle einer Inanspruchnahme für verbürgte Positionen anteilig liquiditätswirksam.

Im Gegenzug zu den geleisteten Kapitalmaßnahmen steht der Republik Österreich zum 31.12.2011 aus der 2009 implementierten Besserungsscheinstruktur ein Besserungsrecht in der Höhe von EUR 1.093,2 Mio. zu; d. h., zukünftige Jahresüberschüsse bzw. ein zukünftiger Liquidationserlös stehen der Republik Österreich bis zur vollständigen Bedienung des Besserungsrechtes vorrangig vor sonstigen Genussrechten und Eigenkapitalinstrumenten zu.

Haftungsentgelte an die Republik Österreich

Die KF hat bis zum 31.12.2011 insgesamt EUR 540,0 Mio. Brutto-Haftungsentgelte seit der Übernahme durch die Republik Österreich geleistet. Nach Abzug der von der Republik Österreich dagegen geleisteten Restrukturierungsbeiträge in Höhe von EUR 210,0 Mio. ergeben sich Netto-Haftungsentgelte von EUR 330,0 Mio. Zusätzlich wurden von der KA aus der wirtschaftlich der KF zuzurechnenden Besserungsscheinstruktur EUR 23,4 Mio. als Haftungsentgelte für die Refinanzierung der Besserungsscheinbürgschaft an die Republik Österreich geleistet.

Haftungsentgelte KF / KA alt in EUR Mio.	Summe 2008 bis 2010	2011	Summe 2008 bis 2011
Bürgschaften (inkl. ursprünglicher aktivseitiger Bürgschaft und Besserungsscheinbürgschaft)	211,7	109,6	321,3
Emissionsgarantien	131,5	56,1	187,6
Commercial-Paper-Garantie	0,0	5,2	5,2
Provisionen für Clearingbank-Linie ¹⁾	14,8	0,3	15,1
ELA-Garantie	10,8	0,0	10,8
Summe KF	368,8	171,2	540,0
Restrukturierungsbeiträge des Bundes	135,0	75,0	210,0
Summe Netto KF	233,8	96,2	330,0

1) ab 28.02.2011 nicht mehr beansprucht

Für die am 17.11.2009 eingeräumte Bürgschaft ist ein jährliches Haftungsentgelt von 10 % p. a. zu leisten. Mit der Stundung der Zahlung der Bessergungscheinbürgschaft auf 08.07.2013 fallen keine weiteren Haftungsentgelte für diese Bürgschaft an; gleichzeitig können keine zusätzlichen Restrukturierungsbeiträge für die Jahre 2012 und 2013 unter der Kapitalisierungsvereinbarung vom 17.11.2009 gezogen werden; derartige Beiträge von je EUR 75,0 Mio. für 2012 und 2013 waren grundsätzlich vereinbart.

Überblick über Liquiditätsmaßnahmen der Republik Österreich

Zur Sicherstellung der Liquidität und zur Minimierung der Refinanzierungskosten unterstützt die Republik Österreich die KF mit Haftungen für Refinanzierungsmaßnahmen. Zum 31.12.2011 bestanden zu diesem Zwecke staatliche Haftungen im Ausmaß von EUR 7,0 Mrd. Zum 31.03.2012 hat sich dieser Betrag infolge der planmäßigen EUR 1,0 Mrd.-Tilgung einer staatsgarantierten Anleihe auf EUR 6,0 Mrd. reduziert. Eine weitere Tilgung über EUR 1,25 Mrd. wird im Dezember 2012 erfolgen, sodass das aushaftende Garantievolumen zum 31.12.2012 EUR 4,8 Mrd. betragen wird. Für ausstehende Liquiditätsgarantien erhält die Republik Österreich in Abhängigkeit der Laufzeit und Währung der zugrundeliegenden Refinanzierung ein jährliches Entgelt zwischen 0,70 % und 1,27 %. Sämtliche Liquiditätsgarantien sind ohne Beanspruchung ausgelaufen.

Entwicklung Liquiditätsgarantien

in EUR Mio.	Dez.08	Dez.09	Dez.10	Dez.11	Mär.12	Dez.12	Dez.13	Dez.14
IBSG-Garantien	0,0	8.514,7	7.547,2	4.547,2	3.547,2	2.297,2	1.246,2	0,0
Clearingbanklinie	0,0	0,0	1.750,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
FinStaG-Garantien	5.300,0	0,0	0,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0	2.500,0
Summe	5.300,0	8.514,7	9.297,2	7.047,2	6.047,2	4.797,2	3.746,2	2.500,0

Der Höchststand des Garantievolumens wurde mit EUR 9,3 Mrd. Ende 2010 erreicht. Im Zuge der Übernahme der KF durch die Republik Österreich wurden im Jahr 2008 EUR 5,3 Mrd. an Liquiditätsgarantien unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) zur Refinanzierung der Bank unter der Emergency Liquidity Assistance (ELA) bereitgestellt. Die ELA-Mittel wurden von der KF im März 2009 planmäßig zurückgeführt. Die weiteren Liquiditätsmaßnahmen erfolgten unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG). Im Jahr 2011 wurde zur Sicherung des Zuganges zum kostengünstigen Commercial-Paper-Markt eine Garantiefazilität über EUR 2,5 Mrd. für kurzfristige Commercial Papers unter dem FinStaG eingerichtet; gegenüber Marktsätzen aus Refinanzierungstransaktionen wie Repos etc. entsteht daraus eine jährliche Kostenersparnis von EUR 50 Mio. Insgesamt wurde das Garantievolumen für Refinanzierungen im Jahr 2011 um EUR 2,25 Mrd. reduziert.

Liquiditätsmanagement der KF

Die weiterhin angespannte Situation auf den Geld- und Kapitalmärkten fordert trotz aktiven und deutlich über Plan liegenden Abbaus von Aktiva ein hohes und gebotenes Maß an Aufmerksamkeit. Verstärkt wurde die Situation durch höhere Collateral-Leistungen, welche durch fallende Zinsen, gestiegene Risikoaufschläge für Finanzinstitute generell sowie dem tieferen Euro-Wechselkurs bedingt waren. Collateralleistungen dienen als Sicherstellungen für negative Marktbewegungen, welche gemäß marktüblichen ISDA/CSA-Vereinbarungen durch Bareinlagen auf täglicher Basis abzudecken sind.

Das Liquiditätsmanagement der KF beruht im Wesentlichen auf folgenden Schwerpunkten:

- *Staatsgarantierte Refinanzierung – garantiertes Commercial-Paper-Programm*
Insgesamt wurden 2011 staatsgarantierte Refinanzierungen in Höhe von EUR 4,8 Mrd. zurückgeführt (EUR 3,0 Mrd. staatsgarantierte Anleihen, EUR 1,75 Mrd. Clearingbank-Linie). EUR 1,5 Mrd. der zugrunde liegenden Haftung sind ausgelaufen; EUR 1,5 Mrd. wurden in eine Garantiefazilität für ein Commercial-Paper-Programm unter dem FinStaG gewandelt und in weiterer Folge um EUR 1,0 Mrd. erhöht. Weiters wurde die mit höchstens EUR 1,75 Mrd. unter dem IBSG (Interbankmarktstärkungsgesetz) bereitgestellte Geldmarktlinie der Clearingbank bis 28.02.2011 vollständig zurückgeführt und wird nicht weiter beansprucht. Das aushaftende staatliche Haftungsvolumen wurde somit zum 31.03.2011 insgesamt um EUR 2,25 Mrd. gegenüber dem Ultimo 2010 reduziert.
- *Ungarantiertes Commercial-Paper-Programm*
Das emittierte Volumen ungarantierter Commercial Papers konnte konstant bei rund EUR 500 Mio. gehalten werden. Zum Stichtag 31.12.2011 befand sich das Volumen der ausstehenden ungarantierten Commercial Papers auf einem erfreulichen Niveau von EUR 483,1 Mio.
- *Geldmarktrefinanzierung (inkl. EZB-Tender und Repo)*
Neben den Commercial-Paper-Programmen war ein Großteil der Refinanzierungen dem Restrukturierungsplan entsprechend auf kurzfristige Refinanzierungen über Geldmarktprodukte, Repo-Geschäfte sowie die Ausnutzung des EZB-Tenders fokussiert. Im Rahmen der Drei-Jahres-EZB-Tender (LTRO 1 bzw. LTRO 2) vom 22.12.2011 bzw. 29.02.2012 hat die KF Liquidität in Höhe von EUR 400 Mio. bzw. EUR 200 Mio. aufgenommen.

Rating

Die KF verfügt von der Ratingagentur Fitch über ein langfristiges Rating von A+ und ein Kurzfrist-Rating von F1+. Von Standard & Poor's besteht ein langfristiges Rating von A und ein kurzfristiges Rating von A-1. Das staatsgarantierte Commercial-Paper-Programm wird von Standard & Poor's mit A-1+ und von Fitch mit F1+ bewertet. Sämtliche Ratings haben einen stabilen Outlook.

Beihilfeverfahren bei der Europäischen Kommission / Impaired-Asset-Verfahren

Die finale Genehmigung der Europäischen Kommission zum Restrukturierungsplan der vormaligen Kommunalkredit (KA alt) wurde am 31.03.2011 erteilt. Eine wichtige Voraussetzung für die Genehmigung des Restrukturierungsplanes im EU-Beihilfeverfahren war der Abschluss des „Impaired-Asset“-Verfahrens im Juli 2010. Dabei wurde die marktgerechte Bewertung der in der KF geführten Aktiva bei Spaltung der KA alt im Jahr 2009 überprüft und bestätigt. Die Genehmigungsentscheidung wurde von der Europäischen Kommission am 06.07.2011 unter http://ec.europa.eu/eu_law/state_aids/comp-2011/sa32745-2011nn.pdf veröffentlicht.

Geschäftsbesorgungsvertrag / Service Level Agreement zwischen KA und KF

Die KF verfügt über keine eigene Back-Office-Infrastruktur, sondern bezieht die erforderlichen operativen Leistungen über ein Service Level Agreement (SLA) von der KA. In der KF sind mit Stichtag 31.12.2011 zudem 14 Mitarbeiter/innen der KA aufgrund einer Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarung tätig. Diese sind für das Portfoliomanagement, Risikomanagement und die Organisation der Gesellschaft verantwortlich. Es besteht eine klare Regelung zur Vermeidung von Interessenkonflikten zwischen KA und KF. Über die Einhaltung der Richtlinie wird regelmäßig dem Aufsichtsrat berichtet; für interessenkonfliktgeneigte Geschäfte ist die Zustimmung des Aufsichtsrats erforderlich.

Der Leistungskatalog des SLA wurde im Jahr 2011 den aktuellen Anforderungen und organisatorischen Rahmenbedingungen angepasst.

Corporate Governance und Risikomanagement

Im Jahr 2011 wurden insgesamt sieben Aufsichtsratssitzungen und zwei Prüfausschusssitzungen sowie, entsprechend den Vorgaben des novellierten BWG, zwei Vergütungsausschusssitzungen abgehalten.

Es werden wöchentliche Vorstandssitzungen mit Beschluss-, Berichts- und Follow-Up-Agenden abgehalten. Die Interne Revision sowie Compliance berichten quartalsweise an den Aufsichtsrat.

Die Risiko- und ICAAP-Strategie der Bank wurden 2011 überprüft und weiterentwickelt; in einem monatlichen Risk Management Committee werden Kredit-, Markt-, operationelle sowie sonstige Risikothemen strukturiert behandelt; zusätzliche Komitees für Kredit-, Kapital- und Liquiditätsbelange finden in wöchentlichen oder kürzeren Abständen statt. Zusätzlich wurde der Bereich Kreditrisiko personell erweitert; ergänzend zu den bisherigen Portfolio-Reviews wurden der Exposure-Review-Prozess sowie das Zinsrisikoreporting weiterentwickelt.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Finanzielle Leistungsindikatoren der KA Finanz AG nach UGB

Ausgewählte Bilanz-Ertragskennzahlen in EUR Mio.	2011	2010
Bilanzsumme	14.901,3	16.491,6
Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen	5.800,9	7.895,7
Forderungen an Kreditinstitute	4.472,0	3.958,3
Forderungen an Kunden	3.401,8	3.524,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.330,2	6.375,2
Verbriefte Verbindlichkeiten	7.349,8	8.283,5
Zinsergebnis	-19,6	-16,5
Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien	-170,9	-182,6
Verwaltungsaufwand	-17,4	-21,4
Betriebsergebnis	-217,5	-254,8
Ergebnis aus Bewertungen und Realisierungen	-926,2	238,4
Außerordentliches Ergebnis	609,6	19,5
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1.143,7	-16,4
Jahresergebnis nach Steuern vor Rücklagenbewegung	-534,4	0,0
Bilanzverlust	-85,8	-345,8

Unternehmenskennzahlen in EUR Mio. bzw. %	2011	2010
Risikogewichtete Aktiva	6.423,2	7.113,5
Eigenmittelerfordernis	519,7	584,1
Eigenmittel	836,5	927,4
Eigenmittelquote	12,9 %	12,7 %
Kernkapital-Tier 1	474,3	544,7
Kernkapitalquote	7,3 %	7,5 %

Rating (alle Ratings mit stabilem Ausblick)	2011	2010
Langfristig Fitch / S&P / Moody's	A+ / A / n. a.	A+ / A / n. a.
Kurzfristig Fitch / S&P / Moody's	F1+ / A-1 / n. a.	F1+ / A-1 / n. a.

Bilanzstruktur

Die Bilanzsumme der KF betrug zum 31.12.2011 EUR 14,9 Mrd. (31.12.2010: EUR 16,5 Mrd.). Dies entspricht einer Reduktion im Vergleich zum Vorjahr um EUR -1,6 Mrd. oder -9,6 %. Die Forderungen an Kreditinstitute betragen zum 31.12.2011 EUR 4,5 Mrd. (31.12.2010: EUR 4,0 Mrd.); der Anstieg gegenüber 2010 ist auf erhöhte Collaterals im Ausmaß von EUR 0,5 Mrd. zurückzuführen; die Forderungen an Kunden beliefen sich auf EUR 3,4 Mrd. (31.12.2010: EUR 3,5 Mrd.). Auf Schuldtitel öffentlicher Stellen und Schuldverschreibungen entfielen EUR 5,8 Mrd. (31.12.2010: EUR 7,9 Mrd.). Die Reduktion der Bilanzsumme ist in erster Linie durch den Portfolioabbau von EUR 3,0 Mrd. begründet.

Risikogewichtete Aktiva und Eigenmittel nach Kapitalmaßnahmen

Die KF hielt zum 31.12.2011 Kernkapital in Höhe von EUR 474,3 Mio. (31.12.2010: EUR 544,7 Mio.), der Eigenmittelbestand belief sich auf EUR 836,5 Mio. (31.12.2010: EUR 927,4 Mio.). Auf Basis der risikogewichteten Aktiva von EUR 6,4 Mrd. (31.12.2010: EUR 7,1 Mrd.) ergab sich somit eine Tier 1-Ratio von 7,3 % (31.12.2010: 7,5 %) und eine Eigenmittelquote von 12,9 % (31.12.2010: 12,7 %).

Die obigen Kapitalkennzahlen beruhen auf den gesetzlichen Berechnungskriterien nach BWG, wobei zur Ermittlung der risikogewichteten Aktiva der Standard-Ansatz zur Anwendung kommt. Für operationales Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

Refinanzierungsstruktur / Liquidität

Zum 31.12.2011 verfügte die KF über ein Refinanzierungsvolumen (ohne Eigenmittel) von insgesamt EUR 12,7 Mrd. (31.12.2010: EUR 14,3 Mrd.). Dabei wurden EUR 6,5 Mrd. (31.12.2010: EUR 6,0 Mrd.) bzw. 51,0 % unabhängig von direkten staatlichen Unterstützungsmaßnahmen aufgebracht. Der Schwerpunkt der Refinanzierungstätigkeiten der KF lag auf kurzfristigen Refinanzierungen, womit die KF den Parametern des Restrukturierungsplans entsprach. Insgesamt waren zum Stichtag EUR 7,9 Mrd. (31.12.2010: EUR 6,6 Mrd.) kurzfristigen Refinanzierungen zuzuordnen, bestehend aus Commercial Papers, EZB-Tender, Repo-Refinanzierungen sowie Geldmarkteinlagen. An langfristigen Refinanzierungsmitteln (staatsgarantierte Anleihen, Privatplatzierungen, Darlehen) waren per 31.12.2011 EUR 4,8 Mrd. (31.12.2010: EUR 7,7 Mrd.) aushaftend.

Die Refinanzierungsstruktur zum 31.12.2011 entwickelte sich wie folgt:

	31.12.2011	(31.12.2010)
Verbriefte Verbindlichkeiten	EUR 7,3 Mrd.	(EUR 8,3 Mrd.)
<i>davon staatsgarantiert</i>	<i>EUR 6,2 Mrd.</i>	<i>(EUR 7,6 Mrd.)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	EUR 5,3 Mrd.	(EUR 6,4 Mrd.)
<i>davon Geldmarktrefinanzierung¹</i>	<i>EUR 3,7 Mrd.</i>	<i>(EUR 3,6 Mrd.)</i>
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	EUR 0,5 Mrd.	(EUR 0,1 Mrd.)

Ertragslage

Das UGB/BWG-Jahresergebnis nach Steuern betrug für das Geschäftsjahr 2011 EUR -534,4 Mio. (2010: EUR 0,0 Mio.) und war im Wesentlichen durch folgende Faktoren bestimmt:

- *Zinsergebnis*

Das Zinsergebnis betrug 2011 EUR -19,6 Mio. und war vor allem durch höhere Refinanzierungskosten negativ beeinflusst.

- *Haftungsentgelte an die Republik Österreich*

Im Jahr 2011 wurden Haftungsentgelte für Bürgschaften und Emissionsgarantien an die Republik Österreich von gesamt EUR -170,9 Mio. (ohne Berücksichtigung der Bereitstellungsprovisionen der Clearingbank-Linie in Höhe von EUR 0,3 Mio., die im Zinsergebnis saldiert wurden) geleistet. Nach Abzug des für 2011 beanspruchten Kapitalisierungsbeitrags von EUR 75,0 Mio., welcher erfolgsneutral direkt dem Kapital zuzuschreiben war, wurden Netto-Haftungsentgelte von EUR 96,2 Mio. an die Republik Österreich geleistet.

1) inkl. EZB-Tender und Repo

- *Verwaltungsaufwand*

Der Verwaltungsaufwand der KF betrug EUR 17,4 Mio. und ergab sich im Wesentlichen aus Dienstleistungen der KA aus dem Service Level Agreement. Darin enthalten sind anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 9,9 Mio.

- *Risikovorsorgen Griechenland*

Im Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen von EUR -926,2 Mio. waren EUR -1.034,3 Mio. Vorsorgen und Drohverlustrückstellungen in Zusammenhang mit der Republik Griechenland enthalten. Nach einem positiven Effekt von EUR 211,8 Mio. aufgrund der Bundesbürgschaft betrug die Nettobelastung für das Geschäftsjahr 2011 EUR -822,5 Mio.

- *Außerordentliche Erträge*

Der Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich zum 31.12.2011 stellte einen außerordentlichen Ertrag in Höhe von EUR 609,6 Mio. dar.

Das Jahresergebnis nach Steuern für das abgelaufene Geschäftsjahr betrug damit EUR -534,4 Mio. (2010: EUR 0,0 Mio.); nach Berücksichtigung der Auflösung von Rücklagen sowie der Kapitalherabsetzung beträgt der Bilanzverlust EUR -85,8 Mio. (2010: EUR -345,8 Mio.).

Da das Jahresergebnis nach Steuern (Jahresüberschuss) die Ausschüttungsgrundlage für Ergänzungskapitalinhaber darstellt, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2012 keine Zinszahlung auf das Ergänzungskapital erfolgen. Der Jahresgewinn stellt die Ausschüttungsgrundlage für Partizipationskapitalinhaber dar; da kein positives Ergebnis vorliegt, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr im Jahr 2012 keine Ausschüttung auf das Partizipationskapital erfolgen. Entsprechende Mitteilungen gemäß § 48d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert und bleiben weiterhin gültig.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Mitarbeiter/innen

Per 31.12.2011 waren im Rahmen einer mit der KA geschlossenen Arbeitskräfteüberlassung 14 Mitarbeiter/innen (exkl. Vorstand) ausschließlich in der KF tätig; davon vier Frauen und zehn Männer. Darüber hinaus besteht ein Service Level Agreement zwischen der KF und der KA, im Rahmen dessen die KF operative Leistungen aus der KA bezieht. Diese werden auf Basis detaillierter Aufzeichnungen drittparteifähig als Sachkosten verrechnet. Entsprechende, von den Organen und der Aufsicht genehmigte Regelungen zur Vermeidung von Interessenkonflikten bestehen.

Kommunikation

Im Mittelpunkt der Kommunikationsmaßnahmen im Jahr 2011 standen die intensive und umfassende Information der Kunden, Marktpartner und Mitarbeiter/innen der KF. Es fanden umfangreiche Informationsgespräche zum Status und zur Entwicklung der Bank mit Marktpartnern, Ratingagenturen und Stakeholdern statt.

Zweigniederlassungen

Die KF verfügt über keine Zweigniederlassungen.

Forschung und Entwicklung

Bezüglich Forschung und Entwicklung ergeben sich branchenbedingt keine Anmerkungen.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Umsetzung der Beschlüsse zum Private Sector Involvement (PSI II) Griechenland

Die Umschuldungsinitiative für Griechenland (PSI II) wurde am 24.02.2012 basierend auf den Beschlüssen des Europäischen Rats vom 26.10.2011 festgelegt. Trotz einer Zustimmungquote am PSI II von 85,8 % hat die griechische Regierung nicht von der angekündigten Möglichkeit, bei Erreichen einer 75%-Quote, die Collective Action Clauses (CACs) nicht zu aktivieren, Gebrauch gemacht und hat am 09.03.2012 die CACs bei Anleihen nach griechischem Recht aktiviert. Damit wurden auch nicht freiwillig am Programm teilnehmende Privatgläubiger zur Annahme der Umtauschparameter gezwungen. In Folge wurde die Aktivierung der CACs noch am 09.03.2012 von der International Swaps and Derivatives Association (ISDA) als Credit Event gewertet. Zahlungsverpflichtungen unter Credit Default Swaps (CDS) und CDS-ähnlichen Kontrakten wurden damit ausgelöst. Die Durchführung des Umtausches der privat gehaltenen Staatsanleihen erfolgte von 12.03.2012 bis 20.04.2012. Die finalen Preise der CDS wurden im Rahmen einer Auktion der ISDA am 19.03.2012 bestimmt, die Abwicklung der CDS-Transaktionen erfolgt zwischen 26.03.2012 und 04.05.2012; die Umtauschperiode für unter internationalem Recht begebene Anleihen wurde mehrfach, zuletzt bis 20.04.2012, verlängert.

Übertragung der KF-Anteile der Republik an die FIMBAG

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17.02.2012 wurde der 99,78%-Anteil der Republik Österreich an der KF vom Bundesministerium für Finanzen (BMF) an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes als Treuhänder übertragen; die FIMBAG hält nunmehr die Anteile für die Republik Österreich treuhändisch.

Tilgung staatsgarantierter Anleihen

Am 06.03.2012 wurde eine EUR 1,0 Mrd.-Anleihe, welche 2009 unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben worden war, plangemäß, ohne Beanspruchung der Haftung der Republik Österreich, getilgt.

Durchführung einer vereinfachten Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25.04.2012 erfolgt eine vereinfachte Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung gemäß §§ 182 ff AktG rückwirkend zum 31.12.2011. Im Rahmen dieser Kapitalherabsetzung werden das Aktien- und Partizipationskapital der KF auf Null herabgesetzt und entsprechende Rücklagen aufgelöst. Im Gegenzug erfolgt eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 389,0 Mio.

durch die Republik Österreich. Der Österreichische Gemeindebund, der bis zu diesem Zeitpunkt mit 0,22 % am Grundkapital beteiligt war, verzichtete nach der Kapitalherabsetzung auf das gesamte ihm im Ausmaß seiner Beteiligung zustehende Bezugsrecht, wodurch die Republik Österreich zur Alleineigentümerin der KF wird. Die Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung ist gemäß § 188 f AktG im Jahresabschluss 2011 berücksichtigt.

Beteiligungen

Die KF verfügt über keine Beteiligungen. Die vormalige Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB), wurde plangemäß am 18.09.2010 mit der KF verschmolzen. Die KIB Properties Ltd, welche Stockwerkeigentum an vormaligen Büroräumen der KIB hielt, wurde am 12.08.2011 mit einem Buchgewinn von EUR 0,6 Mio. verkauft.

Risikoberichterstattung

Überblick

Das primäre Geschäftsziel der KF ist das Management und der Abbau des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen KA vor der Spaltung, unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich sowie möglichst umfangreicher Realisierung des Wertaufholungspotenzials und Sicherung der Liquidität bei größtmöglicher Eigenleistung der Bank.

Aktives Portfoliomonitoring zur frühzeitigen Erkennung von Risiken und aktives Portfoliomanagement zur größtmöglichen Vermeidung der Realisierung von Risiken (Impairments) sowie aktives Liquiditätsmanagement gehören daher zu den Kernaufgaben der KF.

Organisation

Die Verantwortung für das Risikomanagement, insbesondere die Festlegung der Risikostrategie, sowie die adäquate Messung, Steuerung und Begrenzung der Risiken liegt beim Vorstand der KF sowie dem im Management der KF angesiedelten Risk Officer.

Die gesamtheitliche Steuerung und Begrenzung der Risiken erfolgt im Rahmen der monatlichen Sitzungen des Risk Management Committees (RMC). Zusätzlich zum RMC wurden wöchentlich und im Bedarfsfall öfter tagende Ausschüsse etabliert, insbesondere das Kreditkomitee, in welchem die Portfolioüberwachung und risikorelevante Portfoliomaßnahmenplanung konzentriert sind, sowie das Asset-Liability-Committee (ALCO) für das operative Liquiditäts-, Zins- und Kapitalmanagement.

Operativ und administrativ wird das Risikomanagement der KF durch Dienstleistungen, insbesondere die Erstellung von Limit- und Risikoreports und Portfolioanalysen, unterstützt, die über das Service Level Agreement von der Kommunalkredit Austria AG (KA) bezogen werden.

Spezifische Risiken der KF

Folgende Risiken werden in der KF im Einzelnen überwacht:

- Kreditrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Marktrisiko
- Operationelles Risiko

Die Position der KF gegenüber diesen Risikoarten sowie ihre jeweilige Strategie zur Messung, Überwachung und Steuerung werden im Folgenden beschrieben.

Kreditrisiko

Kreditrisiko ist die Gefahr von finanziellen Verlusten, die entstehen, wenn ein Vertragspartner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Die KF unterscheidet folgende Arten des Kreditrisikos: Kontrahenten- bzw. Ausfallrisiko, Konzentrationsrisiko und Länderrisiko.

Das Kreditrisikomanagement der KF baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- Die aktive Überwachung des Kreditrisikos zählt zu den Kernaufgaben der KF als Abbaubank. Es ist erklärtes Ziel, das Portfolio durch aktives Management verlustminimierend abzubauen.
- Die Entwicklung der bestehenden Kreditrisiken wird laufend überwacht.
- Die Rückführung des Portfolios geschieht entweder durch Tilgungen zum Laufzeitende, durch Verkäufe bei Erreichen des bzw. Annäherung an den wahren wirtschaftlichen Wert oder durch Abbau zur Vermeidung erwarteter Kreditrisiken. Auf die gegebene Kapitalausstattung ist dabei zu achten.

Ratingverfahren

Für die überwiegende Mehrzahl an Kreditnehmern gibt es Ratings durch externe Ratingagenturen (Moody's, Standard & Poor's, Fitch), die laufend überwacht und aktualisiert werden. Für alle anderen Kunden wird mindestens einmal jährlich auf Basis der letzten Bilanzzahlen ein internes Rating erstellt. Über eine interne Ratingskala (Masterskala) sind sowohl externen als auch internen Ratings Ausfallwahrscheinlichkeiten zugeordnet. Die Masterskala wird regelmäßig hinsichtlich ihrer Prognosegüte von Zahlungsausfällen überprüft und gegebenenfalls auf Basis eingetretener unerwarteter Verluste angepasst.

Damit können alle Kreditexposures vollständig nach Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherung gegliedert werden.

Kreditexposure

Das risikorelevante Kreditexposure entspricht für den On-Balance-Bestand, insbesondere für Wertpapiere und Darlehen, dem Buchwert (inklusive Zinsabgrenzungen). Für Credit Default Swaps (CDS) entspricht das Kreditexposure dem Nennwert abzüglich Kreditrisikovorsorgen, für Derivate dem positiven Marktwert zuzüglich laufzeit- und produktspezifischer Add-On-Faktoren; CDS und Derivate gehören zum Off-Balance-Bestand.

Bei der Besicherung des Kreditengagements werden finanzielle und persönliche Sicherheiten (Garantien und Haftungen) berücksichtigt. Als finanzielle Sicherheiten werden vor allem Nettingvereinbarungen und Barbesicherungen zur Reduktion des Kontrahentenrisikos berücksichtigt. Erhaltene finanzielle Sicherheiten reduzieren das bestehende Exposure. CDS-Hedges, die laufzeitkonform sind und für die es eine Nettingvereinbarung gibt, reduzieren das bestehende CDS-Exposure ebenfalls. Beim Vorliegen von sonstigen persönlichen

Sicherheiten kann das Exposure dem Sicherheitengeber zugerechnet werden. Das Exposure wird dabei je nach Risikoeinschätzung auf den Garantiegeber transferiert und dort im Portfoliomodell und Limitwesen berücksichtigt.

Per 31.12.2011 beträgt das Kreditexposure der KF (nach Risikovorsorge Republik Griechenland von 80 %) EUR 19,0 Mrd. verteilt auf 543 Partner. Davon entfallen EUR 8,0 Mrd. auf Wertpapiere (Anleihen), EUR 9,3 Mrd. auf CDS und Haftungen und EUR 1,1 Mrd. auf Darlehen. Seit Ende 2008 wurde die Risikoposition der KF durch Tilgungen und Verkäufe um EUR 10,2 Mrd. reduziert.

Ratingverteilung

Die Aufstellung der Kreditexposures nach Rating zeigt, dass das Portfolio trotz zahlreicher Downgrades im Jahr 2011 in den oberen Ratingklassen konzentriert ist. 86,7 % des Exposures sind Investment-Grade (BBB oder besser), 34,2 % AAA/AA-geratet. Das gewichtete Durchschnittsrating für das Gesamtexposure ist A- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch).

Exposureverteilung nach Rating (nach Risikovorsorge Republik Griechenland von 80 %)

31.12.2011 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
AAA	4.329.034	22,7 %	868.752	3.441.562	9.374	81
AA	2.186.151	11,5 %	1.221.124	677.975	263.811	90
A	6.390.560	33,6 %	2.794.390	2.714.930	344.070	164
BBB	3.598.344	18,9 %	1.730.014	1.569.088	234.958	103
BB	1.850.832	9,7 %	823.644	847.916	179.271	33
B	131.221	0,7 %	114.902	0	6.186	16
CCC	455.778	2,4 %	375.844	35.525	44.410	41
D	55.150	0,3 %	35.830	0	19.320	11
nicht geratet	42.421	0,2 %	42.421	0	0	4
Summe	19.039.492	100,0 %	8.006.921	9.286.996	1.101.399	543

Sektorverteilung

Nach Sektoren gegliedert entfällt der überwiegende Teil des Exposures auf die öffentliche Hand (73 %). Das restliche Exposure verteilt sich auf Finanzinstitute (11 %) sowie Public Sector Entities (PSE), öffentlichkeitsnahe Unternehmen und Verbriefungen (16 %). Im CDS- und Haftungsportfolio bestehen Exposures hauptsächlich gegenüber der öffentlichen Hand (98 %).

Exposureverteilung nach Sektor

31.12.2011 in EUR 1.000	Gesamt- exposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/ Haftungen	davon Darlehen	Anzahl Partner
Öffentliche Hand	13.970.986	73,4 %	4.156.388	9.121.891	692.707	157
Finanzinstitute	2.055.022	10,8 %	1.023.293	282.619	131.885	112
Sonstige	3.013.484	15,8 %	2.827.240	-117.513	276.807	274
Summe	19.039.492	100,0 %	8.006.921	9.286.996	1.101.399	543

Konzentrationsrisiko

Risikokonzentrationen werden vor Abschluss von Geschäften (ausschließlich Absicherungs- und Refinanzierungsgeschäfte) sowie im Zuge der monatlichen Kreditrisikoreports, welche dem RMC berichtet werden, festgestellt. Das Gesamtportfolio wird dabei nach unterschiedlichen Gesichtspunkten gegliedert (Gliederung nach Ländern, Regionen, Top-100-Kreditnehmern, Rating, Sektoren). Zusätzlich werden Risikokonzentrationen in einzelnen Teilportfolien durch Portfolioanalysen festgestellt und überwacht. Portfolioanalysen umfassen korrelierende regionale und/oder sektorale Risiken oder Risikokonzentrationen und dienen vor allem der Früherkennung, Begrenzung und Aussteuerung von Risikoportfolien unter aktuellen und künftigen Umfeldbedingungen. Je nach Risikoeinschätzung werden regelmäßig Reviews durchgeführt. Anlassbezogen wird ein Portfolioreview auch ad hoc zwischen den tourlichen Intervallen durchgeführt.

Das Exposure der größten 20 Kunden bzw. Kundengruppen beträgt per 31.12.2011 50 % des Gesamtexposures. Da in der KF kein neues Kreditgeschäft eingegangen wird, werden Limitierungen von Konzentrationsrisiken lediglich in Form von Länderlimiten vorgenommen. Alle Portfolien befinden sich grundsätzlich auf Abbau.

Hinzuweisen ist auf den hohen Anteil europäischer Risiken im Gesamtportfolio von 76,6 % per 31.12.2011. Das hohe Durchschnittsrating des Portfolios (86,7 % Investment-Grade) sowie die niedrige Non-Performing-Loan-Ratio (1,4 %) sind im gegenwärtigen Marktumfeld kein Garant gegen Event-Risiken, wie im Fall von Griechenland.

Länderrisiko

Kreditexposures von Töchtern und Zweigstellen werden im jeweiligen Sitzland ausgewiesen, nicht im Land der Muttergesellschaft. Das Länderrisiko der KF wird mindestens monatlich im RMC überwacht. Je Land werden Angaben über Länderrating, Exposure je Produktart, erwarteter und unerwarteter Verlust und Limitausnutzung überwacht.

Geografisch verteilte sich der Großteil des Exposures zum 31.12.2011 auf den Euro-Raum (EU-17 inkl. Österreich 54,0 %) sowie die restlichen EU-Staaten (22,6 %). Das Exposure in sonstigen Staaten von 23,4 % entfiel zu 13,5 % auf die USA und Kanada.

Exposureverteilung nach Region per 31.12.2011

31.12.2011 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	1.043.954	5,5 %	213.858	530.412	141.880
EU-17 (Euroraum ohne Österreich)	9.238.821	48,5 %	2.378.790	6.258.002	450.664
davon Staatsobligo unter EU-Stützungsmaßnahmen					
Portugal	833.701	4,4 %	153.629	680.072	0
Irland	769.369	4,0 %	100.910	668.459	0
Griechenland ¹⁾	213.459	1,1 %	175.894	37.565	0
EU-Nicht-Euroraum	4.306.731	22,6 %	1.789.743	1.921.443	335.676
Nicht-EU-Europa	629.886	3,3 %	232.185	215.034	171.104
Sonstige Länder	3.820.100	20,1 %	3.392.346	362.106	2.074
Summe	19.039.492	100,0 %	8.006.921	9.286.996	1.101.399

1) Griechenland-Exposure nach Risikovorsorgen von 80 %; TEUR 1.001.486 Brutto-Obligo vor Risikovorsorge; Anstieg ggü. TEUR 983.250 per 30.06.2011 in Folge von Währungsschwankungen EUR/US- $\text{\$}$; Entwicklung Griechenland-Exposure siehe Tabellen Seite 31/32

Exposureverteilung nach Region per 31.03.2012

Vorschau 31.03.2012 in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Österreich	1.024.242	5,8 %	214.64	514.632	142.005
EU-17 (Euroraum ohne Österreich)	8.324.266	47,4 %	2.308.530	5.448.231	413.463
davon Staatsobligo unter EU-Stützungsmaßnahmen					
Portugal	782.188	4,4 %	155.289	626.899	0
Irland	764.938	4,3 %	102.029	662.909	0
Griechenland ¹⁾	80.656	0,5 %	80.656	0	0
EU-Nicht-Euroraum	4.176.865	23,5 %	1.712.837	1.858.925	336.907
Nicht-EU-Europa	598.522	3,4 %	207.499	210.194	170.689
Sonstige Länder	3.559.769	20,0 %	3.170.902	266.893	2.029
Summe	17.683.664	100,0 %	7.614.408	8.298.875	1.065.094

1) Griechenland-Exposure netto nach PSI II-Tausch und CDS-Settlement;
Entwicklung Griechenland-Exposure siehe Tabellen Seite 31/32

Griechenland

Die KF hatte per 31.12.2011 ein Gesamtbligo (vor Wertberichtigung und Risikovorsorgen) gegenüber der Republik Griechenland von EUR 1.001,5 Mio. (zum 30.6.2011 EUR 983,2 Mio., Abweichungen ergeben sich aus Wechselkursschwankungen), darin enthalten waren EUR 164,9 Mio. staatsgarantierte Anleihen. Das direkte Staatsobligo von EUR 836,5 Mio. setzte sich aus EUR 313,7 Mio. Anleihen sowie EUR 522,8 Mio. CDS (EUR 177,6 Mio.) und CDS-ähnliche Strukturen (EUR 345,3 Mio. Total Return Swaps/TRS) zusammen.

Da im Zuge der Umsetzung des Umschuldungsprogramms für Griechenland (PSI II) durch retroaktiv eingeführte Collective Action Clauses (CACs) auch nicht freiwillig am Programm teilnehmende Privatgläubiger zum Schuldverzicht gezwungen wurden, was insbesondere zur Auslösung von Zahlungsverpflichtungen von CDS- und TRS-Kontrakten geführt hat, hat die KF ihr Griechenland-Obligo zum 31.12.2011 wertberichtigt. Das risikorelevante Exposure von EUR 213,5 Mio. entspricht einer Vorsorgequote von 80 % und repräsentiert den Marktwert der im Rahmen des PSI II getauschten Aktiva bzw. der CDS-Recovery.

Nach dem CDS-Settlement am 19.03.2012 besteht in der KF kein weiteres Exposure in CDS oder CDS-ähnlichen Kontrakten gegenüber der Republik Griechenland. Das Exposure gegenüber der Republik Griechenland (direktes Staatsobligo sowie staatsgarantiertes Exposure) zum 31.12.2011 sowie 31.03.2012 entwickelte sich wie folgt:

Griechenland-Exposure per 31.12.2011

in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Exposure ¹⁾	1.013.603	5,3 %	835.934 ²⁾	177.669	0
Risikovorsorgen (80 %)	-800.144	-	-658.045	-142.099	0
Exposure nach Risikovorsorgen	213.459	1,1 %	177.889	35.570	0

1) inkl. Zinsabgrenzungen

2) inkl. EUR 345,3 Mio. CDS-ähnliche TRS-Transaktionen

Griechenland-Exposure per 31.03.2012 (nach PSI II-Tausch und CDS-Settlement)

in EUR 1.000	Gesamtexposure	Anteil	davon Wertpapiere ¹⁾	davon CDS/Haftungen	davon Darlehen
Exposure	312.232	1,8 %	312.232	0	0
Risikovorsorgen/Bundesbürgschaft	-231.577	-	-231.577	0	0
Exposure nach Risikovorsorgen	80.656	0,5 %	80.656	0	0

1) enthält keine CDS-ähnlichen TRS-Transaktionen

Das Griechenland-Exposure zum 31.03.2012 von EUR 312,2 Mio. enthält EUR 163,9 Mio. staatsgarantierte Positionen; die verbleibenden EUR 148,4 Mio. sind Anleihen der Republik Griechenland aus dem PSI II-Tausch und dem CDS-Settlement. Vom Gesamt-Exposure von EUR 312,2 Mio. ist ein Betrag von EUR 231,6 Mio. von der Bundesbürgschaft gedeckt und reduziert das Netto-Exposure entsprechend. Wertpapiere aus dem CDS-Settlement mit einem Nominalwert von EUR 224,9 Mio. sind basierend auf buchtechnischen Bestimmungen mit einem Marktwert von EUR 48,7 Mio. eingebucht und mit diesem Wert in der obigen Darstellung enthalten; i. e. im Umfang von EUR 176,3 Mio. bestehen Ansprüche, welche nicht im Exposure enthalten sind und Wertaufholungspotenzial darstellen, sofern die Positionen gehalten werden und kein weiterer Wertverfall eintritt.

CDS- und Haftungs-Exposure

Das im Gesamtexposure enthaltene CDS- und Haftungsexposure von EUR 9,3 Mrd. per Ende 2011 beinhaltete hauptsächlich Single-Name-CDS. Das CDS- und Haftungsexposure war zu 44,4 % im AAA/AA-Bereich und zu 90,5 % im Investment-Grade-Bereich eingestuft. Das gewichtete Durchschnittsrating für das CDS- und Haftungsportfolio war AA- (Skalierung nach Standard & Poor's/Fitch). CDS und Haftungen bestanden vor allem gegenüber der öffentlichen Hand (98 %). Geografisch war das Portfolio zu 94 % dem EU-Raum zuzuordnen. Das CDS-Portfolio wies zum 31.12.2011 einen negativen Marktwert von EUR 1,37 Mrd. auf (2010: EUR 1,0 Mrd.). Im Rahmen des Collateral Managements wird das CDS-Portfolio täglich bewertet, Marktwertschwankungen werden ausgeglichen. Auf Basis aktueller Kreditrisiko-Analysen waren über die gebildeten Wertberichtigungen bzw. Rückstellungen hinaus keine weiteren Drohverlustrückstellungen vorzunehmen.

Kreditrisikovorsorge

Die Vorsorgen für Risiken im Kreditgeschäft umfassen Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken.

Es findet regelmäßig eine Beurteilung statt, inwiefern objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines Kundenengagements oder Engagements einer Gruppe verbundener Kunden vorliegen. Die Beurteilung der Wertminderung findet entweder im Zuge der jährlichen Bonitätsüberprüfung oder anlassbezogen statt. Die Ermittlung der Wertberichtigungen für Kreditausfälle liegt beim Risikomanagement (Marktfolge) und bedarf der Genehmigung des Vorstands.

Die Bestandteile der gebildeten Kreditrisikovorsorgen sind Einzelwertberichtigungen, Vorsorgen nach § 57 Abs. 1 und Abs. 3 BWG und Pauschalwertberichtigungen. Per 31.12.2011 beträgt der Stand an Vorsorgen EUR 862,5 Mio. für Kreditrisiken in Höhe von EUR 1.174,1 Mio.; dies entspricht einer Bevorsorgungsquote von 73,5 %. Darüber hinaus wurden Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 1,8 Mio. sowie Vorsorgen gemäß § 57 Abs. 1 BWG in Höhe von EUR 180,0 Mio. und § 57 Abs. 3 in Höhe von EUR 95,0 Mio. gebildet.

In der Bilanz sind Forderungen in Höhe von EUR 521,9 Mio. enthalten, für welche die Republik Österreich eine Bürgschaft übernommen hat. Unter Berücksichtigung der Bürgschaft durch die Republik Österreich reduzierte sich der Stand an Vorsorgen zum 31.12.2011 um EUR 235,4 Mio. In den dargestellten Vorsorgen ist dieser Effekt bereits berücksichtigt.

Die KF hat keine finanziellen Vermögenswerte, die zum Ende der Berichtsperiode länger als 90 Tage überfällig, aber nicht im Wert gemindert sind.

Partner mit erhöhtem Kreditrisiko (Watchlist – PameK)

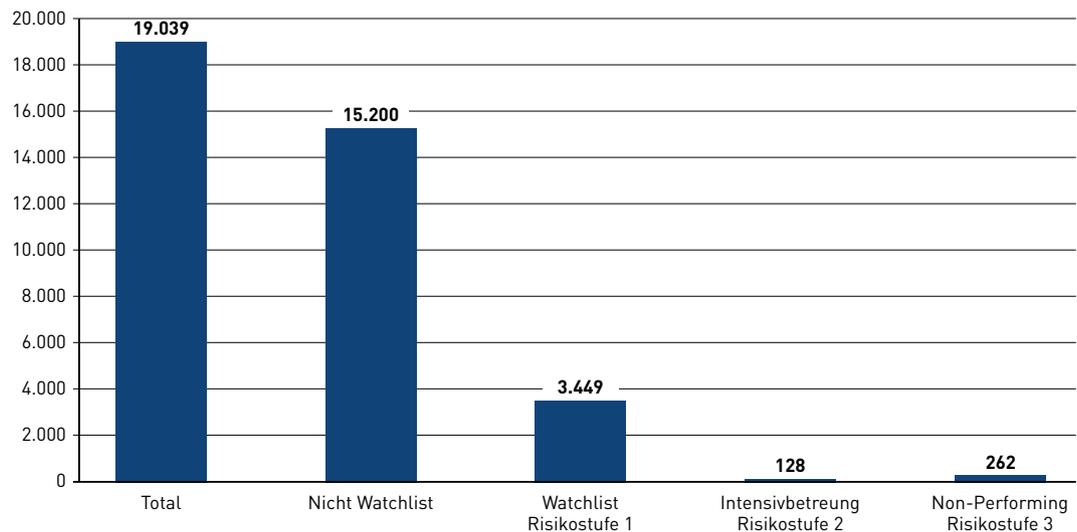
Zur Feststellung und Behandlung erhöhter Kreditrisiken gibt es einen mehrstufigen Risikokontrollprozess, wonach sämtliche Partner in vier Risikostufen eingeteilt werden:

- Stufe 0: Standard-Risikostufe für alle Partner, die nicht unter die nachfolgenden Risikostufen fallen
- Stufe 1: Partner, welche leicht erhöhtes Kreditrisiko bzw. negative Tendenz aufweisen und daher einem engen Monitoring unterliegen
- Stufe 2: Problematische Engagements (Zahlungsrückstände, Kreditminderung) mit Ausnahme von Problemkrediten, bei welchen ein Ausfall gemäß Basel II festgestellt wurde
- Stufe 3: Ausfall gemäß Basel II

Partner der Stufen 1 bis 3 werden in der PameK (Partner mit erhöhtem Kreditrisiko)-Liste geführt, welche laufend aktualisiert und monatlich im Kreditkomitee und quartalsweise dem Aufsichtsrat der KF berichtet wird. Die PameK-Liste dient dabei primär der qualitativen Informationsbereitstellung über das Exposure at Risk. Abzuleitende Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Vorstand im Rahmen des Kreditkomitees beschlossen.

Das gesamte Exposure der KF zum 31.12.2011 beträgt EUR 19,0 Mrd. Hievon befinden sich EUR 3,5 Mrd. auf der Watchlist Risikostufe 1, wobei es sich in erster Linie um Engagements in den Peripherie-Staaten handelt. EUR 128 Mio. werden intensiv betreut (Risikostufe 2), EUR 262 Mio. sind ausgefallen oder vom Ausfall unmittelbar bedroht (Risikostufe 3). Daraus resultiert eine Non-Performing-Loan-Ratio von 1,4 %.

Exposureverteilung nach Watchlist per 31.12.2011 (in EUR Mio.)



Sondergestion und Workout

Das Risikomanagement der KF verantwortet die Gestion und den Workout von Kreditengagements in den Risikostufen 2 und 3. Primäres Ziel ist es, einen Kreditausfall durch intensive Betreuung zu vermeiden bzw. nach Ausfall des Partners die Verlustrate möglichst gering zu halten.

Per 31.12.2011 befanden sich insgesamt 28 Partner mit einem Kreditexposure von EUR 390,2 Mio. in den Risikostufen 2 (EUR 128,4 Mio.) und 3 (EUR 261,8 Mio.).

Unerwarteter Verlust – Portfolio-Kreditrisikomodell

Die Portfoliobetrachtung ist wesentlich für die Quantifizierung des Kreditrisikos. Die KF quantifiziert quartalsweise sowohl das ökonomische Kreditrisiko (Ausfallsrisiko) als auch das regulatorische Kreditrisiko (Bonitätsänderungs- und RWA-Risiko). Für die Berechnung werden rating- und laufzeitabhängige Ausfallswahrscheinlichkeiten (PD) und durchschnittliche historische Verlustquoten (LGD) verwendet.

Der unerwartete Verlust aus Kreditausfällen innerhalb eines Jahres beträgt per 31.12.2012 EUR 61,2 Mio. (bei einem Konfidenzniveau von 90 %).

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisikomanagement ist eine wesentliche Managementaufgabe in der KF. Neben der Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit zu jedem Zeitpunkt steht dabei das vorausschauende Management des strukturellen Liquiditätsrisikos im Fokus.

Liquiditätsrisikomanagement

Die KF unterscheidet zwischen dem Liquiditätsrisiko im engeren Sinne als jenem Risiko, dass die Bank ihren gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder nicht fristgerecht nachkommen kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko) und dem Refinanzierungsrisiko als jenem Risiko, zusätzliche Refinanzierungsmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen zu können. Hinsichtlich der zeitlichen Dimension unterscheidet die KF zwischen kurzfristigem (bis zu einem Jahr) und langfristigem (ab einem Jahr) Liquiditätsrisiko.

Das Liquiditätsrisikomanagement baut auf folgenden Grundsätzen auf:

- der zeitnahen Überwachung und Steuerung der Liquiditätsposition
- einer angemessenen Limitierung des Liquiditätsrisikos
- einem klaren Prozess zur Liquiditätssicherung im Falle von Liquiditätsengpässen

Dabei beinhaltet die Überwachung des Liquiditätsrisikos:

- das tägliche Monitoring und die operative Steuerung der Liquiditätsposition durch das Treasury
- die dynamische Liquiditätsvorschau (unterjährig) unter bestimmten Szenario-Annahmen inklusive kombinierter Stress-Szenarien
- die statistische Analyse von Liquiditätslücken (überjährig)
- die Planung der mittel- und langfristigen Refinanzierung inklusive eines Emissionsplans
- die Pflege und Weiterentwicklung des Liquiditätsmodells

Kurzfristiges Liquiditätsrisiko (< 1 Jahr)

Zur Steuerung der kurzfristigen Liquidität steht dem Management ein kurz- und mittelfristiges Liquiditätsszenario zur Verfügung. In diesen Szenarien werden neben den vertraglichen Zahlungsströmen auch erwartete Zahlungsströme aus neuen Emissionen, Geldmarkt- oder Repo-Prolongationen, Kündigungen bestehender Geschäfte sowie der erwartete Liquiditätsbedarf aus der Dotierung von Barsicherheiten (aus CSA-/ISDA-Verträgen) berücksichtigt. Die resultierenden Liquiditäts-Gaps werden im kurzfristigen Liquiditätsszenario auf Tagesbasis bzw. danach auf Monatsbasis gesteuert.

Zur Quantifizierung und Limitierung des kurzfristigen Liquiditätsrisikos wird die Analyse zusätzlich auch für ein kombiniertes Stress-Szenario erstellt und der maximale liquide Zeithorizont („time-to-wall“) in diesem Szenario bestimmt.

In nachfolgender Tabelle sind die erwarteten Liquiditäts-Gaps, die aus internen und externen Maßnahmen zusätzlich realisierbare Liquidität und die Liquiditätsposition nach diesen Maßnahmen periodisch dargestellt. Die Liquiditätsposition entspricht der im Restrukturierungsplan festgehaltenen Refinanzierungsstrategie als Abbaubank; i. e. einer Refinanzierung überwiegend über den Geldmarkt basierend auf der Eigentümerschaft der Republik Österreich (nunmehr treuhändig über die FIMBAG).

per 31.12.2010 in EUR Mio.	Erwarteter Liquiditäts-Gap	Zusätzliche realisierbare Liquidität	Liquiditäts- position nach Maßnahmen
Bis zu einem Monat	-2.251	2.962	711
Mehr als ein Monat bis zu drei Monaten	-2.696	2.055	-641
Mehr als drei Monate bis zu einem Jahr	-1.993	2.005	12
Summe (bis zu einem Jahr kumuliert)	-6.940	7.022	82

Langfristiges Liquiditätsrisiko (≥ 1 Jahr)

Zur Liquiditätssteuerung und zur strukturellen Analyse der Liquiditätsrisikoposition verwendet die KF eine detaillierte Analyse der erwarteten Kapitalströme für die Gesamtlaufzeit aller On- und Off-Balance-Geschäfte. Die Überhänge aus Kapitalein- und -auszahlungen werden auf periodischer und kumulierter Ebene überwacht und sind die Basis für die strategische Liquiditätsaussteuerung im Rahmen des RMC.

Organisation und Berichtswesen

Das strukturelle Liquiditätsrisiko wird auf Vorstandsebene im monatlichen RMC besprochen. Im wöchentlichen ALCO wird das operative Liquiditätsrisiko anhand der dynamischen Liquiditätsvorschau unter verschiedenen Szenario-Annahmen überwacht und entsprechend gesteuert. Auch die Einhaltung der Liquiditätsrisiko-Limite wird im Rahmen des ALCOs überwacht. Darüber hinaus wird täglich eine aktualisierte Liquiditätsvorschau einschließlich der Einschätzung zusätzlich erforderlicher sowie realisierbarer Liquidität erstellt und an den Treasury-Vorstand sowie das Risikomanagement der KF berichtet.

Marktrisiko

Marktrisiken entstehen aus potenziellen Veränderungen von Risikofaktoren, die zu einer Verringerung des Marktwertes der von diesen Risikofaktoren abhängigen Finanzpositionen führen können.

Im Einzelnen unterscheidet die KF:

- Zinsrisiko
- Wechselkursrisiko
- Spreadänderungsrisiko
- Optionsrisiko
- Basisrisiko

Zinsrisiko

Bei der Messung, Steuerung und Begrenzung von Zinsrisiken unterscheidet die KF zwischen dem periodenorientierten Repricing-Risiko und dem barwertorientierten Zinsänderungsrisiko. Ersteres ist das Risiko eines Rückgangs des Nettozinsetrags, zweiteres das Risiko von Marktwertverlusten aufgrund von Zinsänderungen. Die KF wird zinsrisiko-minimierend gesteuert.

Dazu verfügt die KF über Analyse- und Simulationsinstrumente, welche die Prognose und gezielte Steuerung des barwertigen Zinsänderungsrisikos und des periodischen Nettozinsetrags ermöglichen. Insbesondere werden Zins-Gap-Strukturen (Zinsbindungsablaufbilanz) und Barwertsensitivitäten je Währung analysiert, Value-at-Risk (VaR)-Modelle auf Basis von historischen Volatilitäten und Korrelationen berechnet und für die Bewertung des Repricing-Risikos ein Zinsschock-Szenario simuliert.

Für die Berechnung des Zins-VaR (Haltedauer 20 Handelstage, Konfidenzintervall 90 %) werden gleichgewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen (Beobachtungszeitraum 150 Tage) verwendet. Der berechnete Zins-VaR berücksichtigt den gesamten Geschäftsbestand der KF, jedoch nicht das Eigenkapital (eingezahltes Kapital und Rücklagen). Per 31.12.2011 betrug der Zins-VaR (Konfidenzniveau 90 %, Haltedauer 20 Handelstage) EUR 11,6 Mio. (2010: EUR 8,0 Mio).

Die folgende Tabelle stellt das barwertige Zinsänderungsrisiko der KF bei einem Parallel-Shift der Zinskurve um 25 Basispunkte für die Hauptwährungen per 31.12.2011 in EUR Mio. dar.

in EUR Mio.	
EUR	+0,29
USD	-5,36
CHF	-0,41
JPY	-0,62
Sonstige	-1,25
Summe	-7,35

Die Zinsrisikoposition wird im Rahmen des RMCs zumindest monatlich überwacht und angesteuert.

Zusätzlich zum monatlichen Reporting im RMC findet die zeitnahe, operative Steuerung des kurzfristigen Zins- und Repricingrisikos im wöchentlichen ALCO statt.

Wechselkursrisiko

Die grundsätzliche Risikostrategie der KF ist es, keine offenen Wechselkurspositionen einzugehen. Dazu werden alle Investitionen in Fremdwährung mittels Währungsswaps abgesichert oder währungskonform refinanziert.

Zur operativen Steuerung der offenen Devisenpositionen besteht ein System, das sowohl Auszahlungen und Tilgungszahlungen als auch Zins-, Provisions- und Agioabgrenzungen sowie Ausgleichsbeträge aus Derivatgeschäften berücksichtigt. Das Wechselkursrisiko wird täglich überwacht und angesteuert. Für die Berechnung

des FX-VaR (Haltedauer 1 Handelstag, Konfidenzintervall 99 %) werden exponentiell gewichtete historische Volatilitäten und Korrelationen der Wechselkurse mit einem zurückliegenden Beobachtungszeitraum von 400 Tagen verwendet. Per 31.12.2011 betrug der diversifizierte FX-VaR TEUR 3,6 (2010: TEUR 24,0).

Die folgende Tabelle zeigt die Netto-Währungsswapposition per 31.12.2011.

in EUR Mio.	Netto-Position
USD	-432
CHF	161
JPY	-146
GBP	-360
Sonstige	-255
Summe	-1.032

Spreadänderungsrisiko

Als Spreadänderungsrisiko betrachtet die KF das Risiko von Barwertverlusten aufgrund von Creditspread-änderungen. Steigende Creditspreads haben sowohl für das Wertpapier- und Darlehensportfolio als auch für das CDS-Portfolio der KF einen negativen Barwerteffekt. Dieser Barwerteffekt wird für das Szenario einer Ausweitung aller Creditspreads um +1bp berechnet.

Per 31.12.2011 betrug die Barwertsensitivität gegenüber Creditspreadänderungen für das CDS-Portfolio EUR -3,3 Mio. (2010: EUR -4,2 Mio.), für das Wertpapierportfolio EUR -3,8 Mio. (2010: EUR -4,6 Mio.) und für das Darlehensportfolio EUR -0,5 Mio. (2010: EUR -0,6 Mio.). Der Rückgang der Spread sensitivität seit Ende 2010 ist einerseits auf den Portfolio-Abbau und die Abnahme der Restlaufzeit des verbliebenen Portfolios, andererseits auf das gestiegene Spreadniveau zurückzuführen. Aufgrund des geringen Anteils an zu Marktpreisen bewerteten Aktiva ist der GuV-relevante Teil des Spreadänderungsrisikos gering.

Optionsrisiko

Optionsrisiko besteht ausschließlich bei in einem Grundgeschäft (eigene Emission, Bond oder Swap) eingebetteten Optionen. Zur Messung und Begrenzung von nicht vollständig abgesicherten Optionsrisiken wird eine Szenario-Matrix aus Volatilitäts- und Zinsänderungen bewertet. Das jeweils schlechteste Ergebnis dieser Szenarien (Worst-Case-Szenario) wird überwacht und limitiert.

Per 31.12.2011 betrug das Optionsrisiko, gemessen als Optionswertveränderung im Worst-Case-Szenario, EUR -0,1 Mio. (2010: EUR -1,6 Mio.).

Basisrisiko

Basisrisiko besteht in der KF als das Risiko von Barwertverlusten oder Nettozinsertageinbußen aufgrund geänderter Basisswap-Spreads. Basisswap-Spreads sind der Ausgleich zwischen den zwei variablen Seiten eines kurzlaufenden Zinsswaps (Basisswap) mit unterschiedlichen Indikatoren, z. B. 3-Monats-Libor gegen 6-Monats-Libor. Basisswap-Spreads haben Auswirkung auf die Bewertung von allen Finanzinstrumenten, die an Zinsindikatoren gebunden sind (z. B. variabel verzinsten Wertpapiere, Zinsswaps). Zur Messung der Basisrisiken werden die Barwertsensitivitäten, d. h. die Auswirkung einer Ausweitung des entsprechenden Basisswap-Spreads um +1bp auf die Marktbewertung berechnet.

Per 31.12.2011 betrug die gesamte Barwertsensitivität bezüglich Basisswap-Spreadänderungen EUR -3,1 Mio. nach EUR -2,5 Mio. per 31.12.2010. Aufgrund des geringen Anteils an zu Marktpreisen bewerteten Aktiva ist der GuV-relevante Teil dieser Barwertsensitivität sehr gering.

Operationelles Risiko & Business Continuity Management

In der KF wird operationelles Risiko als die Möglichkeit von Verlusten aus der Unangemessenheit oder dem Versagen von internen Prozessen, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse definiert. Auch das Rechtsrisiko ist Teil des operationellen Risikos. Externe Ereignisse, die rein den Risikoarten Kreditrisiko, Marktrisiko, Liquiditätsrisiko oder sonstigem Risiko zuzuordnen sind und keinen operationellen Hintergrund haben, fallen nicht unter diese Definition. Ziel des Operationellen Risikomanagements (ORM) ist es, aus dem ORM-Prozess einen Mehrwert für die Bank zu generieren.

Die Verantwortlichkeiten im ORM-Prozess liegen beim Operational Risk Officer der KF. In Abstimmung mit dem Operational Risk Officer ernannt das Management Operational Risk Correspondents (ORC) in den Abteilungen, die als Ansprechpartner das Bindeglied zum Operationellen Risikomanagement darstellen und den ORM-Prozess unterstützen. Zusätzlich erhält der Operational Risk Officer der KF entsprechend den Vereinbarungen aus dem Service Level Agreement regelmäßig Berichte zu Ereignissen aus Operationellem Risiko.

Für das Management operationeller Risiken stehen die operationelle Ereignisdatenbank sowie Risk & Control Self Assessments zur Verfügung. Die operationelle Ereignisdatenbank zeigt realisierte Gewinne/Verluste aufgrund operationeller Ereignisse. Diese werden in der Datenbank erfasst und nach Beurteilung durch die Linienverantwortlichen monatlich an den Vorstand berichtet. Operational Risk & Control Self Assessments stellen die zukunftsbezogene Sichtweise dar. Risiken werden identifiziert und einer subjektiven Bewertung auf ihren Risikogehalt hin unterzogen. Die Assessments werden in der KF als Coached Self Assessments durchgeführt, d. h. die Einschätzung und Beurteilung einzelner Risiken erfolgt durch die Bereiche. Die Ergebnisse aus der Ereignisdatenbank dienen dabei als Input und Feedbackschleife zur Neubewertung von Risiken. Das Management wird monatlich in den RMC-Meetings sowie quartalsweise in der Vorstandssitzung über operationelle Risiken informiert.

Das Business Continuity Management (BCM) sichert umfassendes, angemessenes und effizientes betriebliches Kontinuitätsmanagement. Das Kontinuitätsmanagement beinhaltet die Erstellung und das Management der Kontinuitäts- und Wiederanlaufpläne sowie die Umsetzung von abgeleiteten Maßnahmen zur Reduktion von Unterbrechungen kritischer Geschäftsprozesse.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über das Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Etwaige daraus entstehende Risiken sind gemäß SLA durch Haftungsübernahme durch die KA weitgehend abgedeckt (Schadensfälle über EUR 10.000 bei grober Fahrlässigkeit).

Basel II

Seit dem 01.12.2010 verwendet die KF nach Bewilligung des Ansatzwechsels durch die FMA (Finanzmarktaufsicht) für alle Forderungsklassen den Standardansatz.

Für das operationelle Risiko kommt ebenfalls der Standardansatz zur Anwendung.

ICAAP

Der ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) ist ein Kernelement der Säule 2 des Basler Akkords und umfasst alle Verfahren und Maßnahmen zur Identifizierung, Messung und Steuerung der eingegangenen Risiken sowie zur Sicherung einer angemessenen Kapitalausstattung.

Zur quantitativen Beurteilung einer angemessenen Kapitalausstattung bedient sich die KF methodisch der sogenannten Risikotragfähigkeitsanalyse. Es werden derzeit abhängig vom Absicherungsziel drei Steuerungskreise unterschieden:

- *Regulatorische Sicht (Regulatorischer Steuerungskreis)*
Absicherungsziel ist die Sicherstellung der Einhaltung des regulatorischen Mindesteigenmittelerfordernisses. Dazu wird der regulatorische Kapitalbedarf den regulatorischen Eigenmitteln gegenübergestellt.
- *Liquidationssicht (Ökonomischer Steuerungskreis)*
In der Liquidationssicht werden die ökonomischen Risiken der Bank gemessen. Im Unterschied zum regulatorischen Steuerungskreis werden hier auch Liquiditäts- und Marktrisiken berücksichtigt. Zur Quantifizierung des ökonomischen Risikos werden in der KF insbesondere Value-at-Risk-Ansätze angewendet. Das so ermittelte ökonomische Risikokapital wird der ökonomischen Risikodeckungsmasse gegenübergestellt, die im Fall der KF gleich den regulatorischen Eigenmitteln ist.
- *Operatives Kapitalmonitoring (Going-Concern-Steuerungskreis)*
Das operative Kapitalmonitoring als Going-Concern-Steuerungskreis der KF stellt auf die Einhaltung einer Kernkapitalquote von mindestens 7 % ab. Erwartbare laufende Verluste sollen abgedeckt werden, ohne dass die Mindestkernkapitalquote von 7 % unterschritten wird. Dafür wird eine GuV-orientierte Quantifizierung der Risiken (Kredit-, Markt-, Liquiditätsrisiken sowie operationelles Risiko) unter verschiedenen (Stress-) Szenarien verwendet.

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS)

Einleitung

Das IKS-Rahmenwerk der KF besteht aus fünf zusammenhängenden Komponenten: Kontrollumfeld, Risiko-beurteilung, Kontrollmaßnahmen, Information und Kommunikation sowie Überwachung.

Das Ziel des IKS ist es, das Management so zu unterstützen, dass es in der Lage ist, effektive und sich ständig verbessernde interne Kontrollen, vor allem in Hinsicht auf die Rechnungslegung und die Finanzberichterstattung, zu gewährleisten. Das IKS ist einerseits auf die Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften und andererseits auf die Schaffung von vorteilhaften Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen in den Schlüsselprozessen der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung ausgerichtet. Zu den wesentlichen Zielsetzungen gehören eine korrekte und transparente Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

Kontrollumfeld

Der grundlegende Aspekt des Kontrollumfelds ist die Unternehmenskultur, in deren Rahmen das Management und die Mitarbeiter/innen operieren.

Zentrale organisatorische Grundprinzipien sind die Vermeidung von Interessenkonflikten durch strikte Trennung von Markt und Marktfolge, die transparente Dokumentation von Kernprozessen und Kontrollschritten sowie eine konsequente Anwendung des Vier-Augen-Prinzips.

Die KF hat wesentliche Teile der Organisation über ein Service Level Agreement (SLA) an die KA ausgelagert. Dies betrifft insbesondere auch das Rechnungswesen, Meldewesen und die damit verbundenen Rechnungslegungs- und Meldewesenprozesse inklusive der damit verbundenen Kontrollen im Sinne des IKS. Alle im Rahmen des SLA ausgelagerten Tätigkeiten und daraus resultierende Ergebnisse liegen jedoch in der Letztverantwortung der Organe der KF. Eine wesentliche Zusatz-Kontrollfunktion hinsichtlich der Abnahme der Leistungen aus dem SLA nimmt der dazu implementierte Operating Officer wahr, der für die Sicherstellung der Vollständigkeit und Adäquanz für die Erfordernisse der KF mit dem Vorstand verantwortlich ist.

Leistungen der Internen Revision werden via SLA von der KA bezogen. Sie überprüft unabhängig und regelmäßig auch im Bereich des Rechnungswesens die Einhaltung der internen Vorschriften. Die Leiterin der Internen Revision berichtet direkt an den Vorstand und den Aufsichtsrat.

Risikobeurteilung

Das Risikomanagement der KF hat das Ziel, alle identifizierbaren Risiken aufzudecken und gegebenenfalls Maßnahmen zu deren Abwehr und Verhinderung einzuleiten. Dies beinhaltet auch die Risiken einer wesentlichen Fehldarstellung bei der Abbildung von Transaktionen.

Das Risikomanagementsystem umfasst alle Prozesse, die dazu dienen, Risiken zu identifizieren, zu analysieren und zu bewerten.

Risiken werden durch das Management erhoben und überwacht. Der Fokus wird dabei auf jene Risiken gelegt, die als wesentlich beurteilt wurden. Die von den zuständigen Stellen durchgeführten internen Kontrollmaßnahmen werden regelmäßig evaluiert.

Kontrollmaßnahmen

In der KF besteht ein Regelungssystem, welches Strukturen, Prozesse, Funktionen und Rollen innerhalb des Unternehmens festlegt. Dieses bestimmt explizit, wie mit Arbeitsanweisungen oder Arbeitsrichtlinien umzugehen ist bzw. wie diese zu befolgen sind. Dies betrifft vor allem die Informationsverarbeitung, die Dokumentation der gesendeten und empfangenen Informationen sowie die Vermeidung unerwünschter Käufe oder Verkäufe von Vermögensgegenständen, die eine wesentliche Auswirkung auf den Jahresabschluss hätten. Zusätzlich zum Vorstand und Aufsichtsrat umfasst das allgemeine Kontrollumfeld auch die mittlere Managementebene der KF (Risk Officer, Portfolio Officer und Operating Officer) und Leistungen, die via SLA von der Internen Revision der KA bezogen werden.

Es wird darauf geachtet, dass sämtliche Kontrollmaßnahmen so umgesetzt werden, dass sichergestellt ist, dass Fehler oder Abweichungen in der Finanzberichterstattung vorgebeugt bzw. entdeckt und korrigiert werden.

Kontrollmaßnahmen in Bezug auf die IT-Sicherheit stellen einen wesentlichen Teil des IKS dar. So wird die Trennung von sensiblen Tätigkeiten durch eine restriktive Vergabe von IT-Berechtigungen unterstützt.

Information und Kommunikation

In der KF berichten der Risk Officer, der Portfolio Officer und der Operating Officer an den Vorstand, welcher seinerseits regelmäßig u. a. Monats- und Quartalsergebnisse an den Aufsichtsrat berichtet. Im Zusammenhang mit der Darstellung und Vermeidung von Interessenkonflikten wird auch regelmäßig an den Aufsichtsrat berichtet.

Dem Aufsichtsrat wird auch ansonsten regelmäßig umfassend berichtet. Hier beinhaltet der Informationsfluss die Rechenwerke (Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung inklusive Kommentierung der wesentlichen Entwicklungen, Kapitalplanungsrechnungen) des Unternehmens, wie auch Analysen zum Liquiditätsrisiko via SLA vom Bereich Treasury und Analysen zum Portfoliomanagement bzw. zu Portfolioabbaumaßnahmen des Portfolio Officers. Ebenso wird zumindest quartalsmäßig an die FIMBAG sowie das Bundesministerium für Finanzen und an die Finanzmarktaufsicht berichtet. Darüber hinaus wird die Öffentlichkeit durch den Halbjahresfinanzbericht und den Jahresfinanzbericht informiert.

Überwachung

Zu veröffentlichende Abschlüsse werden von leitenden Mitarbeitern/innen des Rechnungswesens, dem Operating Officer und dem Vorstand vor Weiterleitung an den Bilanzausschuss des Aufsichtsrates einer abschließenden Würdigung und ausdrücklichen Freigabe unterzogen.

Durch die Überwachung der Einhaltung sämtlicher Regeln sollen eine möglichst große Sicherheit aller betrieblichen Abläufe und Prozesse und ein Einklang mit den bankweiten Vorschriften erlangt werden. Wenn Risiken und Kontrollschwächen aufgedeckt werden, werden Abhilfe- und Abwehrmaßnahmen von den Verantwortlichen zeitnah erarbeitet und die Umsetzung durch Follow-Up-Maßnahmen überwacht.

Um die Einhaltung der Vorgaben auf Bankebene gewährleisten zu können, wird diese gemäß dem jährlich zu erstellenden Plan der Internen Revision zusätzlich überprüft.

Compliance und Geldwäsche

Der von der KF unterzeichnete Standard Compliance Code der österreichischen Kreditwirtschaft (SCC) enthält konkrete sowie über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgehende Anforderungen betreffend den fairen Umgang mit den Kunden und die Sicherung ihres Vertrauens.

Die KF verfügt über eine den gesetzlichen Bestimmungen und dem SCC entsprechende interne Compliance-Ordnung und eine Compliance-Organisation unter Leitung eines Compliance-Verantwortlichen. In Übereinstimmung mit dem SCC liegt der Schwerpunkt der Compliance-Ordnung der KF in der Verhinderung des Missbrauchs von Information, etwa durch Insiderinformationen oder Marktmanipulation. Darüber hinaus soll durch die Compliance-Organisation der KF die Verletzung jeglicher gesetzlicher oder interner Anforderungen schon im Vorfeld verhindert werden, um so möglichen Gefahren für die Reputation des Unternehmens zu begegnen. Seitens Compliance werden auch die Aktualität der Compliance-Ordnung und ihre Einhaltung unternehmensweit sichergestellt.

Der Compliance-Verantwortliche der KF ist Ansprechstelle für alle Mitarbeiter/innen und informiert diese regelmäßig über die geltenden Anforderungen. Als Geldwäschebeauftragter hat der Compliance-Verantwortliche auch die Einhaltung der in §§ 40 bis 41 Bankwesengesetz normierten „Sorgfaltspflichten zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung“ zu gewährleisten.

Die Beachtung aller für das Unternehmen relevanten gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften ist selbstverständliche Basis des täglichen Handelns der KF. Das Monitoring der Rechtsvorschriften dient der Sicherstellung eines entsprechend aktuellen Wissensstandes.

Prognosebericht

Das abgelaufene Geschäftsjahr war von massiven Marktverwerfungen geprägt. Für das Jahr 2012 wird für die makroökonomische Gesamtlage ab Mitte des Jahres weltweit ein zunehmendes Wachstum erwartet. Für den Euro-Raum wird vor dem Hintergrund der Sparprogramme der öffentlichen Haushalte mit einer verhaltenen Entwicklung gerechnet. Die Stabilisierung der europäischen Finanzmärkte wird wesentlich vom Erfolg der Europäischen Stabilitätsprogramme (EFSF, ESM) sowie der Nachhaltigkeit der Konsolidierungsmaßnahmen der europäischen Länder abhängig sein.

Die Prognosen für den Euro-Raum zeigen jedenfalls weiterhin stark divergierende Entwicklungen einzelner Länder. Vor diesem Hintergrund wird für den Euro-Raum laut Institut für Höhere Studien (IHS), Wien, ein leichter BIP-Rückgang von -0,2 % prognostiziert. Für 2013 wird ein Wachstum von 1,2 % erwartet. In den USA ist hingegen ein deutlich stärkeres Wachstum von 2,5 % bzw. 2,3 % für die Jahre 2012 bzw. 2013 vorhergesagt. Die Prognosen des IHS erwarten für 2012 bzw. 2013 ein reales Wirtschaftswachstum von 0,8 % bzw. 1,7 % für Österreich.

In Folge der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), u. a. durch die Drei-Jahrestender (LTRO – Long-term Refinancing Operation) im Dezember 2011 bzw. Februar 2012, haben sich die Geld- und Kapitalmärkte zunächst stabilisiert, wobei die Aktienmärkte im ersten Quartal 2012 deutlich positive Kursentwicklungen zeigten. Im Finanzsektor ist jedoch weiterhin von einer anhaltend volatilen Situation auszugehen. Das Zinsniveau sollte vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen vorerst auf niedrigem Niveau stabil bleiben.

Angesichts der 2011 zunehmend angespannten Marktsituation für die Refinanzierung der öffentlichen Haushalte haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU auf eine Reihe von Maßnahmen geeinigt. Der im März 2012 beschlossene „Fiskalpakt“ zielt auf eine verbesserte Haushaltsentwicklung ab. Die Verankerung von Schuldenbremsen in den Verfassungen sowie strenge Kontrollen bzw. Sanktionsmöglichkeiten von Schuldenländern sind dabei vorgesehen. Das vorgezogene Inkrafttreten sowie eine Aufstockung des ESM (European Stability Mechanism) per Juni 2012 sind geplant.

In Kombination mit den bestehenden Programmen, insbesondere des EFSF (European Financial Stability Facility), sollen die Unterstützungsmöglichkeiten für betroffene Euro-Mitgliedstaaten auf über EUR 800 Mrd. erhöht werden. Die Wirkung dieser Maßnahmen wird insbesondere in der zweiten Jahreshälfte für die tatsächliche Marktverfassung für europäische souveräne Risiken bestimmend sein. Die KF wird das Portfolio im Hinblick auf das bestehende europäische Konzentrationsrisiko besonders überwachen; mit einem 76,6 %-Anteil europäischer Risiken am Gesamtportfolio (22,7 % Wertpapiere / 5,0 % Darlehen / 44,2 % CDS) besteht naturgemäß eine hohe Abhängigkeit von der diesbezüglichen Entwicklung der Märkte.

Im Jahr 2012 bestehen insgesamt EUR 2,25 Mrd. Fälligkeiten für staatlich garantierte Refinanzierungen der KF. Davon wurde EUR 1,0 Mrd. am 06.03.2012 plangemäß getilgt. Somit wird sich per 31.12.2012 der Stand an staatsgarantierten Refinanzierungen auf EUR 4,8 Mrd. reduzieren.

Die KF erwartet in absehbarer Zukunft kein positives Jahresergebnis bzw. keinen positiven Bilanzgewinn. Somit ergibt sich, dass auch in Zukunft keine Ausschüttungen an bestehende Genussrechte geleistet werden; dies wurde bereits gemäß § 48d Börsegesetz in einer Ad-hoc-Meldung vom 17.11.2009 bekanntgegeben und ist nach wie vor aufrecht.

Der Vorstand und die Mitarbeiter/innen der KF werden sich den gestellten herausfordernden Aufgaben weiterhin mit großem Engagement und hohem Einsatz widmen.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 18. April 2012

Bericht des Aufsichtsrates an die Hauptversammlung

Im Geschäftsjahr 2011 war die Gesellschaft weiterhin mit der Umsetzung des Restrukturierungsplanes der vormaligen Kommunalkredit befasst, aus welcher die nunmehrige KA Finanz AG hervorging. Der Mitte 2009 bei der Europäischen Kommission eingereichte Restrukturierungsplan wurde am 31.03.2011 final genehmigt. Die KA Finanz AG hält demgemäß das nicht strategische Wertpapier- und Credit Default Swap-Portfolio der vormaligen Kommunalkredit sowie die Aktiva der früheren Tochtergesellschaft Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB). Ziel der KA Finanz AG ist der fokussierte Abbau dieses Portfolios bei Minimierung des Einsatzes öffentlicher Ressourcen, Wahrung von Werterholungspotenzialen und höchstmöglicher Eigenleistung.

Der Aufsichtsrat hat seine nach Satzung und Geschäftsordnung obliegenden Aufgaben in sechs ordentlichen und einer konstituierenden Aufsichtsratssitzung wahrgenommen. Ebenso wurden jeweils zwei Sitzungen des Prüfungsausschusses und des Vergütungsausschusses abgehalten. In diesen, wie auch durch Einholung der erforderlichen Informationen über den Geschäftsverlauf, über die Lage und die Entwicklung des Unternehmens und die beabsichtigte Geschäftspolitik wurde der Aufsichtsrat laufend unterrichtet. Der Vorstand hat dem Aufsichtsrat über alle wichtigen Vorgänge und Vorkommnisse berichtet und sich intensiv mit dem strukturierten Abbau des bestehenden Portfolios befasst. Im Jahr 2011 wurden Risikopositionen im Ausmaß von EUR 3,0 Mrd. abgebaut. Seit Beginn der Restrukturierung ab November 2008 wurden bis 31.12.2011 EUR 10,2 Mrd. an Risiko reduziert.

Der Aufsichtsrat hat sich in den abgehaltenen Sitzungen während des vergangenen Jahres mit der Entwicklung der Privatsektorbeteiligung zur Griechenlandumschuldung eingehend beschäftigt, dazu Beschlüsse gefasst und dabei insbesondere auf die Sicherstellung der Solvabilität und Liquidität der KA Finanz AG Bedacht genommen. Der Vorstand hat den Aktionären und dem Aufsichtsrat, vor Aufstellung des Jahresabschlusses 2011, eine Verlustanzeige nach § 83 AktG zur Kenntnis gebracht und eine Hauptversammlung für 25.04.2012 einberufen. Durch die rückwirkende Einführung von „Collective Action Clauses“ am 23.02.2012 in nach griechischem Recht begebene Anleihen der Republik Griechenland, die Aktivierung dieser Klauseln am 09.03.2012 durch die Republik Griechenland sowie die daraus resultierende Aktivierung der Zahlungsverpflichtung unter CDS-Verträgen entstand ein Verlust, welcher die Hälfte des Grundkapitals übersteigt. Seitens des Hauptaktionärs, der Republik Österreich, wurden Maßnahmen zur Verlustabdeckung über Gesellschafterzuschuss und Aktionärsbürgschaft bereits vor Jahresende 2011 zugesagt. Zusätzlich ist eine Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung (Kapitalschnitt gemäß § 189 AktG), rückwirkend auf den 31.12.2011, beabsichtigt. Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben eine diesbezügliche Beschlussfassung vorgeschlagen.

Der Aufsichtsrat hat sich – nach Ablauf der Funktionsperiode und anschließender Wiederwahl aller Mitglieder durch die Hauptversammlung – im Mai 2011 neu konstituiert; der Vorsitzende und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates wurden dabei in deren Funktion bestätigt und die sonstigen Mandate verlängert.

Der Aufsichtsrat hat den bisherigen Vorstand, Mag. Alois Steinbichler, Vorsitzender des Vorstandes, und Mag. Andreas Fleischmann, Mitglied des Vorstandes, per 07.11.2011 auf eine Funktionsdauer von fünf Jahren wiederbestellt.

Mit Übertragungsvereinbarung vom 17.02.2012 wurden die von der Republik Österreich an der KA Finanz AG gehaltenen Aktien treuhändig an die FIMBAG Finanzmarkteteiligung Aktiengesellschaft des Bundes, Wien, übertragen.

Die Prüfung des vorliegenden Jahresabschlusses und des Lageberichtes wurde durch die PwC INTER-TREUHAND GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft, Wien vorgenommen. Die Prüfung hat zu keinen Beanstandungen Anlass gegeben, den gesetzlichen Vorschriften wurde entsprochen, weshalb der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt wurde.

Der Aufsichtsrat hat sich dem Ergebnis der Prüfung angeschlossen. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften gemäß § 188 Abs. 2 AktG im Zusammenhang mit der vereinfachten Kapitalherabsetzung und gleichzeitigen Kapitalerhöhung fällt die Feststellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2011 in die Kompetenz der Hauptversammlung. Der Vorstand und der Aufsichtsrat haben der Hauptversammlung vorgeschlagen, den UGB-Jahresabschluss zum 31.12.2011 samt Lagebericht gemäß § 188 Abs. 2 AktG festzustellen.

Der Aufsichtsrat



Dr. Klaus Liebscher
Vorsitzender

Wien, 20. April 2012

Einzelabschluss

Bilanz der KA Finanz AG nach BWG

Aktiva in EUR	Anhang		31.12.2011	31.12.2010
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken			237.688.406,36	317.040.400,77
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	6.1.		2.134.195.578,47	2.663.519.943,42
Schuldtitel öffentlicher Stellen und ähnliche Wertpapiere		2.134.195.578,47		2.663.519.943,42
3. Forderungen an Kreditinstitute	6.2.		4.471.981.176,18	3.958.337.889,76
a) täglich fällig		4.063.134.628,40		2.922.149.985,61
b) sonstige Forderungen		408.846.547,78		1.036.187.904,15
4. Forderungen an Kunden	6.3.		3.401.771.872,33	3.524.041.621,27
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	6.4.		3.666.737.009,54	5.232.227.848,00
a) von öffentlichen Emittenten		1.297.662.878,71		1.703.369.870,04
b) von anderen Emittenten		2.369.074.130,83		3.528.857.977,96
darunter: eigene Schuldverschreibungen		11.598.468,17		11.592.580,18
6. Beteiligungen	6.5.		23.070,00	23.070,00
darunter: an Kreditinstituten		0,00		0,00
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			0,00	3.426.139,04
darunter: an Kreditinstituten		0,00		0,00
8. Sachanlagen	6.6.		75.982,55	89.428,95
9. Sonstige Vermögensgegenstände	6.7.		960.776.068,42	750.097.173,07
10. Rechnungsabgrenzungsposten	6.8.		28.006.005,07	42.792.959,84
			14.901.255.168,92	16.491.596.474,12
Posten unter der Bilanz				
1. Auslandsaktiva			12.960.407.956,90	15.635.844.079,45

Passiva in EUR	Anhang		31.12.2011	31.12.2010
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	6.9.		5.330.218.546,24	6.375.167.004,63
a) täglich fällig		79.393.644,97		1.301.098.028,06
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		5.250.824.901,27		5.074.068.976,57
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	6.10.		528.496.432,16	121.159.303,26
Sonstige Verbindlichkeiten				
darunter:				
aa) täglich fällig		0,00		0,00
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		528.496.432,16		121.159.303,26
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	6.11.		7.349.751.442,58	8.283.498.471,94
a) begebene Schuldverschreibungen		4.557.637.688,70		7.616.668.068,84
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		2.792.113.753,88		666.830.403,10
4. Sonstige Verbindlichkeiten	6.12.		406.549.337,68	711.505.817,63
5. Rechnungsabgrenzungsposten	6.13.		56.682.597,63	76.522.521,30
6. Rückstellungen	6.14.		555.669.721,33	139.735.913,27
a) sonstige		555.669.721,33		139.735.913,27
6A. Fonds für allgemeine Bankrisiken	6.15.		95.000.000,00	95.000.000,00
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	6.16.		171.683.218,53	202.716.388,51
8. Ergänzungskapital	6.17.		27.905.440,01	36.605.613,85
9. Partizipationskapital	6.18.		0,00	434.126.750,00
10. Gezeichnetes Kapital	6.19.		389.000.000,00	22.346.025,00
11. Kapitalrücklagen	6.20.		0,00	144.351.162,04
a) gebundene		0,00		9.351.162,04
b) nicht gebundene		0,00		135.000.000,00
12. Gewinnrücklagen	6.21.		0,00	118.551.020,86
a) gesetzliche Rücklage		0,00		0,00
b) andere Rücklagen		0,00		118.551.020,86
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	6.22.		76.091.088,46	76.091.088,46
14. Bilanzverlust			-85.792.655,70	-345.780.606,63
			14.901.255.168,92	16.491.596.474,12
Posten unter der Bilanz				
1. Eventualverbindlichkeiten	7.1.		10.464.021.318,68	10.704.050.504,37
darunter:				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Haftungen aus der Bestellung von Sicherheiten		10.464.021.318,68		10.704.050.504,37
2. Kreditrisiken	7.2.		0,00	10.544.719,07
darunter:				
Verbindlichkeiten aus Pensionsgeschäften		0,00		0,00
3. Anrechenbare Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 BWG			836.519.117,65	927.431.055,27
darunter:				
Eigenmittel gemäß § 23 Abs. 14 Z. 7 BWG		0,00		0,00
4. Erforderliche Eigenmittel gemäß § 22 Abs. 1 BWG			519.727.362,71	584.149.161,73
darunter:				
erforderliche Eigenmittel gem. § 22 Abs. 1 Z. 1 und 4 BWG		513.854.741,50		583.847.559,25
5. Auslandspassiva			10.451.881.586,44	11.008.525.447,83

Gewinn- und Verlustrechnung der KA Finanz AG nach BWG

in EUR	Anhang	31.12.2011	31.12.2010
1. Zinsen und ähnliche Erträge darunter: aus festverzinslichen Wertpapieren		236.593.474,06	903.681.820,69 1.423.789.672,04 278.034.100,07
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen			923.284.552,68 1.440.331.464,08
I. Zinsergebnis	9.1.1.		-19.602.731,99 -16.541.792,04
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen			928.722,64 0,00
a) Erträge aus anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		0,00	0,00
b) Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen		928.722,64	0,00
4. Provisionserträge	9.1.2.		20.044.772,29 20.857.176,48
5. Provisionsaufwendungen	9.1.2.		204.822.106,23 216.246.928,39
6. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	9.1.3.		15.866.609,30 -17.114.622,26
7. Sonstige betriebliche Erträge			351.222,97 503.058,50
II. Betriebserträge			-187.233.511,02 -228.543.107,71
8. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	9.1.4.		17.411.795,92 21.414.170,60
a) Personalaufwand		4.970,10	535.235,66
darunter:			
aa) Gehälter		0,00	461.451,67
bb) Aufwand für gesetzlich vorgeschriebene soziale Abgaben und vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge		4.970,10	73.750,22
cc) Sonstiger Sozialaufwand		0,00	33,77
dd) Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		0,00	0,00
ee) Dotierung der Pensionsrückstellung		0,00	0,00
ff) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen		0,00	0,00
b) Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)		17.406.825,82	20.878.934,94
9. Wertberichtigungen auf die im Aktivposten 8 enthaltenen Vermögensgegenstände			13.747,38 131.464,76
10. Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.1.5.		12.842.418,55 4.706.942,54
III. Betriebsaufwendungen			30.267.961,85 26.252.577,90
IV. Betriebsergebnis			-217.501.472,87 -254.795.685,61
11. Wertberichtigungen auf Forderungen und Zuführungen zu Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken	9.1.6.		-237.334.664,16 152.408.767,40
12. Wertberichtigungen auf Wertpapiere, die wie Finanzanlagen bewertet werden, sowie auf Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen	9.1.6.		-688.904.673,14 85.954.293,89
V. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			-1.143.740.810,17 -16.432.624,32
13. Außerordentliche Erträge	9.1.7.		609.628.295,00 114.507.756,83
14. Außerordentliche Aufwendungen			0,00 95.000.000,00
darunter:			
Zuweisung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00 95.000.000,00
15. Außerordentliches Ergebnis			609.628.295,00 19.507.756,83
16. Steuern vom Einkommen	9.1.8.		-5.452,00 -3.070.408,83
17. Sonstige Steuern, soweit nicht in Posten 16 auszuweisen			-269.039,80 -4.723,68
VI. Jahresfehlbetrag			-534.387.006,97 0,00
18. Rücklagenbewegung		Dotierung (-) Auflösung (+)	
darunter:		0,00 337.902.182,90	337.902.182,90 0,00
Dotierung/Auflösung der Haftrücklage		0,00 0,00	0,00 0,00
19. Ausschüttung auf das Partizipationskapital			0,00 0,00
20. Gewinn-/Verlustvortrag			-345.780.606,63 -345.780.606,63
21. Kapitalherabsetzung gem. §§ 182 ff AktG	3.3.		456.472.775,00 0,00
aus gezeichnetem Kapital		22.346.025,00	0,00
aus Partizipationskapital		434.126.750,00	0,00
VII. Bilanzverlust			-85.792.655,70 -345.780.606,63

Anhang zum Jahresabschluss der KA Finanz AG

1. Allgemeine Informationen

Die KA Finanz AG (im Folgenden KF) mit Sitz in 1090 Wien, Türkenstraße 9, ist als Spezialbank mit der Aufgabe der Abwicklung des nicht strategischen Geschäfts der ehemaligen Kommunalkredit Austria AG (KA alt) betraut. Sie ist unter der Firmenbuchnummer 128283b beim Handelsgericht Wien eingetragen.

Die KF entstand im Zuge der Restrukturierung, die nach der Verstaatlichung der KA alt infolge der Finanzmarktkrise erforderlich war. Dabei wurde die KA alt in zwei Kreditinstitute aufgespalten: Die Kommunalkredit Austria AG (KA) übernahm das Kerngeschäft der KA alt, welches insbesondere das kommunale Darlehensgeschäft und das infrastrukturnahe Projektfinanzierungsgeschäft umfasst. In der KF verblieb das sonstige, nicht strategische Geschäft (insbesondere das nicht strategische Wertpapiergeschäft, das Credit-Default-Swap-Portfolio und die Anteile an der Kommunalkredit International Bank Ltd, Zypern (KIB)). Unternehmens- und steuerrechtlicher Spaltungstichtag war der 30.06.2009. Die Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch erfolgte am 28.11.2009. Damit wurde die Spaltung zivilrechtlich wirksam. Ziel und Geschäftszweck der KF ist die bestmögliche Verwaltung und Verwertung des bestehenden Portfolios unter Minimierung des Mitteleinsatzes der Republik Österreich. Zwar findet in der KF kein Neugeschäft in Darlehen, Wertpapieren oder CDS-Sell-Positionen statt, zum Zweck des aktiven Managements des Portfolios betreibt die KF aber weiterhin aktive Bankgeschäfte, insbesondere auf der Refinanzierungsseite, aber auch im Derivatbereich in Form von Zins- und FX-Absicherungsgeschäften sowie Portfolioabsicherungsmaßnahmen.

Mit unternehmens- und steuerrechtlichem Verschmelzungstichtag 31.12.2009 wurde die KIB in die KF verschmolzen. Die Eintragung der Verschmelzung in das Firmenbuch erfolgte am 18.09.2010. Damit wurde die Verschmelzung zivilrechtlich wirksam und die Tochtergesellschaft in Zypern geschlossen.

Die Republik Österreich hält nach den unter Punkt 3 beschriebenen Kapitalisierungsmaßnahmen 100 % der Anteile an der KF.

2. Private Sector Involvement (PSI II) Griechenland

Die KF hatte per 31.12.2011 ein Gesamtbligo gegenüber der Republik Griechenland von EUR 1.001.457.342,22 (Abweichungen zum 30.06.2011 ergeben sich aus Wechselkursschwankungen). Zur Absicherung des Zinsrisikos fix verzinslicher Anleihen bestanden zusätzlich Absicherungsswaps (Fixed-for-floating-Swaps).

Das PSI II wurde am 24.02.2012 mit den folgenden Parametern festgelegt:

- Schuldverzicht Nominale in Höhe von 53,5 % (Juni 2011: lediglich Wertminderung von 21 % in Folge der Unterverzinsung getauschter Anleihen)
- Tausch in 31,5 % neue griechische Anleihen mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 20 Jahren und einer Verzinsung von 2 % bis 4,3 % p. a.
- Tausch in 15 % EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität)-Anleihen mit ein bis zwei Jahren Laufzeit
- Besserungsrecht auf bis max. 1 % zusätzlichem Kupon auf neu getauschte Anleihen abhängig vom BIP-Wachstum Griechenlands
- Zahlung der Stückzinsen aushaftender alter Anleihen in Form von kurzfristigen EFSF-Anleihen
- Retroaktive Einführung von Collective Action Clauses (CACs) durch Griechenland am 23.02.2012 auf unter griechischem Recht begebene Anleihen
- Aufgabe des Prinzips der Freiwilligkeit durch Auslösung der CACs am 09.03.2012. Dies verursachte in Folge ein Credit Event bei aushaftenden Credit Default Swaps/CDS-Verträgen nach ISDA-Kriterien (International Swaps and Derivatives Association); Beschlussfassung durch ISDA am 09.03.2012

Die Durchführung des Umtausches der privat gehaltenen Staatsanleihen erfolgte mit 12.03.2012. Die KF hat mit einem Wertpapier-Nominale von EUR 305.000.000,00 am PSI II teilgenommen.

Trotz einer Beteiligungsquote am PSI II von 85,8 % hat die griechische Regierung nicht von der avisierten Möglichkeit Gebrauch gemacht, bei Erreichen einer 75%igen Zustimmungsquote die CACs nicht zu aktivieren und hat am 09.03.2012 die CACs bei Anleihen nach griechischem Recht aktiviert. Damit wurden auch nicht freiwillig am Programm teilnehmende Privatgläubiger zur Annahme der obigen Umtauschparameter gezwungen. In Folge wurde die Aktivierung der CACs noch am 09.03.2012 von der ISDA als Credit Event gewertet. Zahlungsverpflichtungen zu CDS und CDS-ähnlichen Kontrakten wurden damit ausgelöst. Die finalen Preise der CDS wurden im Rahmen einer Auktion der ISDA am 19.03.2012 bestimmt, die Abwicklung der CDS-Transaktionen erfolgt zwischen 22.03.2012 und 24.04.2012.

Sämtliche Wertpapiere, TRS-Wertpapiere und CDS-Positionen wurden mit 80 %, die Absicherungsswaps in Höhe des negativen beizulegenden Zeitwertes zum 31.12.2011 bevorsorgt. In Summe ergab sich durch die Umschuldungsmaßnahmen 2011 eine Belastung von EUR 1.034.312.500,21. Auf die Entwicklung zur Griechenland-Umschuldung wurde auch in der Ad-hoc-Mitteilung vom 09.03.2012 hingewiesen.

3. Kapitalmaßnahmen

Der aus der Umsetzung des PSI II-Programmes entstandene Verlust konnte in der Kapitalbasis der KF nicht abgedeckt werden. Mit der Republik Österreich wurden deshalb folgende Vereinbarungen zur Kapitalisierung getroffen:

3.1. Gesellschafterzuschuss

Die KF erhält basierend auf der „Bürgschaftsvereinbarung und Erklärung über die Leistung eines Gesellschafterzuschusses“ einen Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich in Höhe von EUR 609.628.295,00. Dieser wird als außerordentlicher Ertrag im Posten 13 der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV; siehe 9.1.7. Außerordentliche Erträge) dargestellt.

3.2. Bürgschaft

Weiters erhält die KF eine Bürgschaft der Republik Österreich in Höhe von EUR 251.185.014,36. Damit übernimmt die Republik Österreich die Haftung als Bürge und Zahler für die in der Vereinbarung angeführten Forderungen der KF. Durch diese Bürgschaft wird die KF in die Lage versetzt, die behafteten Positionen mit ihren jeweiligen Wertansätzen fortzuführen und sonst allenfalls notwendige Risikovorsorgen nicht bilden zu müssen bzw. Wertminderungen von neuen Anleihen der Republik Griechenland, verursacht durch deren Unterverzinslichkeit, nicht vornehmen zu müssen.

Für die Haftungsübernahme hat die KF ab Wirksamwerden der Haftung ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. an die Republik Österreich zu entrichten.

Die Auswirkungen der Bürgschaft auf die Bilanz stellen sich wie folgt dar:

in EUR 1.000	2011	davon wegen der Bürgschaft nicht abgewertet	2011 ohne Bürgschaft
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	237.688.406,36		237.688.406,36
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind	2.134.195.578,47	83.778.955,00	2.050.416.623,47
3. Forderungen an Kreditinstitute	4.471.981.176,18	14.957.285,60	4.457.023.890,58
4. Forderungen an Kunden	3.401.771.872,33	8.641.326,64	3.393.130.545,69
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.666.737.009,54	128.000.000,00	3.538.737.009,54
6. Beteiligungen	23.070,00		23.070,00
7. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00		0,00
8. Sachanlagen	75.982,55		75.982,55
9. Sonstige Vermögensgegenstände	960.776.068,42		960.776.068,42
10. Rechnungsabgrenzungsposten	28.006.005,07		28.006.005,07
Aktiva	14.901.255.168,92	235.377.567,24	14.665.877.601,68

in EUR 1.000	2011	davon wegen der Bürgschaft nicht abgewertet	2011 ohne Bürgschaft
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.330.218.546,24		5.330.218.546,24
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	528.496.432,16		528.496.432,16
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	7.349.751.442,58		7.349.751.442,58
4. Sonstige Verbindlichkeiten	406.549.337,68		406.549.337,68
5. Rechnungsabgrenzungsposten	56.682.597,63		56.682.597,63
6. Rückstellungen	555.669.721,33		555.669.721,33
6A. Fonds für allgemeine Bankrisiken	95.000.000,00		95.000.000,00
7. Nachrangige Verbindlichkeiten	171.683.218,53		171.683.218,53
8. Ergänzungskapital	27.905.440,01		27.905.440,01
9. Partizipationskapital	0,00		0,00
10. Gezeichnetes Kapital	389.000.000,00		389.000.000,00
11. Kapitalrücklagen	0,00		0,00
12. Gewinnrücklagen und Jahresgewinn	0,00		0,00
13. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG	76.091.088,46		76.091.088,46
14. Bilanzverlust	-85.792.655,70	235.377.567,24	-321.170.222,94
Passiva	14.901.255.168,92	235.377.567,24	14.665.877.601,68

Der positive Effekt der Bürgschaft in der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) in Höhe von EUR 235.377.567,24 spiegelt sich in den Posten 11 (EUR 4.837.400,00) und 12 (EUR 230.540.167,24) (siehe 9.1.6. Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen) wider. Die Differenz zum Nominalwert der Bürgschaft von EUR 15.807.350,00 resultiert aus den neuen Griechenland-Anleihen, deren Nominale von EUR 99.586.305,00 verbürgt ist, jedoch nur das Unterbleiben der Wertberichtigung für Unterverzinslichkeit von EUR 83.778.955,00 erfolgswirksam wird.

3.3. Kapitalherabsetzung / Kapitalerhöhung

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25.04.2012 erfolgt eine vereinfachte Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung gemäß §§ 182ff AktG. Im Rahmen dieses Kapitalschnitts werden das Aktien- und Partizipationskapital der KF auf Null herabgesetzt und entsprechende Rücklagen aufgelöst. Im Gegenzug erfolgt eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 389.000.000,00 durch die Republik Österreich. Der Österreichische Gemeindebund, der bis zu diesem Zeitpunkt mit 0,22 % am Grundkapital beteiligt war, verzichtet nach der Kapitalherabsetzung auf das gesamte ihm im Ausmaß seiner Beteiligung zustehende Bezugsrecht, wodurch die Republik zur Alleineigentümerin der KF wird. Die Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung wird gemäß §§ 188 f AktG rückwirkend im Jahresabschluss 2011 berücksichtigt.

4. Angewendete Rechnungslegungsvorschriften

Der vorliegende Jahresabschluss wurde nach den relevanten Vorschriften des BWG (Bankwesengesetz) und den für Kreditinstitute geltenden Vorschriften des UGB (Unternehmensgesetzbuch) aufgestellt.

5. Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften

5.1. Allgemeines

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung sowie der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden wurden der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt. Dem Vorsichtsprinzip wurde unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Bankgeschäftes insofern Rechnung getragen, als nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen und alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste bei der Bewertung berücksichtigt wurden.

5.2. Währungsumrechnung

Berichtswährung ist der Euro. Die auf Fremdwährungen lautenden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten werden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu den von der Europäischen Zentralbank (EZB) bekannt gegebenen Devisenkursen des Bilanzstichtages umgerechnet. Noch nicht abgewickelte Termingeschäfte werden zum Terminkurs am Bilanzstichtag umgerechnet.

5.3. Forderungen

Forderungen, die von Dritten erworben wurden, werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Alle übrigen Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden werden mit dem Nennwert angesetzt.

Für erkennbare Risiken bei Kreditnehmern werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Für die Berechnung der pauschalen Einzelwertberichtigung werden die Forderungen in homogene Portfolios mit vergleichbaren Risikokennmerkmalen gruppiert. Die Quantifizierung erfolgt auf Basis des erwarteten Verlustes unter Verwendung von ratingabhängigen Ausfallwahrscheinlichkeiten und unter Berücksichtigung der Zeitdauer zwischen Eintritt und Erkennen des Ausfalls („Loss Identification Period“).

Weiters wurde aus Gründen der Vorsicht in Anbetracht der besonderen bankgeschäftlichen Risiken eine Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG gebildet.

5.4. Wertpapiere

Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, werden dem Anlagevermögen zugeordnet.

Wertpapiere, die mit Handelsabsicht erworben werden, werden dem Handelsbuch zugeordnet. Die KF führt kein Handelsbuch.

Wertpapiere, die weder dem Anlagevermögen noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, werden als Wertpapiere des Umlaufvermögens klassifiziert.

Die Bewertung erfolgt mit den Anschaffungskosten unter Berücksichtigung des gemilderten Niederstwertprinzips für das Anlagevermögen und des strengen Niederstwertprinzips für das Umlaufvermögen.

Für Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet werden und die ab dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden, wird vom Wahlrecht der zeitanteiligen Abschreibung von über dem Rückzahlungsbetrag liegenden Anschaffungskostenbeträgen Gebrauch gemacht. Die zeitanteilige Zuschreibungsmöglichkeit auf den höheren Rückzahlungsbetrag wird ebenfalls in Anspruch genommen. Wertpapiere des Anlagevermögens, die vor dem Geschäftsjahr 2001 angeschafft wurden und deren Anschaffungskosten über dem Rückzahlungsbetrag lagen, werden gemäß § 56 Abs. 2 BWG mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert. Waren die Anschaffungskosten dieser Wertpapiergruppe niedriger als der Rückzahlungsbetrag, so wird der Unterschiedsbetrag, beginnend mit dem 01.01.2001, über die verbleibende Restlaufzeit verteilt.

Die Unterschiedsbeträge gem. § 56 Abs. 2 BWG und § 56 Abs. 3 BWG stellen sich wie folgt dar:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 2 BWG (Unterschied zwischen dem höheren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	83.740.894,44	87.205.202,09
Unterschiedsbetrag gem. § 56 Abs. 3 BWG (Unterschied zwischen dem niedrigeren Anschaffungswert und Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere)	147.452.105,75	170.904.076,22

Weiters ergeben sich bei den Wertpapieren des Anlagevermögens folgende stille Reserven bzw. stille Lasten (ohne Berücksichtigung der dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert	3.071.345.811,99	3.868.679.914,10
Beizulegender Zeitwert	3.541.692.105,81	4.181.541.639,56
Stille Reserven	470.346.293,82	312.861.725,46

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert	4.750.281.164,12	5.746.237.918,22
Beizulegender Zeitwert	4.086.104.872,47	4.895.030.936,59
Stille Lasten	-664.176.291,65	-851.206.981,63

Der Rückgang der stillen Lasten im Vergleich zum Vorjahr ist im Wesentlichen aufgrund der 2011 erfolgten Wertberichtigungen von Anleihen der Republik Griechenland bedingt.

Die stillen Lasten verteilen sich auf die folgenden Bilanzpositionen:

Ermittlung stille Lasten in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Schuldtitel öffentlicher Stellen		
Buchwert	1.530.841.924,34	1.751.284.896,98
Beizulegender Zeitwert	1.289.222.862,15	1.417.481.501,99
	-241.619.062,19	-333.803.394,99
Forderungen Kreditinstitute		
Buchwert	249.056.116,91	244.972.333,34
Beizulegender Zeitwert	239.301.437,79	227.101.750,90
	-9.754.679,12	-17.870.582,44
Forderungen Kunden		
Buchwert	920.364.136,85	986.394.832,64
Beizulegender Zeitwert	817.425.646,79	811.408.986,86
	-102.938.490,06	-174.985.845,77
Schuldverschreibungen öffentliche Emittenten		
Buchwert	556.839.484,28	539.897.283,02
Beizulegender Zeitwert	419.905.899,35	448.453.394,97
	-136.933.584,93	-91.443.888,05
Schuldverschreibungen andere Emittenten		
Buchwert	1.493.179.501,74	2.223.688.572,29
Beizulegender Zeitwert	1.320.249.026,39	1.990.585.301,86
	-172.930.475,35	-233.103.270,43

Alle Wertpapiere werden regelmäßig analysiert und bewertet; Wertpapiere bei denen ein Rating-Downgrade von mehr als zwei Stufen erfolgt bzw. bei denen ein Kursverfall von über 20 % beobachtet wird, werden speziell überwacht. Auf Basis dieser Analysen waren über die bestehenden Wertberichtigungen hinaus keine außerplanmäßige Abschreibungen gem. § 204 Abs. 1 Z 2 UGB erforderlich.

Wertpapiere des Umlaufvermögens werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Vom Wahlrecht des § 208 Abs. 2 UGB, wonach ein niedrigerer Wertansatz auch bei Wegfall der Gründe einer Abschreibung beibehalten werden darf, wird nicht Gebrauch gemacht.

Bei den Wertpapieren des Umlaufvermögens ergeben sich folgende stille Reserven (ohne Berücksichtigung von dazugehörigen Zinsabsicherungsswaps):

Ermittlung stille Reserven in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Buchwert	29.809.267,34	371.526.892,09
Beizulegender Zeitwert	30.440.313,74	381.805.072,45
Stille Reserven	631.046,40	10.278.180,36

5.4.1. Ermittlung beizulegender Zeitwert

Allgemein können die Methoden für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwertes in folgende drei Kategorien eingeteilt werden:

Level 1: Es existieren Preise auf einem aktiven Markt für idente Finanzinstrumente. In dieser Kategorie werden in der KF Bid Quotes bzw. für Verbindlichkeiten Ask Quotes aus Bloomberg oder Reuters herangezogen.

Level 2: Die Inputfaktoren für die Bewertung lassen sich am Markt beobachten. In diese Kategorie fallen folgende Preisbestimmungsmethoden:

- Preisbestimmung aufgrund Benchmark-Anleihen (ähnliche Papiere)
- Preisbestimmung aufgrund vom Markt abgeleiteter Spreads (Benchmark-Spreads)

Level 3: Die Inputfaktoren lassen sich nicht am Markt beobachten. Darunter fallen vor allem Preise, die vorwiegend auf Expertenschätzungen beruhen.

Für Level-3-Wertpapiere beträgt der Unterschiedsbetrag zwischen den beizulegenden Werten (EUR 963.463.426,95) und den Buchwerten (EUR 1.059.498.715,20) EUR -96.035.288,25.

5.5. Beteiligungen

Die Beteiligungen werden zu Anschaffungskosten bewertet, sofern nicht anhaltende Verluste oder verringertes Eigenkapital eine Abwertung auf das anteilige Eigenkapital oder auf den Ertragswert erforderlich machen.

5.6. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit dem Rückzahlungsbetrag passiviert.

5.7. Verbriefte Verbindlichkeiten

Agio-/Disagioträge sowie bis zum Geschäftsjahr 2002 aktivierte Emissionskosten und Zuzählungsprovisionen werden auf die Laufzeit der Schuld linear verteilt. Zerobonds werden nach der Nettomethode bilanziert.

Die im Zuge einer Emission anfallenden Kosten, die unmittelbar mit der Geldbeschaffung in Zusammenhang stehen, werden direkt in den Aufwand übernommen. Die weitere Differenz zwischen Emissionserlös und Rückzahlungsbetrag (Disagio/Agio) wird als Rechnungsabgrenzungsposten aktiviert bzw. passiviert und als Zinskomponente linear über die Laufzeit ins Zinsergebnis verteilt.

5.8. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Sie berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und der Höhe nach noch nicht feststehende Verbindlichkeiten.

5.9. Credit-Default-Swaps

Credit-Default-Swaps (CDS) werden je nach Vertragsgestaltung als Derivat oder als Eventualverbindlichkeit behandelt:

- CDS-Verträge, bei denen Zahlungen von der Änderung von Bonitätsrating/-index oder einem Kreditrisikoaufschlag abhängig sind (Trigger):
Behandlung als Derivat; Einzelbewertung und Bildung einer Drohverlustrückstellung in Höhe eines allfälligen negativen beizulegenden Zeitwertes zum Bilanzstichtag. Positive beizulegende Zeitwerte werden nicht berücksichtigt; das strenge Niederstwertprinzip wird beibehalten.
- CDS ohne Trigger:
Behandlung als Eventualverbindlichkeit; Bildung von Drohverlustrückstellungen – analog der Methodik für Einzelwertberichtigungen – nach dem zu erwarteten Verlust.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger.

Für CDS-Buy-Positionen, die zur Absicherung von CDS-Sell-Positionen abgeschlossen wurden, wird im Falle von negativen Marktwerten bzw. aufgrund von durch den Hedge fixierten negativen Spreads eine Drohverlustrückstellung gebildet.

5.10. Derivate

Swap-Geschäfte werden in der KF überwiegend zur Absicherung gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgeschlossen, wobei die Absicherung entweder auf Einzelgeschäftsebene (Bilanzierung als Bewertungseinheit) oder durch Steuerung auf Gesamtbankebene (Bilanzierung als Makrohedge) erfolgt. Für Derivate, die weder als Mikro- noch als Makrohedge abgeschlossen werden, gilt das Prinzip der Einzelbewertung, wonach bei einem negativen beizulegenden Zeitwert am Abschlussstichtag eine Drohverlustrückstellung gebildet und unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesen wird.

Für die Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen (Bewertungseinheiten) enthält die AFRAC-Stellungnahme „Die unternehmensrechtliche Bilanzierung von Derivaten und Sicherungsinstrumenten“ Vorschriften, um wirtschaftlich ungerechtfertigte Effekte in der Gewinn- und Verlustrechnung aus der unterschiedlichen Bewertung von abgesicherten Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten zu vermeiden. Ziel der Regeln zu Bewertungseinheiten ist es, die Wertänderungen der Sicherungsinstrumente und der abgesicherten Geschäfte weitgehend kompensierend zu erfassen. Um die Regelungen für Bewertungseinheiten anwenden zu dürfen, muss der Nachweis eines effektiven Sicherungszusammenhanges zwischen Grundgeschäft und Sicherungsgeschäft erbracht werden. Als effektiv gilt eine Sicherungsbeziehung, wenn sich die Ergebnisse aus dem Sicherungsinstrument und die gegenläufigen Ergebnisse aus dem gesicherten Grundgeschäft – bezogen auf das gesicherte Risiko – in einer Bandbreite von 80 % bis 125 % ausgleichen. Die Einhaltung der Voraussetzungen wird in der KF durch prospektive (Abgleich der den Marktwert bestimmenden Komponenten) und retrospektive Effektivitätstests überprüft. Beim prospektiven Effektivitätstest werden alle Parameter des Grundgeschäfts und des Absicherungsgeschäfts, die das Ausmaß der abgesicherten Wertänderung bestimmen, verglichen bzw. überprüft, ob der abgesicherte Fair Value der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Beim retrospektiven Effektivitätstest wird überprüft, ob der abgesicherte Fair Value der Struktur (Grund- und Absicherungsgeschäft) zwischen zwei Vergleichsstichtagen in einer Bandbreite zwischen maximal 80 % und 125 % schwankt. Die Sicherungsgeschäfte werden in der KF bis zum Laufzeitende der Grundgeschäfte abgeschlossen.

Im Fall von Makrohedges (Sicherung von offenen Portfolios) dürfen – als Ausnahme vom Grundsatz der Einzelbewertung – gegenläufige, zinsinduzierte Ertragseffekte oder Wertsteigerungen bei der Bewertung einer Drohverlustrückstellung in Abzug gebracht werden. Werden negative Swapmarktwerte am Bilanzstichtag nicht vollständig durch die gegenläufigen, zinsinduzierten Ertragseffekte der Grundgeschäfte kompensiert, so

erfolgt für den verbleibenden negativen Wert die Bildung einer Drohverlustrückstellung. Aufgrund ihres Ausnahmecharakters ist die Anwendung dieser Bewertungsmethode an die Einhaltung formeller und materieller Bedingungen geknüpft:

- Vorliegen eines Absicherungsbedarfs hinsichtlich der Festzinslücken
- Bestehen einer Absicherungsstrategie
- qualitative Eignung des Derivats als Sicherungsinstrument

Die genannten Voraussetzungen werden von der KF erfüllt und dokumentiert.

Die mit den Swapkontrakten verbundenen Zinsansprüche werden laufzeitkonform abgegrenzt und in der Gewinn- und Verlustrechnung brutto dargestellt.

6. Erläuterungen zur Bilanz

6.1. Schuldtitel öffentlicher Stellen, die zur Refinanzierung bei der Zentralnotenbank zugelassen sind

In diesem Posten werden Wertpapiere öffentlicher Stellen, die bei der EZB refinanzierbar sind, ausgewiesen.

Von den Schuldtiteln öffentlicher Stellen werden im Jahr 2012 Werte in Höhe von EUR 216.809.000,00 (2011: EUR 63.000.000,00) fällig.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 2.414.008.310,80 (31.12.2010: EUR 2.550.244.763,21) dem Anlagevermögen sowie EUR 19.800.000,00 (31.12.2010: EUR 39.366.467,79) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Der Buchwert der in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt EUR 1.373.484.128,97 (31.12.2010: EUR 1.594.042.952,65). Hier werden seit dem aktuellen Berichtsjahr auch die in den EZB-Tender begebenen Wertpapiere ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

In dieser Position sind keine nachrangigen Forderungen enthalten. Weiters sind in dieser Position keine Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.2. Forderungen an Kreditinstitute

Die Forderungen an Kreditinstitute setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals)	3.423.441.567,91	2.905.452.206,43
Guthaben bei Kreditinstituten	637.850.012,75	18.448.453,21
Nicht börsennotierte Wertpapiere	422.881.306,29	507.004.099,42
Darlehen	126.808.289,23	662.768.352,48
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-139.000.000,00	-135.335.221,78
Summe	4.471.981.176,18	3.958.337.889,76
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Forderungen aus Wechsel	0,00	0,00
Nachrangige Forderungen	19.875.245,98	19.863.348,72
In Pension gegebene Wertpapiere	231.167.319,23	121.218.806,44

Der Anstieg der Forderungen an Kreditinstitute in Höhe von EUR 513.643.286,42 ist hauptsächlich auf die Erhöhung der Sicherstellungen für negative Marktwerte aus Derivat- und CDS-Geschäften (Collaterals) zurückzuführen.

Die Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG beträgt insgesamt EUR 180.000.000,00 (31.12.2010: EUR 165.335.221,78) und ist in den Posten Forderungen an Kreditinstitute, Forderungen an Kunden und Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten.

Unter in Pension gegebene Wertpapiere werden seit dem aktuellen Berichtsjahr auch die in den EZB-Tender begebenen Wertpapiere ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Die Forderungen an Kreditinstitute gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Forderungen	4.063.134.628,40	2.922.149.985,61
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	43.555.098,58	96.228.923,94
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	52.731.748,78	269.002.013,99
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	305.228.358,62	630.253.385,38
d) Mehr als 5 Jahre	146.331.341,80	176.038.802,62
	547.846.547,78	1.171.523.125,93
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-139.000.000,00	-135.335.221,78
Summe	4.471.981.176,18	3.958.337.889,76

Die Collaterals werden seit dem aktuellen Berichtsjahr unter den täglich fälligen Forderungen ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Die Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG kann als allgemeine Risikovorsorge keinem Laufzeitband zugeordnet werden.

6.3. Forderungen an Kunden

Die Forderungen an Kunden setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Nicht börsennotierte Wertpapiere	2.005.985.550,50	2.287.685.372,16
Darlehen	949.143.127,14	1.273.344.451,01
Geldmarkt-Veranlagungen	489.943.441,65	0,00
Einzelwertberichtigungen	-4.871.459,06	-12.045.317,05
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-1.428.787,90	-1.942.884,85
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-37.000.000,00	-23.000.000,00
Summe	3.401.771.872,33	3.524.041.621,27
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Forderungen aus Wechsel	18.177.597,97	22.875.379,53
In Pension gegebene Wertpapiere	517.567.136,98	229.331.565,37

Unter in Pension gegebene Wertpapiere werden seit dem aktuellen Berichtsjahr auch die in den EZB-Tender begebenen Wertpapiere ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Die Forderungen an Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Forderungen	490.177.327,01	3.685.105,85
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	37.824.072,71	39.639.916,57
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	120.826.408,63	107.027.422,79
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	323.102.042,45	460.340.357,39
d) Mehr als 5 Jahre	2.468.270.809,44	2.938.291.703,52
	2.950.023.333,22	3.545.299.400,27
Pauschale Einzelwertberichtigung	-1.428.787,90	-1.942.884,85
Vorsorge gemäß § 57 Abs. 1 BWG	-37.000.000,00	-23.000.000,00
	-38.428.787,90	-24.942.884,85
Summe	3.401.771.872,33	3.524.041.621,27

6.4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Der Posten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	1.298.871.891,89	1.703.396.460,10
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	-1.000.000,00	0,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-209.013,18	-26.590,06
	1.297.662.878,71	1.703.369.870,04
Wertpapiere von anderen Emittenten	2.372.249.911,56	3.535.873.652,29
Vorsorge gem. § 57 Abs. 1 BWG	-3.000.000,00	-7.000.000,00
Pauschale Einzelwertberichtigungen	-175.780,73	-15.674,33
	2.369.074.130,83	3.528.857.977,96
Summe	3.666.737.009,54	5.232.227.848,00
davon		
Forderungen an verbundene Unternehmen	0,00	0,00
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Nachrangige Forderungen	13.952.135,69	44.355.234,32
Eigene Emissionen	11.598.468,17	11.592.580,18
In Pension gegebene Wertpapiere	1.700.623.259,65	2.861.800.232,88

Alle in der Position Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthaltenen Papiere sind börsennotiert.

Am Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Nominale von EUR 3.534.985.734,94 (31.12.2010: EUR 4.530.836.521,78) dem Anlagevermögen sowie ein Volumen von EUR 121.531.868,8 (31.12.2010: EUR 710.556.952,77) dem Umlaufvermögen gewidmet.

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren werden im Jahr 2012 Werte in Höhe von EUR 370.311.241,60 (2011: EUR 544.838.014,14) fällig.

Unter in Pension gegebene Wertpapiere werden seit dem aktuellen Berichtsjahr auch die in den EZB-Tender begebenen Wertpapiere ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

6.5. Beteiligungen

Die KF hält Beteiligungen an der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 70,00 und der SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien, mit einem Buchwert von unverändert EUR 23.000,00. Die Zusammensetzung der Beteiligungen einschließlich der Darstellung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse ist S. 78/79 zu entnehmen.

6.6. Sachanlagen

Die Entwicklung der Sachanlagen wird im Anlagenspiegel (S. 78/79) dargestellt.

6.7. Sonstige Vermögensgegenstände

Die Position Sonstige Vermögensgegenstände beinhaltet folgende Posten:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Forderung aus Gesellschafterzuschuss	609.628.295,00	0,00
Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch	170.888.915,85	336.742.093,62
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	152.326.131,19	394.292.512,85
Abgrenzungen von CDS-Gebühren	25.771.787,93	14.978.277,14
Sonstiges	2.160.938,45	4.084.289,46
Summe	960.776.068,42	750.097.173,07
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	789.845.160,45	412.006.735,85

Detaillierte Informationen zur Forderung aus dem Gesellschafterzuschuss sind unter 3.1. Gesellschafterzuschuss zu finden.

Die Fremdwährungsbewertung von Derivaten im Bankbuch ergibt sich aus der Änderung von Fremdwährungskursen zwischen dem Abschlusszeitpunkt von Währungsswaps und dem Bilanzstichtag. Dieser Bewertung stehen Fremdwährungsbewertungen von Aktiv- und Passivbeständen sowie negative Fremdwährungsbewertungen von Derivaten, welche unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen werden, gegenüber.

6.8. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Aktivierete Ausgabedisagios von begebenen Schuldverschreibungen	16.004.204,06	19.176.317,60
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	11.997.925,80	23.588.467,83
Sonstiges	3.875,21	28.174,41
Summe	28.006.005,07	42.792.959,84

6.9. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Verbindlichkeiten	79.393.644,97	1.301.098.028,06
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	1.798.170.441,88	575.744.381,01
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	917.242.877,91	2.002.397.688,12
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.889.040.146,16	1.498.464.992,73
d) Mehr als 5 Jahre	646.371.435,32	997.461.914,71
	5.250.824.901,27	5.074.068.976,57
Summe	5.330.218.546,24	6.375.167.004,63

Die enthaltenen Collaterals werden seit dem aktuellen Berichtsjahr unter den täglich fälligen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Daher wurden auch die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind unverändert zum Vorjahr weder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen noch Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.10. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden gliedern sich nach Fristigkeiten (Restlaufzeiten) wie folgt:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Täglich fällige Verbindlichkeiten	0,00	0,00
Sonstige Forderungen		
a) Bis 3 Monate	305.863.853,97	79.205.226,87
b) Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	98.609.857,97	33.054.076,39
c) Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	71.857.795,53	0,00
d) Mehr als 5 Jahre	52.164.924,69	8.900.000,00
	528.496.432,16	121.159.303,26
Summe	528.496.432,16	121.159.303,26

In der Position Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind unverändert zum Vorjahr weder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen noch Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.11. Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Jahr 2012 werden von den begebenen Schuldverschreibungen Nominalwerte in Höhe von EUR 2.250.000.000,00 (2011: EUR 3.000.000.000,00), von den anderen verbrieften Verbindlichkeiten EUR 2.431.633.482,65 (2011: EUR 433.363.011,85) fällig.

In dieser Position sind unverändert zum Vorjahr weder Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen noch Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

In der Position verbrieft Verbindlichkeiten sind staatsgarantierte Eigenemissionen mit einem Gesamtnominale von EUR 4.600.600.798,00 (31.12.2010: EUR 7.585.077.312,00) enthalten, die unter dem Interbankmarktstärkungsgesetz (IBSG) begeben wurden. Im Geschäftsjahr 2011 fielen dafür Aufwendungen für Haftungsentgelte in Höhe von EUR 56.064.130,46 an. Weiters sind in dieser Position staatsgarantierte Commercial Papers in Höhe von EUR 1.942.891.119,90 (31.12.2010: EUR 0,00) enthalten, die unter dem Finanzmarktstabilitätsgesetz (FinStaG) begeben wurden. Für diese fielen im Geschäftsjahr 2011 Haftungsentgelte in Höhe von EUR 5.231.176,44 an.

6.12. Sonstige Verbindlichkeiten

In den Sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende Positionen enthalten:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Zinsabgrenzungen von Derivaten im Bankbuch	207.508.907,00	422.287.538,38
Fremdwährungsbewertungen von Derivaten im Bankbuch	153.507.714,92	246.311.263,79
Verbindlichkeiten aus Haftungsentgelten iZm dem Besserungsschein	18.185.433,74	17.717.681,29
Abgrenzung Haftungsprovisionen	12.454.473,71	20.074.361,25
Verbindlichkeit Zessionsgebühr	9.092.855,28	0,00
Sonstige	5.799.953,03	5.114.972,92
Summe	406.549.337,68	711.505.817,63
davon erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam	251.937.720,37	464.602.052,75

Details zum Besserungsschein und der Zessionsgebühr sind unter 8.5.1 Besserungsschein zu finden.

6.13. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungen enthalten Folgendes:

in EUR	31.12.2011	31.12.2010
Abgegrenzte Gebühren aus Derivatgeschäften	53.589.111,39	72.893.292,26
Über die Laufzeit abgegrenzte CDS-Gebühren	1.017.249,53	1.222.161,43
Sonstiges	2.076.236,71	2.407.067,61
Summe	56.682.597,63	76.522.521,30

6.14. Rückstellungen

Die Rückstellungen betragen zum 31.12.2011 EUR 555.669.721,33 (31.12.2010: EUR 139.735.913,27) und enthalten als wesentlichsten Posten Drohverlustrückstellungen für CDS und Absicherungsswaps im Zusammenhang mit der Umschuldung der Republik Griechenland in Höhe von EUR 376.267.527,13 (31.12.2010 EUR 0,00). Weiters wurden für im Jahr 2011 beschlossene und im Jahr 2012 abgewickelte Risikoabbaumaßnahmen Rückstellungen in Höhe von EUR 76.133.267,18 gebildet. Für zu Sicherungszwecken abgeschlossene CDS-buy-Positionen sind Drohverlustrückstellungen von EUR 17.690.678,00 (31.12.2010: EUR 35.150.714,00) und für Makroswaps von EUR 15.983.714,58 (31.12.2010: EUR 36.673.711,00) enthalten.

6.15. Fonds für allgemeine Bankrisiken

Zur Deckung besonderer bankgeschäftlicher Risiken aus Gründen der Vorsicht hat die KF den Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von EUR 95.000.000,00 (31.12.2010: EUR 95.000.000,00) dotiert.

6.16. Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten stellen sich per 31.12.2011 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungs- recht	Umwandlung in Kapital
AT0000329768	6,25	12.03.2012	EUR	4.360.369,80	nein	nein
AT0000329941	5,5	23.07.2013	EUR	10.900.924,50	nein	nein
XS0286975973	1,662	28.02.2017	EUR	40.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0140045302	6,08	13.12.2018	EUR	19.500.000,00	Emittent	nein
XS0255270380	5,581	07.06.2021	EUR	5.000.000,00	nein	nein
XS0144772927	6,46	27.03.2022	EUR	5.000.000,00	Emittent	nein
XS0185015541	5,43	13.02.2024	EUR	20.000.000,00	Emittent	nein
AT0000441209	5	27.02.2024	EUR	19.000.000,00	Emittent	nein
XS0279423775	4,44	20.12.2030	EUR	35.000.000,00	Emittent bei Steuerevent	nein
XS0257275098	4,9	23.06.2031	EUR	10.000.000,00	nach Wahl des Emittenten am 23.06.2016	nein
				168.761.294,30		

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Bedingungen des § 23 Abs. 8 BWG.

In dieser Position sind keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, enthalten.

6.17. Ergänzungskapital

Das Ergänzungskapital stellt sich per 31.12.2011 wie folgt dar:

ISIN	Zinssatz in %	Laufzeit bis	Währung	Nominale in EUR	Kündigungs- recht	Umwandlung in Kapital
AT0000320890	5,875	19.11.2012	EUR	1.364.940,00	nein	nein
XS0284217709	4,26	08.02.2019	EUR	7.583.000,00	nein	nein
XS0270579856	3,016	25.10.2021	EUR	18.957.500,00	Emittent	nein
				27.905.440,00		

Das Ergänzungskapital erfüllt die Bedingungen des § 23 Abs. 7 BWG. Aufgrund des negativen Jahresergebnisses vor Rücklagenbewegung erfolgt gemäß Emissionsbedingungen und vertraglicher Regelungen 2012 keine Zahlung von gewinnabhängigen Kupons. Entsprechende Ad-hoc-Mitteilungen gem. § 48 d Börsegesetz wurden bereits in den Vorjahren publiziert. Für diese Zinskupons wird in der Bilanz keine Verbindlichkeit angesetzt.

Der Rückgang des Ergänzungskapitals 2011 (31.12.2010: EUR 36.636.374,34) resultiert aus der vorzeitigen Tilgung von Emissionen im Nominale von EUR 8.730.934,34.

Zum Bilanzstichtag sind unverändert zum Vorjahr keine Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten.

6.18. Partizipationskapital

Im Zuge der Kapitalherabsetzung (siehe 3.3. Kapitalherabsetzung / Kapitalerhöhung) wurde das Partizipationskapital per 31.12.2011 auf EUR 0,00 herabgesetzt (31.12.2010: EUR 434.126.750,00).

6.19. Gezeichnetes Kapital

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25.04.2012 erfolgt eine vereinfachte Kapitalherabsetzung bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung mit Stichtag 31.12.2011 gemäß §§ 182ff AktG. Im Rahmen dieses Kapitalschnitts werden das Aktien- und Partizipationskapital der KF auf Null herabgesetzt und entsprechende Rücklagen aufgelöst. Gleichzeitig erfolgt eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 389.000.000,00 durch die Republik Österreich. Der Österreichische Gemeindebund, der bis zu diesem Zeitpunkt mit 0,22 % am Grundkapital beteiligt war, verzichtet nach der Kapitalherabsetzung auf das gesamte ihm im Ausmaß seiner Beteiligung zustehende Bezugsrecht, wodurch die Republik zur Alleineigentümerin der KF wurde. Die Kapitalherabsetzung mit gleichzeitiger Kapitalerhöhung wird gemäß §§ 188 f AktG rückwirkend im Jahresabschluss 2011 berücksichtigt.

Das gezeichnete Kapital beläuft sich zum 31.12.2011 somit auf EUR 389.000.000,00 (31.12.2010: EUR 22.346.025,00) und ist in 3.890.000 Stückaktien eingeteilt. Die Aktien lauten auf Inhaber; jede Stückaktie repräsentiert einen Anteil von EUR 100,00 am Grundkapital. Die Republik Österreich hält alle Stückaktien. Es gibt keine ausgegebenen und nicht voll eingezahlten Anteile. Es gibt keine genehmigten Anteile.

Zum 31.12.2011 und während des Geschäftsjahres befanden sich keine eigenen Aktien im Bestand der KF.

6.20. Kapitalrücklage

a) gebundene Kapitalrücklage

Im Zuge der Kapitalherabsetzung (siehe 3.3. Kapitalherabsetzung / Kapitalerhöhung) wurde die gebundene Kapitalrücklage per 31.12.2011 zur Gänze aufgelöst (31.12.2010: EUR 9.351.162,04).

b) nicht gebundene Kapitalrücklage

Im Zuge der Kapitalherabsetzung (siehe 3.3. Kapitalherabsetzung / Kapitalerhöhung) wurde die nicht gebundene Kapitalrücklage per 31.12.2011 zur Gänze aufgelöst (31.12.2010: EUR 135.000.000,00).

6.21. Gewinnrücklage

Im Zuge der Kapitalherabsetzung (siehe 3.3. Kapitalherabsetzung / Kapitalerhöhung) wurde die Gewinnrücklage per 31.12.2011 zur Gänze aufgelöst (31.12.2010: EUR 118.551.020,86).

6.22. Haftrücklage gem. § 23 Abs. 6 BWG

Zum Bilanzstichtag beträgt die Haftrücklage unverändert zum Vorjahr EUR 76.091.088,46.

7. Positionen unter der Bilanz

7.1. Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen CDS-sell-Positionen im Nominale von EUR 10.447.276.235,74 (31.12.2010: EUR 10.464.719.731,13). Dagegen stehen Absicherungs (CDS-buy)-Positionen von EUR -1.112.056.503,44 (31.12.2010: EUR -1.214.371.910,76); der Nettobestand an CDS beträgt somit zum 31.12.2011 EUR 9.335.219.732,30 (31.12.2010: EUR 9.250.347.820,37).

Der CDS-Bestand entwickelte sich wie folgt:

in EUR 1.000	Nominalbeträge 31.12.2010	Abbau CDS 2011	FX-Änderungen	Nominalbeträge 31.12.2011
CDS sell	10.464.719.731,13	-204.678.191,88	187.234.696,49	10.447.276.235,74
CDS buy	-1.214.371.910,76	108.850.038,18	-6.534.630,86	-1.112.056.503,44
Summe	9.250.347.820,37	-95.828.153,70	180.700.065,63	9.335.219.732,30

Die CDS weisen folgende Marktwerte auf:

in EUR 1.000	Marktwerte 31.12.2011	Marktwerte 31.12.2010
CDS sell	-1.373.260.407,60	-986.412.657,67
CDS buy	6.949.643,18	-33.913.544,52
Summe	-1.366.310.764,42	-1.020.326.202,19

Alle CDS sind unter ISDA-Verträgen abgeschlossen. Weiters bestehen mit den Vertragsparteien Credit Support Annex-Agreements (CSA-Agreements), nach denen die Verträge auf täglicher Basis bewertet und mittels Collateral-Zahlungen besichert werden. Collaterals werden unter 6.2. Forderungen an Kreditinstitute und 6.3. Forderungen an Kunden ausgewiesen.

Die KF verfügt ausschließlich über CDS-Verträge ohne Trigger, weshalb diese als Eventualverbindlichkeiten behandelt werden. Bei sämtlichen CDS wurde die Wahrscheinlichkeit einer drohenden Inanspruchnahme geprüft und analysiert. Auf Basis dieser Analysen wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von EUR 203.007.780,25 gebildet, weitere Vorsorgen waren nicht erforderlich.

Weiters werden unter den Eventualverbindlichkeiten Haftungskredite von EUR 219.752.863,19 (31.12.2010: EUR 239.330.773,24) ausgewiesen.

7.2. Kreditrisiken

Zum 31.12.2011 bestanden keine offene Rahmen und Promessen aus dem laufenden Kreditgeschäft (31.12.2010: EUR 10.544.719,07).

8. Ergänzende Angaben

8.1. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva, die auf fremde Währung lauten

In der Bilanz sind Aktiva, die auf fremde Währung lauten, in Höhe von EUR 4.458.899.552,67 (31.12.2010: EUR 6.180.408.626,14) enthalten. Die Passiva in fremder Währung betragen EUR 3.110.971.642,58 (31.12.2010: EUR 1.535.848.100,90). Offene Währungspositionen werden über entsprechende Swap-Kontrakte geschlossen.

8.2. Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte

Zur Absicherung von Währungs- und Zinsänderungsrisiken wurden folgende am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Derivatgeschäfte im Bankbuch eingegangen:

31.12.2011 in EUR	Kaufkontrakt	Verkaufkontrakt	Marktwert
Zinsswaps	20.379.544.569	20.379.544.569	-1.680.965.404
Zins-/Währungsswaps	1.297.243.166	1.241.295.744	-248.228.762
Währungsswaps	1.605.118.802	1.645.311.946	-40.260.545
Optionen	1.000.000.000	1.000.000.000	0
CDS	0	0	0
Summe	24.281.906.536	24.266.152.258	-1.969.454.711

31.12.2010 in EUR	Kaufkontrakt	Verkaufkontrakt	Marktwert
Zinsswaps	39.305.157.920	39.305.157.920	-1.149.796.577
Zins-/Währungsswaps	2.162.646.423	2.017.323.737	-50.279.893
Währungsswaps	4.421.194.737	4.477.098.259	-57.520.564
Optionen	1.000.000.000	1.000.000.000	0
CDS	0	0	0
Summe	46.888.999.079	46.799.579.916	-1.257.597.035

Die barwertige Bewertung der Swaps (Interest-Rate-Swaps, Cross-Currency-Interest-Rate-Swaps, FX-Swaps) erfolgt in den Basissystemen auf Grundlage der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung aktueller Zinskurven. Dabei wird auch der Effekt durch Basiswap-Spreads berücksichtigt. Eingebettete Optionalitäten werden mithilfe geeigneter Optionsbewertungsmodelle bewertet. Dabei finden Hull-White- und Libor-Market-Modelle im Zinsbereich Anwendung sowie Jarrow-Yildirim-Modelle für inflationsgelinkte Derivate.

Für Absicherungsswaps iZm Griechenland-Grundgeschäften wurden mangels Effektivität der Bewertungseinheiten Drohverlustrückstellungen in Höhe des beizulegenden Zeitwerts zum 31.12.2011 von EUR 234.168.137,68 gebildet. Nach Abzug von positiven, zinsinduzierten Erträgen aus auf Makroebene abgesicherten Grundgeschäften verbleiben negative beizulegende Zeitwerte für Makroswaps zum 31.12.2011 in Höhe von EUR 15.983.714,58 (31.12.2010: EUR 36.673.711,00), für welche eine entsprechende Drohverlustrückstellung gebildet wurde. Weiters wurde für Swaps, die weder als Mikro- noch als Makrohedge abgeschlossen wurden, eine Rückstellung in Höhe von EUR 1.216.037,95 gebildet.

8.3. Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten

Die Aufwendungen für sämtliche nachrangige Verbindlichkeiten betragen im Berichtsjahr 2011 EUR 7.800.224,74 (31.12.2010: EUR 5.862.379,41).

8.4. Rechtsstreitigkeiten

Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge (ggf. auch unverschuldeter oder unvermeidbarer) von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Die KF wurde von zwei ehemaligen Vorstandsmitgliedern vor dem Arbeits- und Sozialgericht Wien wegen angeblich unberechtigter vorzeitiger Auflösung ihrer Vorstandsverträge auf Kündigungsentschädigung geklagt. Das finanzielle Risiko liegt jeweils bei rund EUR 3 Mio. zuzüglich Zinsen. In diesen Verfahren hat die KF jeweils eine Widerklage wegen Schadenersatz eingebracht. Die KF rechnet nicht mit einem Aufwand aus diesem Verfahren. Ebenso werden staatsanwaltliche Untersuchungen u. a. gegen vormalige Vorstandsmitglieder durchgeführt. Die KF hat sich diesem Verfahren als Privatbeteiligte angeschlossen.

Ein Investor in Zertifikaten hat gerichtliche Schritte gegen mehrere Parteien, darunter hinsichtlich einiger Forderungen auch die KF, eingeleitet. Es handelt sich bei den Tier-1-Instrumenten um Partizipationskapital, welches gem. § 23 BWG voll verlusttragend ist, das ursprünglich von der KA alt begeben worden war und im Zuge der Spaltung anteilig bei der KF verblieb. Die KF hält die Ansprüche für unbegründet.

Das im Vorjahr berichtete Verfahren als belangter Verband iSd Verbandsverantwortlichkeitsgesetzes wurde mittlerweile eingestellt.

8.5. Sonstige Verpflichtungen

8.5.1. Besserungsschein

Im Rahmen der Kapitalisierungsvereinbarung mit der Republik Österreich und der Kommunalkredit Austria AG (KA) vom 17.11.2009 verzichtete die KA gegenüber der KF auf die Rückzahlung von Geldmarkteinlagen im Ausmaß von EUR 1 Mrd. gegen Ausstellung eines Besserungsscheins. Dieser Besserungsschein wurde am 30.12.2011 von der KA an die Republik Österreich übertragen und sichert dieser Zahlungen aus künftigen Jahresüberschüssen der KF im Ausmaß des ursprünglichen Verzichts Betrags von EUR 1.000.000.000,00 zuzüglich Zinsen zu. Die daraus resultierende Zessionsgebühr in Höhe von EUR 9.092.855,28 war von der KF als wirtschaftliche Begünstigte der Besserungsscheinstruktur zu tragen und ist im Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen (9.1.5.) ausgewiesen.

8.5.2. Spaltung

Aufgrund der vom SpaltG normierten gesamtschuldnerischen Haftung haftet die KF für Verbindlichkeiten, die bis zur Eintragung der Spaltung in das Firmenbuch entstanden sind und als dem Kernbankgeschäft zugeordnete Verbindlichkeiten auf die KA abgespalten wurden, bis zur Höhe des ihr im Rahmen der Spaltung zugewiesenen Nettoaktivvermögens.

8.5.3. Haftungsentgelt aus Bürgschaft

Die Republik Österreich hat eine Haftung für wertberichtigte Forderungen der KF von EUR 251.185.014,36 übernommen (siehe 3.2. Bürgschaft). Für die Haftungsübernahme hat die KF ab Wirksamwerden der Haftung ein Entgelt in Höhe von 10 % p. a. an den Bund zu entrichten.

8.5.4. Sonstige Verpflichtungen

Die KF ist gemäß § 93 BWG zur anteiligen Sicherung der Einlagen im Rahmen der Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft m.b.H., Wien, verpflichtet.

Aufgrund von Mietverträgen ergeben sich im Jahr 2012 Verpflichtungen in Höhe von EUR 114.000,00. Die entsprechenden Verpflichtungen für die Jahre 2013 bis 2017 betragen voraussichtlich EUR 627.000,00.

8.6. Als Sicherheiten gegebene Vermögensgegenstände

Als Sicherheit für Verbindlichkeiten Dritter wurden zum Bilanzstichtag und zum Bilanzstichtag des Vorjahres keine Forderungen gegenüber Kreditinstituten oder andere Gläubiger verpfändet.

Als Sicherheiten aus ISDA-/CSA-Vereinbarungen wurden Guthaben bei Kreditinstituten mit einem Nominale von EUR 3.421.201.747,18 (31.12.2010: EUR 2.904.173.250,00) gestellt. In den Forderungen an Kunden (Nichtbank-Finanzinstitute) sind Sicherheiten mit einem Nominale von EUR 489.690.000,00 (31.12.2010: EUR 0,00) enthalten.

Im Rahmen einer besicherten Wertpapierleihe wurden Wertpapiere mit einem Nominale von EUR 300.000.000,00 beliehen (31.12.2010: EUR 300.000.000,00).

Für EZB-Tender waren zum Stichtag 31.12.2011 Wertpapiere in Höhe von EUR 1.794.368.315,08 (31.12.2010: EUR 3.078.355.037,74) als Sicherheiten hinterlegt. Der Sicherungsnehmer hat nur im Falle des Ausfalls des Schuldners das Recht, die Sicherheiten zu verwerten.

8.7. Latente Steuern

Zum Bilanzstichtag waren keine aktivierungsfähigen aktiven, latenten Steuern (31.12.2010: EUR 0,00) vorhanden. Der steuerliche Verlustvortrag zum 31.12.2011 beträgt EUR 1.634.212.827,92 (31.12.2010: EUR 342.293.864,76).

9. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

9.1. Darstellung der wesentlichen GuV-Positionen

9.1.1. Zinsergebnis

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2011	2010
Kreditgeschäft	121.947.923,80	125.457.112,42
Bankveranlagungen	77.327.997,47	68.612.814,24
Festverzinsliche Wertpapiere	236.593.474,06	278.034.100,07
Swap-Ertrag	467.812.425,36	951.685.645,31
Summe Zinserträge	903.681.820,69	1.423.789.672,04

Zinsen und ähnliche Aufwendungen in EUR	2011	2010
Mit Banken	-98.058.375,46	-93.029.521,65
Mit Nichtbanken	-3.544.169,43	-1.636.428,15
Eigene Emissionen	-152.663.447,57	-195.727.198,59
Swap-Aufwand	-669.018.560,22	-1.149.938.315,69
Summe Zinsaufwendungen	-923.284.552,68	-1.440.331.464,08
Summe Zinsergebnis	-19.602.731,99	-16.541.792,04

Die Zinsaufwendungen und -erträge aus Zinsabsicherungsswaps werden brutto in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen gezeigt und nicht mit jenen der Grundgeschäfte saldiert.

9.1.2. Provisionsergebnis

Provisionserträge in EUR	2011	2010
Haftungsprovisionen	19.919.772,25	20.732.176,44
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	125.000,04	125.000,04
Summe Provisionserträge	20.044.772,29	20.857.176,48

Provisionsaufwendungen in EUR	2011	2010
Haftungsprovisionen	-31.180.571,75	-29.904.506,44
Wertpapiergeschäft darunter:	-173.477.809,02	-185.680.011,14
Haftungsentgelt Besserungsschein	-108.880.298,26	-104.268.737,27
Haftungsentgelt für staatsgarantierte Eigenemissionen	-61.295.306,90	-78.287.395,72
Geld- und Devisenhandel	-163.725,46	-662.410,81
Summe Zinserträge	-204.822.106,23	-216.246.928,39
Summe Provisionsergebnis	-184.777.333,94	-195.389.751,91

9.1.3. Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften

in EUR	2011	2010
Erträge/Aufwendungen aus Finanzgeschäften	15.866.609,30	-17.114.622,26

Die Erträge aus Finanzgeschäften resultieren im Wesentlichen aus der Veränderung der Drohverlustrückstellung für CDS-Absicherungsverträge. Das negative Ergebnis des Vorjahres entstand im Wesentlichen aus Devisenergebnisanpassungen aus der Umstellung der Steuerung der Devisenposition der KIB von IFRS auf UGB/BWG im Zuge der Verschmelzung.

9.1.4. Verwaltungsaufwand

in EUR	2011	2010
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	-17.411.795,93	-21.414.170,60
Personalaufwand	-4.970,10	-535.235,66
Sachaufwand	-17.406.825,83	-20.878.934,94

Der ausgewiesene Personalaufwand betrifft eine Nachverrechnung der Kommunalsteuer aufgrund einer Betriebsprüfung betreffend die Geschäftsjahre 2007 bis 2009. Im Vorjahr war der Aufwand aus der KIB für die ersten neun Monate des Jahres bis zur Schließung der KIB enthalten.

Die KF hat keine eigenen Mitarbeiter/innen; 14 Mitarbeiter/innen (2010: zwölf) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv. Zusätzlich bezieht die KF überwiegend Dienstleistungen von der KA über ein Service Level Agreement. Für die erbrachten Leistungen wurden 2011 anhand von detaillierten Zeitaufzeichnungen der Mitarbeiter/innen anteilige Personal- und Sachkosten in Höhe von EUR 9.933.812,44 (2010: EUR 12.766.269,34) weiterverrechnet und im Sachaufwand unter den Dienstleistungen Dritter ausgewiesen.

Der Sachaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	2011	2010
Dienstleistungen Dritter	-12.673.139,96	-13.850.559,97
Konsultations- und Prüfungskosten	-3.378.241,49	-4.291.975,45
Nachrichtenverkehr	-687.530,63	-567.248,49
Datenverarbeitung	-126.441,94	-163.157,86
Raumkosten	-96.834,00	-253.762,65
Werbung und Repräsentation	-55.111,80	-245.068,76
Sonstiger Sachaufwand	-389.526,01	-1.507.161,76
Summe Sachaufwand	-17.406.825,83	-20.878.934,94

Die auf die Berichtsperiode entfallenden Aufwendungen für den Abschlussprüfer setzen sich wie folgt zusammen:

in EUR	2011	2010
Prüfung des Jahresabschlusses	96.000,00	96.000,00
Andere Bestätigungsleistungen	0,00	9.600,00
Sonstige Leistungen	12.000,00	0,00
	108.000,00	105.600,00

9.1.5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von EUR 12.842.418,55 (2010: EUR 4.706.942,54) enthalten die Zessionsgebühr für die Übertragung des Besserungsscheins von der KA an die Republik Österreich, welche die KF als wirtschaftliche Begünstigte der Struktur vertragskonform trägt, in Höhe von EUR 9.092.855,28 (2010: EUR 0,00) sowie Aufwendungen für GVA-Überziehungen in Höhe von EUR 3.749.563,27 (2010: EUR 3.300.000,00).

9.1.6. Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen

Das Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen setzt sich wie folgt zusammen:

in EUR	2011	2010
Bundeshürgschaft	235.377.567,24	0,00
auf Anleihen der Republik Griechenland	211.778.955,00	0,00
auf sonstige Darlehen und Wertpapiere	23.598.612,24	0,00
Erlös aus vorzeitiger Tilgung von Eigenemissionen	18.794.572,75	46.397.674,33
Reduktion negativer Marktwerte für Makrohedge-Positionen	9.883.762,17	0,00
Effekte aus Abbaumaßnahmen	0,00	168.057.529,86
Auflösung von pauschalen Einzelwertberichtigungen	161.293,46	51.951.917,49
Einzelwertberichtigungen	0,00	6.689.639,39
Sonstiges	0,00	2.275.233,00
Positive Effekte	264.217.195,62	275.371.994,07
Vorsorgen und Drohverlustrückstellungen Republik Griechenland brutto vor Bürgschaft	-1.034.312.500,21	0,00
Effekte aus Abbaumaßnahmen	-99.034.667,46	0,00
Erhöhung Vorsorge § 57 (1) BWG	-14.664.778,22	-335.221,78
Einzelwertberichtigungen	-9.121.286,12	0,00
Drohverlustrückstellung für Makrohedge-Positionen (negative Marktwerte)	0,00	-36.673.711,00
Sonstiges	-33.323.300,92	0,00
Negative Effekte	-1.190.456.532,92	-37.008.932,78
Summe Ergebnis aus Realisierungen und Bewertungen	-926.239.337,30	238.363.061,29

9.1.7. Außerordentliche Erträge

in EUR	2011	2010
Außerordentliche Erträge	609.628.295,00	114.507.756,83

Die außerordentlichen Erträge im Jahr 2011 betreffen den Gesellschafterzuschuss der Republik Österreich (siehe 3.1. Gesellschafterzuschuss). Die wesentliche Komponente im Jahr 2010 war die Reduktion der Abschreibung der Zwischenrefinanzierung der KF an die KIB von TEUR 423.392,0 auf TEUR 328.150,0.

9.1.8. Steueraufwand

Der auf das Geschäftsjahr entfallende Steueraufwand betrifft den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der KF.

9.2. Aufteilung der Umsatzerlöse in geografische Märkte (§ 237 UGB)

Zinsen und ähnliche Erträge in EUR	2011	2010
Österreich	32.513.291,03	38.949.214,92
Westeuropa	444.930.371,05	777.918.781,28
Zentral- und Osteuropa	163.392.978,35	243.425.970,52
Übrige Welt	262.845.180,27	363.495.705,32
	903.681.820,69	1.423.789.672,04

Provisionserträge in EUR	2011	2010
Österreich	65.799,98	85.912,19
Westeuropa	8.112.501,38	8.574.447,39
Zentral- und Osteuropa	8.944.160,88	9.144.828,89
Übrige Welt	2.922.310,05	3.051.988,01
	20.044.772,29	20.857.176,48

Sonstige betriebliche Erträge in EUR	2011	2010
Österreich	240.972,97	31.411,85
Westeuropa	110.250,00	471.646,65
Zentral- und Osteuropa	0,00	0,00
Übrige Welt	0,00	0,00
	351.222,97	503.058,50

10. Angaben über Organe und Arbeitgeber

10.1. Durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer/innen während des Geschäftsjahres

Seit der Spaltung 2009 verfügt die KF über keine eigenen Mitarbeiter/innen. 14 Mitarbeiter/innen (2010: zwölf) sind über Arbeitskräfteüberlassungsvereinbarungen aus der KA direkt und ausschließlich in der KF aktiv.

10.2. Die Gesamtbezüge an Vorstand und Aufsichtsrat für 2011 stellen sich wie folgt dar:

in EUR	2011	2010
Aktive Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
Aufsichtsratsmitglieder	75.000,00	75.000,00
Frühere Vorstandsmitglieder	0,00	0,00
	75.000,00	75.000,00

Die aktiven Vorstandsmitglieder der KA leiten in Personalunion als Vorstände die KF. Bezüge in Höhe von TEUR 510.187,89 (2010: EUR 580.952,59) wurden auf Basis des Service Level Agreements an die KF weiterverrechnet und werden im Sachaufwand ausgewiesen.

Zum 31.12.2011 waren wie zum 31.12.2010 keine Kredite an Mitglieder des Vorstandes und des Aufsichtsrats aushaftend. Für diese Personen bestanden auch keine Haftungen der KF.

10.3. Mitglieder des Vorstandes

Gewählt durch den Aufsichtsrat am 17.11.2009, per 07.11.2011 auf fünf Jahre wiederbestellt:

Mag. Alois Steinbichler
Vorstandsvorsitzender seit 07.11.2008

Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes seit 01.02.2009

10.4. Mitglieder des Aufsichtsrates

Erstmalig gewählt durch die Hauptversammlung am 17.11.2009, in der ordentlichen Hauptversammlung am 19.05.2011 wiedergewählt:

KR Dr. Klaus Liebscher
Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG

KR Adolf Wala
Stv. Aufsichtsratsvorsitzender
Mitglied des Vorstandes der Finanzmarkteteiligung AG

Helmut Mödlhammer
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, Bürgermeister der Gemeinde Hallwang

Dir. Mag. Werner Muhm
Direktor der Arbeiterkammer Wien und Bundesarbeiterkammer

Dir. DI Herbert Paiert
Exec. Vice President Cosma Europe/Magna

Dir. Mag. Georg Schöppl
Mitglied des Vorstandes der Österreichischen Bundesforste

Franz Hofer
vom Betriebsrat entsandt

Christine Sipek
vom Betriebsrat entsandt

DI Martin Öhlknecht
vom Betriebsrat entsandt

10.5. Staatskommissär

SC Univ.-Doz. Dr. Gerhard Steger
Staatskommissär
Bundesministerium für Finanzen, Abteilungsleiter Sektion II Budget

Mag. Wolfgang Nitsche
Staatskommissär-Stellvertreter
Bundesministerium für Finanzen

10.6. Regierungskommissär für den Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen

Dr. Heinrich Traumüller
Regierungskommissär
Bundesministerium für Finanzen

Mag. Wolfgang Nitsche
Regierungskommissär-Stellvertreter
Bundesministerium für Finanzen

Zum Zeitpunkt der Berichtslegung hatte die Bank keine fundierten Bankschuldverschreibungen aushaftend.

11. Bilanzergebnis

Der zum 31.12.2011 ausgewiesene Bilanzverlust in Höhe von EUR 85.792.655,70 wird auf neue Rechnung vorgetragen.

12. Konzernbeziehungen

Die KF befindet sich zu 100,00 % im Besitz der Republik Österreich.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, 18. April 2012

Zusammensetzung der Beteiligungen zum 31.12.2011

Name und Sitz in EUR 1.000	Kapitalanteil in %	Eigenkapital iSd § 224 UGB
Einlagensicherung der Banken und Bankiers Gesellschaft mbH, Wien	0,10 %	- ¹⁾
SALEM Beteiligungsverwaltung zwölfte GmbH, Wien	100,00 %	- ¹⁾

1) wegen Unwesentlichkeit nicht dargestellt

Anlagenpiegel gemäß § 226 (1) UGB per 31.12.2011

Anlagevermögen in EUR	Anschaffungskosten				
	Stand 01.01.2011 ¹⁾	Währungs- umrechnung	Zugänge	Abgänge	Umgliederung
Schuldtitel öffentlicher Stellen	2.569.619.444,01	0,02	0,00	89.576.379,83	-47.553.369,76
Forderungen an Kreditinstitute	479.448.043,21	11.078.015,52	0,00	73.768.285,98	4.269.570,42
Forderungen an Kunden	2.252.042.792,39	72.319.370,66	0,00	245.596.761,52	0,00
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	4.524.937.043,42	69.474.572,81	0,00	1.088.053.967,88	43.283.799,34
Beteiligungen	23.070,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Anteile an verbundenen Unternehmen	3.426.139,04	0,00	0,00	3.426.139,04	0,00
Sachanlagen					
Betriebs- und Geschäftsausstattung	255.668,60	0,00	0,00	2.825,55	0,00
	9.829.752.200,67	152.871.959,00	0,00	1.500.424.359,80	0,00

1) nach Währungsumrechnung

2) Diese Spalte enthält die Zuschreibung des Unterschiedsbetrages gemäß § 56 Abs. 3 BWG.

Anschaffungskosten	Buchwert	Kumulierte Abschreibung	Periodenüberschuss nach Steuern	Letzter geprüfter Jahresabschluss
0,0	0,0	0,0	- ¹⁾	-
23,0	23,0	0,0	- ¹⁾	-

Stand 31.12.2011	Kumulierte Abschreibungen/ Zuschreibungen 2011 ²⁾	Buchwert 31.12.2011	Buchwert 01.01.2011	Buchwerte	
				Abschreibungen 2011	Zuschreibungen 2011
2.432.489.694,44	377.497.623,42	2.054.992.071,02	2.512.907.067,80	368.827.721,18	122.681,87
421.027.343,16	843.882,67	420.183.460,49	488.007.339,65	5.668.520,92	176.933,84
2.078.765.401,53	107.975.971,11	1.970.789.430,42	2.250.247.681,36	3.051.239,72	171.944,44
3.549.641.447,69	31.037.260,82	3.518.604.186,87	4.561.871.405,74	22.022.403,63	2.668.807,04
23.070,00	0,00	23.070,00	23.070,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	3.426.139,04	0,00	0,00
252.843,05	176.860,50	75.982,55	89.428,95	68.493,83	0,00
8.482.199.799,87	517.531.598,52	7.964.668.201,35	9.816.572.132,54	399.701.350,20	3.140.367,21

Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Wir haben den beigegeführten Jahresabschluss der KA Finanz AG, Wien, für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2011 unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Dieser Jahresabschluss umfasst die Bilanz zum 31. Dezember 2011, die Gewinn- und Verlustrechnung für das am 31. Dezember 2011 endende Geschäftsjahr sowie den Anhang.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und für die Buchführung

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind für die Buchführung sowie für die Aufstellung eines Jahresabschlusses verantwortlich, der ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften vermittelt. Diese Verantwortung beinhaltet: Gestaltung, Umsetzung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems, soweit dieses für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, damit dieser frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern; die Auswahl und Anwendung geeigneter Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden; die Vornahme von Schätzungen, die unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen angemessen erscheinen.

Verantwortung des Abschlussprüfers und Beschreibung von Art und Umfang der gesetzlichen Abschlussprüfung

Unsere Verantwortung besteht in der Abgabe eines Prüfungsurteils zu diesem Jahresabschluss auf der Grundlage unserer Prüfung. Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung der in Österreich geltenden gesetzlichen Vorschriften und Grundsätze ordnungsgemäßer Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern, dass wir die Standesregeln einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir uns mit hinreichender Sicherheit ein Urteil darüber bilden können, ob der Jahresabschluss frei von wesentlichen Fehldarstellungen ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen hinsichtlich der Beträge und sonstigen Angaben im Jahresabschluss. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers unter Berücksichtigung seiner Einschätzung des Risikos eines Auftretens wesentlicher Fehldarstellungen, sei es aufgrund von beabsichtigten oder unbeabsichtigten Fehlern. Bei der Vornahme dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung des Jahresabschlusses und die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung ist, um unter Berücksichtigung der Rahmenbedingungen geeignete Prüfungshandlungen festzulegen, nicht jedoch um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft abzugeben. Die Prüfung umfasst ferner die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und der von den gesetzlichen Vertretern vorgenommenen wesentlichen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass wir ausreichende und geeignete Prüfungsnachweise erlangt haben, sodass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil darstellt.

Prüfungsurteil

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss nach unserer Beurteilung den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2011 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Jänner bis zum 31. Dezember 2011 in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung.

Ohne den Bestätigungsvermerk einzuschränken, weisen wir auf Ziff. 3.3. und 6.19. des Anhangs hin, wo erläutert wird, dass im Jahresabschluss, wie gemäß §§ 188 f AktG ausdrücklich erlaubt, Grundkapital und Rücklagen in der Höhe ausgewiesen sind, wie sie nach der geplanten Kapitalherabsetzung bestehen sollen.

Aussagen zum Lagebericht

Der Lagebericht ist aufgrund der gesetzlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die sonstigen Angaben im Lagebericht nicht eine falsche Vorstellung von der Lage der Gesellschaft erwecken. Der Bestätigungsvermerk hat auch eine Aussage darüber zu enthalten, ob der Lagebericht mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob die Angaben nach § 243a Abs. 2 UGB zutreffen.

Der Lagebericht steht nach unserer Beurteilung in Einklang mit dem Jahresabschluss. Die Angaben gemäß § 243a Abs. 2 UGB sind zutreffend.

PwC Wirtschaftsprüfung GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft


DI Mag. Friedrich Rödler
Wirtschaftsprüfer


Dipl.-Kfm. Univ. Dorotea E. Rebmann
Wirtschaftsprüfer

Wien, 18. April 2012

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

KA Finanz AG Jahresabschluss 2011

Wir bestätigen nach bestem Wissen, dass der im Einklang mit den maßgebenden Rechnungslegungsstandards aufgestellte **Jahresabschluss** des Unternehmens ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt, dass der Lagebericht den Geschäftsverlauf, das Geschäftsergebnis und die Lage des Unternehmens so darstellt, dass ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsteht, und dass der Lagebericht die wesentlichen Risiken und Ungewissheiten beschreibt, denen das Unternehmen ausgesetzt ist.

Der Vorstand der KA Finanz AG



Mag. Alois Steinbichler
Vorsitzender des Vorstandes



Mag. Andreas Fleischmann
Mitglied des Vorstandes

Wien, im April 2012